Turiner Kollektiv
Stadtteilarbeit

Internationale
Marxistische Diskussion 51
Merve Verlag Berlin

DM 7,-

Editorische Notiz

Die Texte dieses Bandes sind zuerst erschienen in der Turiner Zeitschrift "Nuova sinistra. Appunti torinesi", Nr. 14, unter dem Titel "Movimento di quartiere e lotta urbana a Torino". Zum Redaktionskollektiv gehören: Cristiana Cavagna, Angelo Chiattella, Jo Errante, Fiorenzo Girotti, Paola Olivetti, Laura Salotto, Nicola Tranfaglia. Die Fotos sind von Luca Invernizzi e Gianfranco Padovan.

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Sprachrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

Einzelpreis DM 1.—
Bezugspreis, jährlich, DM 14.— + 3.— Versandkosten

Probeexemplare anfordern bzw. Abonnementsbestellung bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

OP 1.1.2. Tu.

Turiner Kollektiv
Stadtteilarbeit. Berichte und Analysen

Internationale Marxistische Diskussion 51
Merve Verlag Berlin

Aus dem Italienischen übersetzt von Friedrich P. Mair (S.9-35 und 85-108), Hannelore Gianquinto (S.36-74) und Martin Pfeiffer (S.75-84).

© by Merve Verlag GmbH Berlin 15, Postfach 327.
Printed in Germany 1974. Druck: D.Dreßler, Berlin.
Bindearbeiten: J.Villwock, Berlin.
Umschlagentwurf: "Betrieb"Köln. ISBN 3-920986-69-5

INHALT

5 Editorische Vorbemerkung

STADTTEILBEWEGUNG UND STADTKÄMPFE IN TURIN

9 Zehn Jahre Basiserfahrung

Die Stadtteilideologie
Die ersten Turiner Erfahrungen
Das Amt für Dezentralisierung
Eine neue Phase
Fabrik und Stadt in den Arbeiterkämpfen

UMFRAGE

36 Kommt es zu einer Institutionalisierung?
Kommunalpolitik und Reaktion der Stadtteilgruppen

40 Fragebogen

43 Antworten von zehn Turiner Stadtteilgruppen

ZWEI POLITISCHE PROBLEME

75 Die Stadt des Kapitals

Stadt und Klasse: die Strategie der Unternehmer
Die Notwendigkeit der Analyse des Phänomens Stadt

85 Die industrielle Struktur des Turiner Gebiets

Die Ursachen der ökonomischen Hegemonie von FIAT
Aktivitäten und ökonomische Organisation von FIAT
Die Produktionsorganisation von FIAT
Eine Analyse der räumlichen Aufteilung der industriellen Struktur Turins

99 Die politische Beteiligung der Basis

Der Häuserkampf

Editorische Vorbemerkung

Im Mittelpunkt der hier publizierten Texte steht eine Umfrage unter Stadtteilgruppen in der FIAT-Metropole Turin. Sie wird eingeleitet durch einen Bericht über zehnjährige Erfahrungen in der Stadtteilarbeit, der dem deutschen Leser einige Schwierigkeiten bereiten wird, weil er viele Fakten enthält, die sich direkt auf die italienische bzw. Turiner Situation beziehen. Andererseits wird aber nur über diese Fakten deutlich, wie sich die Stadtteilbewegung in Italien von Problemen der Kommunalverwaltung über reformistische Manöver zur Loyalitätssicherung (Bürgerinitiativen) hin zu einer Massenbewegung entfalten konnte, die mit den Kämpfen in der Fabrik verbunden sind und sie fördern. Während man hierzulande oft von einem kapitallogischen Ansatz ausgeht, der das Verhältnis von Produktions- und Reproduktionsbereich untersucht, beziehen die italienischen Genossen reformistisch deformierte Bedürfnisse und partikularistische Interessen in ihren Ansatz ein, um in mühsamer Kleinarbeit deren Klasseninhalt hervorzutreiben. Aber gerade angesichts der auf diese Weise erreichten hohen Mobilisierung und der politischen Inhalte der Kämpfe auf Stadtteilebene sehen sie die Notwendigkeit, ihre eigenen politischen Initiativen mit einer umfassenden Analyse der realen ökonomischen Funktion der modernen Industriestadt zu verbinden, um zu überprüfen, "ob der Stadtteil auch heute noch eine Bedeutung und konkrete politische Inhalte hat, die dazu geeignet sind, einen echten antikapitalistischen Kampf auf Stadtebene hervorzurufen, oder ob er nichts anderes als eine mystifizierende Formel ist, verbunden mit einem anachronistischen Begriff der Stadt, die als eine Gesamtheit von Zellen, den Stadtteilen, gesehen wird, welche eine eigene relative Autonomie besitzen und daher mögliche Objekte einer Verwaltung von unten sind", oder ob nicht "dieser Begriff auf eine zwar nicht lange zurückliegende, aber nichtsdestoweniger überwundene Vergangenheit zurückgeht, in der in den Stadtvierteln an der Peripherie der Stadt die Klasse wohnte und arbeitete und jene Arbeiterstadt ins Leben rief, die sich als reale Alternative der bürgerlichen Stadt entgegenstellte, weil sie fähig war eine echte ökonomische und kulturelle Autonomie auszudrücken." Sie kommen zu der Feststellung: "Heute erscheint das Problem der Stadt eindeutig nicht mehr in dieser Weise. Die Zersplitterung der Arbeiterstadt in Schlafstädte und Industriegebiete und die Durchsetzung des Kapitals im gesellschaftlichen Bereich haben die städtischen Widersprüche

und Konflikte in eine Dimension verlagert, die über das Arbeitsfeld der Stadtteilkomitees hinausgeht. Diese geraten aufgrund der Selbstbeschränkung des Gebiets der Intervention, die sie sich auferlegt haben, immer mehr in Gefahr, in einen Lokalismus zu verfallen und in eine Kanalisierung der politischen Beteiligung der Basis auf einen Bereich, welcher vollkommen ungeeignet ist, Kämpfe hervorzurufen, die zu einer wesentlichen Beschneidung des Einflusses, den die bürgerliche ökonomische Macht auf die Stadtstruktur ausübt, in der Lage wären."

Stadtteilbewegung und Stadtkämpfe in Turin

ZEHN JAHRE BASISERFAHRUNG

Die ersten Stadtteil-Komitees entstehen in Turin in der Mitte der 60er Jahre; aber da wir den Stellenwert einer ersten Phase dieser neuen politischen Experimente etwas umfassender untersuchen wollen, beziehen wir uns auf die Zeit zwischen 1960 und 1967.

In dieser Periode ist unter "Stadtteilbewegung" generell das Bemühen um Rationalisierung der Verwaltung und beschränkte Demokratisierung der politischen und institutionellen Strukturen der Stadt zu verstehen. Obwohl gerade in jenen Jahren, inmitten einer von Strukturkrisen stark geschüttelten Gesellschaft, ein politisches Verlangen nach stärkerer Mitbestimmung und Kontrolle der öffentlichen Verwaltung sich ausbreitete, waren die ersten Initiativen noch notwendigerweise von der elitären und voluntaristischen Vorgehensweise weniger im Sozialbereich Tätiger, die als Wegbereiter für einen Dialog zwischen den im Stadtteil anwesenden parteipolitischen und sonstigen Organisationen auftraten, geprägt.
In diesen ersten Diskussionen konzentrierte sich das Interesse auf die Möglichkeit einer "Dezentralisierung der Verwaltung bzw. der demokratischen Organe", welche einerseits die Eingriffe der Stadtverwaltung schneller und effizienter machen und andererseits eine größere Integration der Bürger in die sozialen und politischen Strukturen des Stadtteils bewirken sollte. Damit sollte eine Abkehr von der generellen politischen Apathie, der die traditionellen Organisationen und Parteien ausgesetzt waren, bewirkt werden.
Der Plan einer Neustrukturierung der Stadt nach Stadtteilen stellte für viele, die im politischen oder sozialen Bereich tätig waren , (und besonders für viele Soziologen, Stadtplaner, Architekten und Kommunalpolitiker) eine erste, wenn auch partielle, Antwort dar auf die wachsende Krise einer politischen Mitbestimmung innerhalb der traditionellen Kanäle, besonders der Basisstrukturen der politischen Massenparteien.
Es ist auch nicht zu übersehen, daß mit diesem Modell einer in den Basisstrukturen gut integrierten und aktiv mitbestimmenden Stadtteilgemeinschaft sehr viele Hoffnungen verbunden waren, gerade in einer Periode, in der durch die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung die traditionellen (katholischen und kommunistischen) Bereiche subkultureller Mitbestimmung ins Wanken gerieten, die mit ihren nebeneinander bestehenden Organisationen und Verbänden

bis dahin sehr rigide vertikale Trennungen im politischen Leben Italiens vollzogen hatten.
Man darf nicht vergessen, daß die "Stadtteilbewegung", lange bevor sie als naheliegende Lösung für die Probleme einer spezifischen gesellschaftlichen und politischen Situation ins Gespräch kam, ihre Wurzeln in den theoretisch-praktischen Erfahrungen der Urbanistik und der Stadt- und Gemeindesoziologie hatte und dort schon viele ihrer Widersprüche und Grenzen augenscheinlich geworden waren.

Die Stadtteilideologie

Bereits im vorigen Jahrhundert kam es mit der durch die Industrialisierung verursachten Entstehung der modernen Stadt zu einigen kulturellen Strömungen, die zu einer grundsätzlichen Kritik an den mit dem Urbanisierungsprozeß verbundenen Wertvorstellungen ansetzten.
Die Entfremdung von der Natur, die Schwierigkeit menschlicher Beziehungen, die demographische Zusammenballung, die Kriminalität waren die häufigsten Themen dieser gegen die Stadt gerichteten Kulturkritik, die den gemeinsamen Nenner all dieser negativen Diagnosen in der Feststellung fand, daß mit der Urbanisierung jene dem Landleben eigenen Gemeinschaftswerte verlorengegangen seien.

Daraus erklärt sich die Tendenz vieler Forscher, unter veränderten Voraussetzungen die Kleingruppe und diese innerhalb der Gemeinschaft neu zu analysieren; dabei kam es verschiedentlich zu einer Idealisierung jener Werte, die sich auf die Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft bezogen.
Für viele im sozialen Bereich Tätige war es eine unverzichtbare Forderung, sich für eine Neubelebung der Pfarrei, der Nachbarschaftsbeziehungen und des Stadtteils einzusetzen; sie sahen darin die einzige Möglichkeit, dem Einzelnen menschliche Beziehungen und demokratische Verhältnisse innerhalb der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu schaffen.
Die stadtfeindlichen Komponenten in einigen soziologischen Ansätzen (Tönnies, Simmel, Cooley) trugen somit entscheidend dazu bei, die Voraussetzungen für die Entstehung einer Theorie der territorialen Subgemeinschaften zu schaffen.
Auch die Stadt-Ökologie (die Anfang des Jahrhunderts durch R.E. Park begründet wurde) richtete ihre ersten Untersuchungen auf die Ermittlung von "natural areas" innerhalb der Stadt.
Eine ganze Reihe von Stadtplanern (Mumford, Unwin, Perry u.a.) widmete den territorialen Subgemeinschaften bevorzugte Aufmerksamkeit. Nachdem man am Anfang den Stadtteil als funktionale

Einheit zum Zweck der Verteilung von Dienstleistungen definiert hatte, wurde später das Modell einer sozial integrierten Untereinheit entworfen.
Dies sind die wissenschaftlichen und kulturellen Konzepte, aus denen eine wahrhafte Ideologie des Stadtteils als organische Subgemeinschaft hervorgeht; diese Ideologie wird bei den ersten, wenn auch informellen Stadtteilexperimenten eine herausragende politische Rolle spielen.
So entsteht in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter dem Einfluß der internationalen Strömung der "organischen Architektur" auch in der italienischen Urbanistik eine intensive, wenn auch nicht besonders verbreitete Vorbereitungsarbeit für zukünftige Pläne zur Analyse von Bebauungsgebieten und zum Bau von Stadtteilen mit Modellcharakter.
Aber durch die enorme Ausweitung der Bauspekulation während der Rekonstruktionsperiode und das planlose Sich-Ausweiten der Städte wurde die Möglichkeit einer umfassenden Neustrukturierung des Stadtkomplexes stark eingeschränkt. Von hier aus wird die besondere Bedeutung, die später den neuen Stadtteilen an der Peripherie zukommen sollte, verständlich; ebenso die "Stadtteilideologie" als eine gegen die Verstädterung gerichtete Kulturströmung.
Der Stadtteil, besonders die neue Stadtrandsiedlung oder das Arbeiterviertel, wurde aufgrund ganz bestimmter Zwänge von der "urbanistischen Kultur" mit positiven Inhalten befrachtet; war er doch der einzige und zugleich letzte für organisches und überschaubares Handeln übriggebliebene Bereich, wenn auch innerhalb der engen Grenzen der staatlichen bzw. öffentlich geförderten Bauvorhaben.

Als ein bemerkenswertes Beispiel dieser Tendenz ist in Turin die Schaffung des Stadtteils Falchera zu erwähnen, an dessen Beispiel übrigens sehr bald alle Grenzen dieses Mythos der perfekten Integration und Partizipation der Bevölkerung, der für dieses Projekt den Ausschlag gegeben hatte, deutlich wurden, und die diesem Modell impliziten gravierenden Mechanismen der Segregation und sozialen Kontrolle zu Tage traten.
Es stimmt allerdings, daß die Stadtteilbewegung (als kulturelle und ideologische Bewegung) niemals eine so weittragende Bedeutung erlangt hätte, wie es tatsächlich der Fall war, wenn sie nur in jenen Stadtteilen Resonanz gefunden hätte und in experimenteller Form aufgegriffen worden wäre, wo noch ein wenig Freiraum für eine organisch zu vollziehende Planung vorhanden war.

Die ersten Turiner Erfahrungen

Neue Impulse und eine größere Reichweite erhielt die Stadtteildiskussion dadurch, daß sich die anfangs kulturellen Vorstellungen mehr und mehr in politische verwandelten, als man in mehreren italienischen Städten, vor allem in Bologna, die politisch-administrative Dezentralisierung zu diskutieren und probeweise zu verwirklichen begann.

Zwar bestand schon vorher in einigen Zentren, vor allem im Süden (Neapel, Caserta, Catania, Palermo, Ravenna, Siracusa, Verona), eine Form der Dezentralisierung, die zumeist als "bürokratisch" bezeichnet wurde, war sie doch ausschließlich an einer funktionelleren Gestaltung der Administration orientiert (und zwar durch die Dezentralisierung von Ämtern und Dienstleistungen unter der Kontrolle eines dem Bürgermeister unterstellten Amtes). Der erste zentral auf die Zunahme der Bevölkerungsbeteiligung am öffentlichen Leben gerichtete Vorschlag war allerdings in einem "Weißbuch" über Bologna enthalten, das von Dossetti als politisches Grundsatzprogramm der Democrazia cristiana für die Stadtratswahlen von 1956 vorgelegt wurde.

Der Dossetti-Plan stellte eine Abkehr von der früheren stadtfeindlichen Praxis dar; denn nach einer ausdrücklichen Kritik jener Denkweise, die die Schaffung von Satelliten-Städten und voneinander getrennten Stadtteilen inspiriert hatte, versucht er, das planerische Denken und Handeln wieder auf die Stadt als Ganzes, als lebendigen, neu zu organisierenden Zusammenhang zu konzentrieren.

Einerseits stellte dieser Plan die politische und urbanistische Praxis der Nachkriegszeit, die das praktische Scheitern des abgetrennten und unterversorgten Stadtrandgebietes mit sich brachte, in Frage; andererseits wurde der Stadtteil von neuem als Modell der Stadtorganisation herausgestellt und damit die Ideologie, besser noch der Mythos, des organischen Stadtteils wieder aufgegriffen, wodurch die Vorstellung von der Organisation der Stadt über Subgemeinschaften neue Nahrung fand. Einer der wichtigsten Punkte des Dossetti-Papiers bestand in der Annahme, daß die Mitbeteiligung der Bevölkerung ein Produkt der neuen sozialen und funktionalen Beziehungen des Stadtteils sein sollte. Damit erschien die "Stadtteilideologie" auch auf der politischen Ebene als Voraussetzung für die Mitbestimmung der Bevölkerung; das hier vertretene Ziel wurde sehr bald auch von den anderen Parteien aufgegriffen. Nicht zufällig war es 1960 gerade die sozialistisch-kommunistische Stadtverwaltung von Bologna, die jenen Plan in Verwaltungsmaßnahmen um-

setzte, und zwar institutionalisierte sie die Dezentralisierung durch die Einrichtung politischer Organe mit beratender Funktion: die Stadtteilräte. Diese wurden vom Stadtrat unter Rückgriff auf die Vorschläge der Rathaus-Fraktionen proportional zu deren Stärke ernannt.
Wie in dem noch heute geltenden Gesetz über die Gemeinden und Provinzen von 1915 vorgesehen, wurde jedem Stadtteilrat ein auf dessen Vorschlag hin vom Bürgermeister ernannter Bevollmächtigter zugewiesen. Die Parteien waren also die einzigen offiziellen Kanäle für die Ernennung und Kontrolle der Stadtteilorgane. Die generellen politischen Mehrheitsverhältnisse in der Stadt mußten ohne jegliche örtliche Variationsmöglichkeit respektiert werden. Die so ernannten formaldemokratischen Organe waren damit autonome Interpreten des politischen Willens der Bevölkerung im Stadtteil und die einzigen, die nach dem Dezentralisierungsplan offiziell aktiv sein durften.
Die direkte und aktive Beteiligung der Bevölkerung konnte daher nur informell in Kontakten mit den offiziellen Organen des Stadtteils bzw. innerhalb der durch den "Centro Civico" geschaffenen Öffentlichkeit ihren Ausdruck finden. Die übrigen italienischen Erfahrungen bedeuten gegenüber dem Modell von Bologna keine wesentliche Abweichung, obwohl die Ursachen für ihre Entstehung und die Motive für ihre Existenz ganz andersartige waren. Gerade die Institutionalisierung der Dezentralisierung erzwang (und erzwingt noch heute) aufgrund ihrer notwendigen Verankerung im Gesetz über die Gemeinden und Provinzen eine Anpassung an die darin enthaltenen Bestimmungen.
Allerdings ist in der großen Mehrzahl der Fälle die Rückentwicklung im Sinne einer Formalisierung, der Anfang der 60er Jahre die ersten Dezentralisierungsmodelle unterliegen, vor allem dem mangelnden politischen Willen der örtlichen Stadtverwaltungen anzulasten.
Die Dezentralisierung entwickelte sich entgegen den programmatischen Vorstellungen (die sich aufgrund der schwerwiegenden Tatsache der Apathie der Bevölkerung gegenüber der Mitbestimmung als notwendig erwiesen und Anklang gefunden hatten) nicht so sehr in Richtung eines für neue Lösungen offenstehenden Experimentierfeldes, sondern vielmehr in Richtung einer Institutionalisierung, die daraus ein starres Modell werden ließ, das zwangsläufig dem diesbezüglichen Gesetz in seinem bürokratischen Charakter sehr nahe kam.
Wenn man den politischen Vorgang der Umwandlung des Stadtteil-

konzepts zur institutionellen Lösung nachvollziehen will, und zwar unter dem wesentlichen Gesichtspunkt des jeweiligen programmatischen Inhalts, könnte man vielleicht drei Perioden festmachen.
In der ersten von den Pionierleistungen Dossettis geprägten Periode bestand das Programm in einer Reaktualisierung und -organisierung des Stadtteils, um die Beteiligung der Bevölkerung am öffentlichen Leben zu fördern.
In der zweiten Phase, die etwa mit der ersten Formalisierung der Stadtteilorgane zusammenfällt, ist eine partielle Tendenzwende zu beobachten; es werden nunmehr neue Kanäle der Bürgerbeteiligung geschaffen mit dem Ziel einer rationalen Neustrukturierung des Stadtteils.
In der letzten Phase, die mit der völligen Institutionalisierung der Dezentralisierungsbestrebungen zusammenfällt, bleibt (auch formal) kein Raum mehr für die Mitbestimmung der Bürger; nunmehr werden von oben her kleine Parlamente mit beratender Stimme eingerichtet, deren Funktion Information, Manipulation und Vermittlung sind.
Dies ist im großen und ganzen der kulturelle und politische Hintergrund, auf dem die Turiner Stadtteilbewegung aufbaut. Man sollte allerdings nicht verkennen, daß neben diesen generellen Notwendigkeiten auch eine ganze Reihe subjektiver Bedürfnisse der Beteiligten und nicht zuletzt besondere örtliche Bedingungen, die den einzelnen Stadtteilkomitees eine je verschiedene Physiognomie verleihen, für die Entstehung dieser Komitees von Bedeutung waren.
Bei den ersten sechs Stadtteilkomitees, die sich in Turin zwischen 1960-67 konstituierten (in chronologischer Reihenfolge die Bürgerunion Falchera, Parella, Vanchiglietta, Vallette, Mirafiori Sud Basse di Lingotto), ergab sich ein erster großer Unterschied politischer wie organisatorischer Art, je nachdem, ob der in Frage kommende Stadtteil im Zuge öffentlichen oder privaten Wohnungsbaues entstanden war.
Falchera, Vallette und Mirafiori Sud sind nämlich drei periphere, durch öffentlichen Wohnungsbau entstandene Stadtteile, die gegenüber dem Stadtzentrum einige atypische Merkmale aufweisen. Die Tatsache, daß sie an der äußersten Peripherie der Stadt lagen, nicht besonders groß und mangelhaft mit Versorgungsleistungen ausgestattet waren, wurde aufgewogen durch eine größere Bereitschaft der Bewohner zur Beteiligung am öffentlichen Leben, sowohl aufgrund ihrer sozial homogenen Situation, als auch durch die Vielzahl anstehender gemeinsamer Probleme. Zusätzlichen Auf-

trieb erhielt die Mitbestimmung überdies durch die Vielzahl von Mieterkomitees (ISCAAL*-Zentren), die von der für den Stadtteil zuständigen Wohnungsbauorganisation über Sozialarbeiter geschaffen worden war. Nicht zufällig kam es gerade in diesen Stadtteilen zu den ersten Erfahrungen mit der politischen Selbstorganisation der Bewohner, und zwar über die Direktwahl der Zonenräte, deren Interessenbereich sich angefangen von Wohnproblemen bis hin zu den Versorgungsleistungen im ganzen Stadtteil erstreckte.
Die Bürgerunion Falchera, die 1960 unter dem Druck anstehender Probleme entstand, verabschiedete im Oktober 1965 ein Statut, welches den Zonenrat als grundlegendes Organ des Stadtteils anerkannte (dieser setzte sich aus 40 Mitgliedern zusammen, die in einem allgemeinen Wahlgang von allen volljährigen Bewohnern des Stadtteils gewählt wurden). Dieser Zonenrat erhielt die Befugnis, von sich aus neue, im Statut noch nicht vorgesehene Organe zu schaffen. Die ersten Wahlen, abgehalten im März 1966, stießen bei 53 % der erwachsenen Bevölkerung auf Anklang; nach Ablauf des zweijährigen Mandats wurde das Wahlrecht auf die 18-jährigen ausgeweitet; außerdem wurden die räumlichen Grenzen des Viertels vom ursprünglichen Kern der öffentlich gebauten Häuser bis zu den durch private Bebauung entstandenen Randzonen ausgedehnt. Gleichzeitig wurden die politischen Initiativen von nun an nicht mehr von der ISCAAL, sondern von einer autonomen Vertretung der politischen Parteien und der im Viertel arbeitenden politischen Kräfte getragen.
Analog dazu wurden im Mai 1967, aufgrund einer Initiative der ISCAAL, die ersten Wahlen für das Stadtteilkomitee Mirafiori Sud abgehalten, welche insgesamt 700 im ersten Baukomplex der GESCAL* wohnende Familien betrafen. Auch dieses Komitee wurde in der Folgezeit Ort einer spezifischen politischen Problematik aufgrund der starken Bewußtseinsentwicklung, die die Kämpfe der Metallarbeiter auslösten, in die 1968/69 die Mehrzahl der Bewohner einbezogen war.
In Le Vallette konstituierte sich 1967 ein Gründungskomitee der GESCAL, das die Bildung eines Stadtteilkomitees unter Mitwirkung der zuständigen Baugesellschaften IACP und INCIS anstrebte.
Im Gegensatz zu diesen drei Komitees war der Entwicklungsprozess der Komitees, die sich in den durch privaten Wohnungsbau entstandenen Stadtteilen spontan konstituierten, viel widersprüchlicher.

Bemerkenswert ist der Werdegang des Stadtteilkomitees von Borgata Parella, das im Juni 1965 auf Initiative einiger Mitglieder des im selben Jahr gegründeten ISPES (Institut für die Analyse ökonomischer

* Baugesellschaften des öffentlichen Wohnungsbaus (A.d.R.)

und sozialer Probleme) entstanden war. Die Aktion der Gründer war vor allem darauf gerichtet, eine Begegnung zwischen allen politischen Kräften, sozialen Bewegungen, kulturellen Zirkeln und Vereinigungen im Stadtteil zu erreichen, mit dem Ziel, gemeinsam im Geist des Dialogs und der Hinwendung zum Pluralismus nach Möglichkeiten zur Förderung der Beteiligung der Bürger am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu suchen. Dieser Herausforderung stellten sich besonders die Parteien durch ihre örtlichen Sektionen, aber auch einige Katholiken als Privatleute.
Die Diskussion über die Ziele und die dafür einzuschlagenden Wege nahm in den ersten Begegnungen viel Zeit in Anspruch; aber obwohl man mitunter auf der Stelle trat, war es dennoch möglich, sich über gemeinsame Intentionen und Vorstellungen zu verständigen. Das gemeinsame Interesse an einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung am Leben der Stadt führte diese Gruppe dazu, die verschiedenen Formen der bereits verwirklichten städtischen Dezentralisierung zu analysieren, in besonderem Maße die in Bologna gemachten Erfahrungen.
Trotz einer latenten Tendenz der Parteienvertreter, das Komitee in eine Art kleines örtliches Parlament zu verwandeln (zusammengesetzt aus den Vertretern der größten im Stadtteil anwesenden Parteiorganisationen), war man dennoch hauptsächlich darum bemüht, eine solidarische Gruppeninitiative zu entfalten, die einerseits auf die Politisierung der Massen, andererseits darauf gerichtet war, gegenüber der Stadtverwaltung die Verwirklichung der administrativen Dezentralisierung zu fordern und einige Zugeständnisse (Räume, Vervielfältigungsgerät usw.) zu erwirken. Im Laufe des Jahres 1966 wurden mittels Fragebogen und Interviews Haus für Haus Umfragen durchgeführt als Grundlage für eine repräsentative Untersuchung über die soziale Zusammensetzung des Stadtteils.

Ab 1967 kamen mit aller Deutlichkeit zwei verschiedene politische Zielvorstellungen zum Vorschein. Die Kommunisten strebten die Schaffung von repräsentativen Komitees in den verschiedenen Stadtteilen an, um auf dem Hintergrund einer breit angelegten Kritik mit der Stadtverwaltung über die Stadtpolitik verhandeln zu können; bei den Sozialarbeitern und Katholiken hingegen kam es zu einer fortwährenden Radikalisierung der eigenen Position mit der Tendenz zur Errichtung einer Gegenmacht des Volkes als Alternative zur städtischen Verwaltung.
Nachdem so eine erste Phase des "Dialogs" zwischen Katholiken und Kommunisten ihr Ende gefunden hatte, wurde auch das Reprä-

sentanzprinzip, welches vor allem die sektorialen Interessen der Parteiorganisationen begünstigt hatte, aufgegeben und durch eine ausschließlich personell orientierte Teilnahme am Komitee ersetzt. An die Stelle direkter Verhandlungen mit der Stadtverwaltung über die juristische Anerkennung trat mehr und mehr eine Politik, die die Verwaltungsentscheidungen durch Druck von außen zu beeinflussen versuchte.

Es ist interessant festzustellen, daß in der Zeit zwischen Oktober 1967 und dem Jahre 1968 die in den Komitees wirkenden katholischen Fraktionen mehr und mehr die Gestalt von spontanen Gruppen annehmen und als solche sich kritisch gegen die Institutionen und damit auch gegen die institutionelle Struktur der Komitees wenden und so zur weiteren Erschütterung der repräsentativen Struktur der politischen Parteien beitragen.

Mit dem Ausbruch der Studentenbewegung und dem Eintritt einiger Studenten in die Komitees kam es zu einer allmählichen und tiefgreifenden Verwandlung derselben; das Stadtteilkomitee von Borgata Parella wies von Anfang 1969 an alle Charakteristika einer an Konfliktstrategien orientierten Gruppe auf.

Während das Parella-Komitee sich mehr und mehr der spontanen Beteiligung der Basis öffnete, waren für jene Komitees, die mit der klaren Zielvorstellung der Dezentralisierung der Administration entstanden waren, andere Entwicklungen charakteristisch.

Zu nennen wäre hier das Komitee von Borgo Vanchiglietta, das im März 1966 aufgrund der Initiative einiger ACLI -Mitglieder in einem halbzentralen Stadtteil mit alten Wohnsiedlungen entstanden war.

Das Komitee, das von Anfang an alle repräsentativen Organe des Stadtteils umfaßte (DC, ACLI, PCI, PSI*), war mit der klaren Zielvorstellung entstanden, von der Stadtverwaltung anerkannt und institutionalisiert zu werden. Von 1966 bis 1967 beschränkte man sich in der Arbeit ganz auf den Entwurf und die Verabschiedung eines Statuts, wobei man den kleinsten formalen Problemen größte Aufmerksamkeit schenkte. Das Komitee umfaßte sechzehn Räte und einen Präsidenten; es sollte eine Mittlerfunktion zwischen Verwaltung und Verwalteten übernehmen; das Interesse war ausschließlich

* DC = Democrazia cristiana; ACLI = Associazioni cristiane dei lavoratori italiani (katholische Massenorganisation); PCI = Partito comunista italiano; PSI = Partito socialista italiano.

auf die Lösung der größten materiellen Probleme konzentriert; jeder Diskussionsansatz in Richtung echter Mitbestimmung wurde ignoriert. Die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung um die formale Anerkennung und die finanzielle Unterstützung des neuen Organs nahmen einen positiven Ausgang; zumindest wurde eine materielle Unterstützung zugesichert. Als einzigem von allen Komitees wurde diesem ein altes Haus, das sich in Gemeindebesitz befand, als Sitz zur Verfügung gestellt; gleichzeitig wurde für das Komitee ein Fond bereitgestellt, womit die finanziellen Schwierigkeiten einigermaßen gemeistert werden sollten.
Gegen Mitte des Jahres 1968 kam es in diesem Komitee zur Abspaltung der Parteifraktionen, die der Regierungsmehrheit angehörten; diese konstituierten sich etwas später (Mai 1969) als "Stadtteilkomitee Vanchiglietta, erster Bezirk der dezentralisierten Verwaltung Magliano" und unterhielten faktisch klientelartige Beziehungen zur Stadtverwaltung. Das ursprüngliche Komitee entwickelte sich in Richtung der reformistischen Stadtteilkomitees, deren Konzeptionen auf kommunalpolitischer Ebene von der KPI aufgenommen wurden. Nachdem man sich anfangs mit dem Problem der Geisteskranken auseinandergesetzt hatte, bemühte man sich später um Rationalisierung und Effektivierung der Dienstleistungen.

Das Stadtteilkomitee "Basse di Lingotto" entstand 1967 aufgrund eines Vorstoßes einiger militanter Katholiken und Kommunisten, die an dem Gebiet vor allem deswegen Interesse zeigten, weil dort die ehemaligen Barackenbewohner der Kasernen von Borgo San Paolo wohnten. Dieses Komitee sah anfangs seine Hauptaufgabe vor allem darin, Leute auf die Arbeit im Stadtteil vorzubereiten, was später durch die Institutionalisierung der Stadtteilräte besser verwirklicht werden sollte. Ebenso wie viele andere entwickelte es sich sehr bald zu einem reformistischen Komitee, das auf die Entscheidungen der Stadtverwaltung Druck auszuüben versuchte.
Bereits während dieser ersten Erfahrungen wurde die Notwendigkeit einer technischen und politischen Koordinierung unter den einzelnen Komitees durchaus eingesehen, obwohl einige Gruppierungen sehr den lokalen Problemen verhaftet blieben. Diese Koordinierung erwies sich als notwendig, um den sektorialen Charakter bei der Aufstellung von Forderungen zu überwinden und um die Verhandlungsfähigkeit gegenüber der Stadtverwaltung zu stärken, auch in Hinblick auf eine formaljuristische Anerkennung.
Im Frühjahr 1967 kam es zu den ersten Kontakten unter den damals bestehenden Stadtteilkomitees (Bürgerunion Falchera, Parella und

Vanchiglietta), denen sich später das noch zu gründende Komitee "Basse di Lingotto" anschloß.
Einige Monate später konstituierte sich formell "die Koordinierungsstelle der Stadtteilkomitees" mit Sitz beim Komitee von Vanchiglietta.
Die ISPES, die beim Parella-Komitee zur Förderung der Bürgerbeteiligung engagierte Organisation, wurde beauftragt, die Koordinierung technisch zur organisieren und Versammlungen einzuberufen; diese Funktion übte sie in einem immer schwieriger werdenden politischen Klima bis zum Oktober 1968 aus.
Faktisch kam es bereits bei den ersten Begegnungen zu einer Konfrontation der unterschiedlichen Arbeitshypothesen, die bis dahin die Arbeit der Komitees geleitet hatten, wobei sich besonders zwei Gruppen gegenüberstanden: die, die in der städtischen Dezentralisierung nur ein rechtliches, institutionelles oder administratives Problem sahen, und die, die eine wirklich politische Diskussion in Bezug auf die Mitbestimmung der Bevölkerung führen wollten.
Die "Koordinierungsstelle der Stadtteilkomitees" setzte ihre Arbeiten mit deutlichen Ermüdungserscheinungen bis zum Winter 1969 fort; dabei wurden Forderungen nach formaler Anerkennung (wenn auch nur mit beratender Funktion) und nach finanzieller Unterstützung aufgestellt, die jedoch angesichts der damaligen konkreten Situation und der offenen Konfliktstrategie, mit der viele der neuen Stadtteilgruppen arbeiteten, bereits überholt waren.

Das Amt für Dezentralisierung

Unter dem Druck der ersten Komitees zur Gründung von Stadtteilräten und des fortwährenden Anwachsens der Protestbewegung in der Stadt wurde die Stadtverwaltung gewissermaßen dazu gezwungen, eine Antwort auf die entstehende Basisbewegung zu geben.
Im April 1967 konstituierte sich das "Ständige Komitee für Initiativen und Beratung"; etwas später wurde das "Komitee für die demokratische Dezentralisierung der Verwaltung" gegründet; schließlich kam es nach der Krise von 1968 zur Entstehung des Amtes für Dezentralisierung, welches noch im Frühjahr 1968, auf jeden Fall aber vor Beginn der Stadtratswahlen, die Stadtteilräte ins Leben rufen sollte.
Der Vorschlag, der für die Mitte-Links-Mehrheit im Stadtrat durch den Referenten T. Magliano (Sozialdemokrat) eingebracht wurde, lag genau auf der Linie des bereits erwähnten, durch und durch bürokratischen Gesetzes über die Gemeinden und Provinzen von 1915.

Zunächst wurden eine ganze Reihe von Befugnissen in der Hand des dem Bürgermeister unterstellten Bevollmächtigten konzentriert (was einer Entwertung der Befugnisse des Bezirksrates gleichkam, der die gleiche proportionale Zusammensetzung wie der Gemeinderat aufwies und nur beratende Funktion hatte); formell hieß es zwar, daß die Aufgabe des Stadtteilrates in der Förderung der Mitbestimmung der Bürger bestünde, ohne daß jedoch dafür irgendwelche neuen Möglichkeiten geschaffen worden wären.
Man sollte nicht vergessen, auf den Artikel 18 ("Öffentlichkeit") hinzuweisen, wo es groteskerweise heißt, daß "die Personen, die in dem für die Öffentlichkeit reservierten Teil des Sitzungssaales den Sitzungen (des Rates) beiwohnen, in Schweigen verharren und sich jedes Zeichens der Zustimmung oder Ablehnung enthalten sollen"; für den Fall der Nichtbefolgung wurden eine ganze Reihe repressiver Maßnahmen benannt.
Dieser Plan wurde nicht nur von den Stadtteilkomitees, sondern auch von einigen Stadträten der Mehrheitsfraktion energisch bekämpft. Als Alternative dazu erarbeitete der Christdemokrat Fantino einen Vorschlag, welcher zwecks Förderung der Beteiligung des Volkes neben dem Stadtteilrat als grundlegend neues Organ die mit ausschließlich beratender Funktion ausgestattete Bürgerversammlung vorsah.
Der Vorschlag eines anderen Stadtrates der Mehrheitsfraktion, des Sozialisten Vernetti, beruhte über weite Teile auf dem Fantino-Plan, sah aber darüberhinaus die Direktwahl des Stadtteilrates auf der Grundlage ganz kleiner Wahlkreise vor.
Eine wichtige Neuerung brachte der Scalvini-Plan (kommunistischer Stadtrat), der für die Bürgerversammlung das Recht beanspruchte, bindende politische Weisungen zu erteilen. Der Rat als "Exekutiv- und Initiativorgan der Versammlung" sollte von der absoluten Mehrheit der Versammlung gewählt werden.
Die verschiedenen Pläne, und zwar sowohl jene des Stadtrates als auch jene der Initiativkomitees, verschwanden allerdings bald in irgendwelchen Schubladen; in der Zwischenzeit wuchs an der Basis die Unzufriedenheit mit den Dezentralisierungsbestrebungen: diese wurden als ein Versuch denunziert, die Stadtkämpfe, die von den Stadtteilkomitees in Gang gebracht wurden oder in einem Klima wachsender sozialer Spannungen spontan entstanden, durch institutionelle Lösungen zu blockieren.
In den ersten Monaten des Jahres 1968 wurden die Grundlagen für einige weitere Komitees geschaffen, die sich wie die früheren an einer Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung interessiert zeig-

ten. So in den Stadtteilen Pozzo Strada, Santa Rita und San Paolo, wo erste Kontakte zwischen Mitgliedern von Vereinigungen und Parteien, häufig zwischen Katholiken und Kommunisten, angebahnt wurden; damit wurde in der praktischen Arbeit jener "Dialog" wieder aufgenommen, der schon in den letzten Zügen zu liegen schien, nachdem die zunehmend mißtrauischer sich gestaltenden Begegnungen der Nach-Konzils-Periode wieder das Bewußtsein einer tiefgreifenden ideologischen Distanz geschaffen hatten.
Diese Initiativen wurden allerdings wegen anderweitiger Verpflichtungen und nicht zuletzt aus Opportunitätsgründen während der Wahlkampfzeit hintangestellt (Parlamentswahlen Mai 1968).
In der Zwischenzeit wurden durch das Aufflammen der Studentenkämpfe und das Sich-Ausbreiten der Protestbewegung in der Gesellschaft viele dieser neuen Bestrebungen bereits bei ihrer Entstehung stark verändert.

Eine neue Phase

1968 beginnt in Turin durch das Zusammentreffen von drei verschiedenen Faktoren eine neue Phase der Stadtteilarbeit:
a) Der Stadtteil war das natürliche Aktionsfeld für die zahlreichen spontanen Gruppen, die 1967 und 1968 aufgrund der Krise der traditionellen, insbesondere katholischen, Organisationen entstanden waren.
b) Im Stadtteil setzten auch die Initiativen jener Gruppen von Jugendlichen an, die innerhalb der Studentenbewegung erste Erfahrungen mit Massenaktionen gemacht hatten.
c) Im Stadtteil mußten sich auch die Arbeitsgruppen der Linksparteien und ihrer Organisationen bewähren, deren spezifisches Operationsfeld die Fabrik war.
Diesem vielfältigen Engagement entsprach objektiv eine strikte politische Ausrichtung auf die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung und auf die Kämpfe.
Die beachtenswertesten Aktionen gingen zweifellos von den spontanen Gruppen aus, die sich im Laufe des Jahres 1968 so rasch vermehrten, daß sie Hunderte von Kadern umfaßten; sie nahmen die verschiedensten sozialen Situationen in Angriff und mobilisierten die Stadtteilbewohner für die sozialen Probleme der Stadt (Schulen, Wohnungen, sanitäre Einrichtungen, Grünflächen, Verkehr usw).
Man muß allerdings daran erinnern, daß auf diesem Gebiet nicht nur die neuen Gruppen aktiv wurden, die sich in der Protestbewegung gebildet hatten, um "Basisarbeit" zu leisten.
Auch viele jener Gruppen oder "Zirkel" befaßten sich damit, die im Laufe der 50er und 60er Jahre eine wichtige Aufgabe in der

gegen die Institutionen gerichteten Kritik erfüllt und dabei auf kultureller Ebene auch die wichtigen Themen der politischen und religiösen Auseinandersetzung mit einbezogen hatten.
Die "Regionalversammlung der spontanen politisch-kulturellen Gruppen für eine Neue Linke" (die ihre Arbeiten bis zum November 1968 fortsetzte, um den Kongreß der spontanen Gruppen in Rimini vorzubereiten) war ein wichtiges Moment der Begegnung und des Ansporns für ca. 20 überwiegend katholische aber auch radikal-laizistische Gruppen aus Turin und dem Piemont, die bis dahin sich vor allem mit den Themen der Gewaltlosigkeit, des Pazifismus und der Kritik an den Institutionen befaßt hatten.
Das Interesse für die Schulprobleme (Autoritarismus, Selektion, Klassencharakter) war bei den Aktionen und Kämpfen das verbindende Moment der entstehenden Basisbewegung; im Vordergrund standen dabei einige typische Initiativen: Nachschulbetreuung, Arbeitsgruppen zum Thema Schule und Gesellschaft etc.
Unter den bedeutendsten Erfahrungen sind die von Borgata Aurora, Vallette, San Donato zu nennen.
Es handelte sich noch nicht um die Ausweitung der politischen Aktionen der Studentenbewegung auf die Stadtteile; dieses Ziel wird erst später (1969) systematisch ins Auge gefaßt und zwar im Sinne der Notwendigkeit der Ausweitung der Kampffront von der Fabrik auf die Stadt. Diese Initiativen waren vielmehr Ausdruck der Resonanz, die die Themen der studentischen Protestbewegung in Verbindung mit der starken Mobilisierung der öffentlichen Meinung durch Bücher wie "Scuola di Barbiana - Die Schülerschule" bei den oppositionellen Gruppen und Verbänden, insbesondere kirchlichen, erzeugt hatten. Hier wären die Aktionen der religiösen Gemeinschaften von Carmine und San Dalmazzo zu nennen.
Aber aus dem anfangs notwendigerweise emotionalen und voluntaristischen Antrieb heraus entwickelte sich fortschreitend ein Ansatz zur Mobilisierung der Massen (hier insbesondere der Schüler und deren Eltern) gegen den Klassencharakter des Schulsystems und des Unterrichts; ein Ansatz, der sich auf eine politisch und wissenschaftlich immer reifer werdende Analyse stützen konnte.
Gegen Ende des Jahres 1968 unternahmen auch einige PSIUP-* und

*PSIUP (Partito socialista italiano di unità proletaria), 1964 gegründet, vorher linker Flügel der Sozialistischen Partei (PSI); löst sich nach den Wahlen 1972 auf, der größere Teil tritt in die PSI oder KPI ein, ein kleinerer Teil gründet 1972 den PdUP (Partito di unità proletaria), der sich Juli 1974 mit "il manifesto" zum "PdUP per il comunismo" zusammengeschlossen hat, um den Einigungsprozeß der revolutionären Linken voranzutreiben. (A.d.R.)

ACLI-Gruppen zusammen mit anderen einige Basisinitiativen, die eine Verbreiterung der "Schulbewegung" bewirkten und diese mehr und mehr in den Gesamtzusammenhang der verschiedenen Konfliktbereiche und Auseinandersetzungen einbezogen. Bemerkenswert ist hier besonders der Kampf des Komitees "Vallette Santa Caterina" (das als Alternative zur reformistischen Politik des 1. Vallette-Komitees durch Zusammenschluß einiger Basismilitanter des PSIUP mit einer Lehrergruppe der Bewegung "Cooperazione Educativa" entstanden war); es organisierte die Eltern der Schulkinder der örtlichen Volksschule für den Kampf gegen die Klassenschule und konnte dadurch gleichzeitig die gesellschaftliche Isolierung und Ausbeutung der Proletarier des Stadtteils angreifen.

Ähnliche an einer Klassenmobilisierung orientierte Aktionen waren 1968 noch relativ selten, obwohl sich in ihnen bereits deutlich die nachfolgende Tendenz andeutete.

Einerseits nimmt 1968 das Konfliktpotential der Protestbewegung zu und weitet sich, ausgehend von der Schule, bis zu den Fabriken und Institutionen aus; andererseits kann sich in den Stadtteilen eine noch grundsätzlich über den Klassengegensätzen schwebende Mitbestimmungsideologie durchsetzen.

In Wirklichkeit sind Protest- und Stadtteilbewegung zu diesem Zeitpunkt noch relativ unabhängig voneinander, obwohl eine Zunahme der wechselseitigen Einflüsse festzustellen ist; während die erstgenannte ihren Schwerpunkt zunehmend im kritischen Marxismus findet, wird die letztere noch sehr stark vom Katholizismus beeinflußt und greift viele Themen und Probleme des religiösen Protests auf. Die tiefgreifenden, durch die autoritäre Machtausübung innerhalb der Klassengesellschaft geschaffenen Widersprüche werden von denjenigen, die sich auf dem Weg über den religiösen Protest gesellschaftlich engagieren und politisieren, als existentielle Bedingungen erlebt und erlitten.

Die direkte "Mitbestimmung" aller Bürger (vor allem jener, die sich sozial und politisch am Rande der Gesellschaft befinden) am öffentlichen Leben, an den "Problemen aller" hat für sie nicht nur die Funktion, als Korrektiv gegen das Prinzip der Delegierung, gegen Manipulation und Fremdbestimmung des Allgemeinwillens durch die Machtapparate zu wirken, sonder verkörpert fast so etwas wie eine "Erlösung", nimmt eine moralische Bedeutung an und ist schon an sich ein politischer Wert. Die Denunzierung der bürokratischen Parteienstruktur und der traditionellen Institutionen überhaupt, die Kritik der elitären Machtausübung, die Absage an das Delegierungsprinzip, die Betonung der Vollversammlung als gemeinschaftliches Moment echter Mitbestimmung sind weitere Themen der vehementen

antiinstitutionellen Kritik, die schon die spontanen Gruppen in der letzten Zeit ihres politisch-kulturellen Wirkens aufgegriffen hatten und die nun in der Stadtteilbewegung mit neuer Kraft vertreten und verbreitet wurden.
Der Kampf gegen den Autoritarismus und die Erfahrungen in der ersten Phase der Studentenbewegung mit Massenversammlungen, die übrigens die meisten der sich im Stadtteil Engagierenden nur am Rande miterlebt hatten, sind also nichts anderes als ein auslösendes Moment für eine Vielzahl gärender Probleme.
Die Absage an das Delegierungsprinzip und die Suche nach neuen Formen der politischen Mitbestimmung sind mithin die zentralen Themen dieser neuen Phase der Stadtteilarbeit: aber nicht nur die spontanen Gruppen befassen sich damit, sondern genauso die studentischen und katholischen Fraktionen der überparteilichen Stadtteilkomitees, die sich angesichts der anstehenden institutionellen Verankerung der Dezentralisierungsbestrebungen neu gebildet hatten.

Auf diese Weise kam es zu einer graduellen Verschiebung der Politik der Stadtteilkomitees, in dem Sinn, daß bei der Durchsetzung von Forderungen viel mehr Gewicht als früher auf die Mitbeteiligung der Bevölkerung gelegt wurde.
Dies geschah in den Stadtteilkomitees Falchera, Mirafiori Sud, Vanchiglietta und besonders im Stadtteilkomitee Parella, dessen Mitglieder in der neuen politischen Phase fast vollständig wechselten. Ähnliches passierte auch in den später entstehenden Stadtteilkomitees, die, obwohl selber Resultat der Begegnung verschiedenster Gruppierungen, stark auf ein politisches Programm festgelegt waren, das eine echte demokratische Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen berücksichtigen sollte.
Mithin wurden nicht nur die Vorschläge aus der konservativen Ecke in Richtung auf eine schlichte, institutionell und bürokratisch abgesicherte Dezentralisierung hinfällig; auch die Reformisten wurden unter Druck gesetzt, ob sie nun minimale Vorschläge nach Art der Gewerkschaften für eine bessere Versorgung des betreffenden Stadtteils einbrachten oder einen mit der Stadtverwaltung abgestimmten Sanierungsplan.
Die neuen politischen Kräfte (Linkskatholiken, Studenten, Intellektuelle der Neuen Linken) weigerten sich, die Rolle der Repräsentanten des Volkes zu übernehmen, um in "aufgeklärter Weise" einige Konzessionen im Bereich der städtischen Dienstleistungen auszuhandeln mit dem Ziel, die Hauptspannungen im Stadtteil zu entschärfen. Forderungen hatten für sie nur insofern einen Wert, als sie zur Bewußtseinsbildung oder zur direkten Mitbestimmung der Bevölkerung

beitrugen; direkte Verhandlungen mit der Stadtverwaltung sollten möglichst vermieden und stattdessen organisierter Druck von außen ausgeübt werden.
Innerhalb der Stadtteilkomitees, die aus dem Zusammenschluß verschiedener Gruppierungen entstanden waren, kristallisierten sich eine mehr oder weniger dauerhafte Bipolarität und ein potentieller Konflikt heraus zwischen jenen Gruppierungen, die sich für eine politische Mitbestimmung der Basis stark machten, und den Kommunisten, die sich in den Auseinandersetzungen nicht so sehr an der politischen Selbstverwaltung der Massen interessiert zeigten, sondern vielmehr an der Möglichkeit der Mobilisierung der Massen mit dem Ziel, die Verhandlungsmacht der KPI zu stärken.
Innerhalb dieser lebhaften Auseinandersetzung war die politische Mitbestimmung der sozialen Randschichten das vorrangigste politische Ziel mehrerer Gruppen und Stadtteilkomitees, die zwischen 1968 und 1969 entstanden waren und allmählich immer klarere Klassenpositionen bezogen (Campidoglio, Corso Taranto, Gruppo di L.P., Pozzo Strada, Lucento, Mercati Generali, S. Donato u.a.).
Im Laufe des Jahres 1968 waren die in den durch öffentlichen Wohnungsbau entstandenen Stadtteilen Corso Taranto und Via Artom in Gang gebrachten Initiativen die bedeutendsten, sowohl unter dem Gesichtspunkt der breiten Massenbeteiligung als auch unter dem der erreichten Erfolge.
In beiden Fällen war die Initiative von ideologisch einigermaßen homogenen Gruppen ausgegangen, deren Arbeitsschwerpunkte politische Analyse und Agitation mit dem Ziel der Massenmobilisierung waren.
In Corso Taranto analysierte eine Studentengruppe der Fakultät für Architektur zusammen mit einigen Jugendlichen der örtlichen Kirchengemeinde das im Bebauungsplan völlig übergangene Problem des Baulandes für Dienstleistungs-, Erholungseinrichtungen und Geschäfte.
In Via Artom führte eine aus Sozialarbeitern und einigen Studenten zusammengesetzte Gruppe zusammen mit den Bewohnern einen Kampf gegen Kündigungen wegen Mietrückständen und nahm das Problem der Koppelung von Miete und Lohn in Angriff.
Charakteristisch für diese beiden Aktionen (die wohl als die wichtigsten sozialen Kämpfe dieser politischen Phase in Turin angesehen werden können) war eine Ablehnung der Wohnblockdelegierten durch Mietervollversammlungen, die sich an allgemeineren Zielen des Klassenkampfes orientierten. Damit stellten sie zweifelsohne einen wich-

tigen Bezugspunkt für die späteren durch Konfliktstrategien geprägten Aktionen der Massenmobilisierung in den Stadtteilen dar.
1969 beginnt eine neue Phase der Stadtteilbewegung; über die bisherigen Erfahrungen hinaus entwickelt sich nunmehr ein neuer Typus von stark politisierten, radikal geführten und tief in die Auseinandersetzungen in der Stadt verwickelten Aktionen.
Träger dieser Aktionen sind jene Gruppen, die eine maximale Homogeneität der politischen und ideologischen Ansichten zu verwirklichen suchten, und zwar nicht nur als Reaktion auf die Notwendigkeit, die natürliche Zerbrechlichkeit spontaner Gruppen zu überwinden, sondern vor allem um bei der Mobilisierung der Basis mit der nötigen Einheitlichkeit, Klarheit und Glaubwürdigkeit auftreten zu können.
Im Zuge eines sich verschärfenden Antagonismus werden damit die beiden bisherigen Modelle von Stadtteilkomitees in den Hintergrund gedrängt und für untauglich erklärt.
Einerseits wird denjenigen Stadtteilkomitees, die für Übernahme von Mitverantwortung eintreten, sich für die institutionelle Verankerung der administrativen Dezentralisierung einsetzen und auf dem Prinzip der Parteienrepräsentanz basieren, vorgeworfen, daß sie die Demokratie mystifizierten und lediglich kleine Lokal"parlamente" ohne wirkliche Macht seien.
Ebenso rigoros werden aber auch jene Stadtteilkomitees abgelehnt, die durch den Zusammenschluß verschiedener politischer Kräfte (Katholiken und Kommunisten, aber auch Studenten, spontane Gruppen, andere Parteien oder Gewerkschaften) entstanden sind, da sie hinter einem formalen Programm für die Mitbeteiligung der Bevölkerung meist die Funktion einer Rationalisierung und Verbesserung der Kommunalpolitik erfüllten.
Diesen letzteren wurde naiver Reformismus und Partikularismus vorgeworfen, insofern als sie die (unfähige, bürokratische und abhängige) Stadtverwaltung als ihren eigentlichen Gegenpart betrachteten, gegen den es den Kampf zu führen gelte und dem ein Maximum an Zugeständnissen entlockt werden müsse; sie führten klassenübergreifende, unspezifische, auf einzelne Bereiche beschränkte und bisweilen korporative Kämpfe mit Mitteln (Straßendemonstrationen, Petitionen, Druck auf Referenten und Stadträte), die, statt eine aktive Beteiligung der Bevölkerung zu bewirken, auf die üblichen von den Parteien praktizierte Methode der passiven Instrumentalisierung der Wählerschaft zurückgreifen.
In den neuen Gruppen reift eine zunehmend genauere Analyse und mithin die Entscheidung für eine am Klassenkampf sich orientierende

Politik heran; dies führt dazu, die Ursachen der im Stadtbereich auftretenden Widersprüche in ganz bestimmten Entscheidungen des Kapitals und der ihm dienstbaren politischen Machtgruppen zu erkennen.
Die Propagierung einer allgemeinen klassenunspezifischen Aktivierung der Bevölkerung wird also nunmehr durch eine an Konfliktsituationen ansetzende Politik der Organisierung der Arbeiterklasse und der von der kapitalistischen Ausbeutung am meisten betroffenen Schichten abgelöst.
Die Absage an das Delegierungsprinzip und die Durchsetzung der Massenbeteiligung werden nicht länger als Selbstzweck gesehen sondern als Möglichkeit, Einfluß auf die politischen Entscheidungen und Kämpfe zu nehmen, in denen sich mehr und mehr Formen direkter Demokratie durchsetzen.
Allmählich bildet sich in mehreren Gruppen, wenn auch mitunter nur latent, eine Strategie der "städtischen Gegenmacht" heraus mit dem Ziel, immer weitere Machtbereiche, die in den Kämpfen durch die Arbeiterbasis erobert und kontrolliert werden, miteinander zu verbinden.
Dabei handelt es sich um eine "mittelfristige" Strategie, die das Problem der Fortführung des Kampfes auf einer qualitativ höheren Ebene der Auseinandersetzungen und das der Einigung der Klassenlinken noch offenläßt.
Bereits in den ersten Monaten des Jahres 1969 gibt es mehrere Gruppen bzw. Fraktionen von an Konfliktsituationen ansetzenden Gruppen (sie werden bald in der Mehrzahl sein), die sich theoretisch mit der städtischen Gegenmacht als Moment eines, mehr oder weniger neu interpretierten, räterepublikanischen Weges zum Sozialismus auseinandersetzen; diese Strategie wird in der damaligen Situation vorzugsweise dazu benutzt, die Machtübernahme in der Gesellschaft als revolutionäre Vorstufe für die Übernahme der politischen Macht anzusehen.
Es gibt natürlich auch andere Basisgruppen (z. B. die Front des Stadtteils von Borgo Vittoria, die Campidoglio-Gruppe, die GLP-Gruppe u.a.), die sich als Kampfzellen verstehen und auf eine zentrale politische Koordinierung hinarbeiten mit dem Ziel, die "leninistische Partei" aufzubauen.
Es sollte aus dem bisher Gesagten klar geworden sein, daß den im Stadtteil aufgestellten Forderungen trotz ihrer Unterstützung und Kontrolle durch die Massen der Bevölkerung innerhalb einer revolutionären Strategie nichts weiter als ein taktischer Wert zukommt; sie sind nichts weiter als Zwischenziele, auf denen es

weitere Kämpfe für eine umfassende gesellschaftliche und politische Emanzipation aufzubauen gilt. Auch dort, wo sich die Forderungen unmittelbar an die Stadtverwaltung richten, wird an dem grundsätzlichen Ziel des Zusammenschlusses und der Organisation der Arbeiterklasse für die Errichtung einer Machtalternative festgehalten.
Dieses war jedenfalls das Ziel der Gruppen in Corso Taranto und Via Artom, die nach Überwindung einer anfänglichen Phase der Propagierung der Mitbestimmung ihre Aktionen mehr und mehr auf die Mobilisierung der Massen richteten; in der Mitte des Jahres 1968 gelang es denn auch, durch eine Radikalisierung der Auseinandersetzungen die aufgestellten Forderungen erfolgreich durchzusetzen.
Ähnlich verliefen auch die durch das Komitee von Vallette San Caterina organisierten Kämpfe, die darauf gerichtet waren, die Kontrolle der Arbeiter über Organisation und Inhalte der Schule durchzusetzen. Dabei konnte man eine bemerkenswerte Zunahme der Konfliktbereitschaft verzeichnen, die sich später auf andere ähnliche Aktionen auswirkte.
Diese Aktionen verliefen zweifellos gerade deswegen so erfolgreich, weil man als Aktionsfeld die im Zuge staatlichen Wohnungsbaues entstandenen Arbeiterviertel mit ihrer relativ einheitlichen Sozialstruktur gewählt hatte.
Allerdings kam es auch in Stadtteilen mit heterogener Sozialstruktur zu zahlreichen Initiativen mit hoher Konfliktbereitschaft, die manchmal zu klassenkämpferischen Auseinandersetzungen innerhalb eines Stadtteils führten.
Eine Gruppe, die die hier beschriebene Tendenz vorwegnahm, war die "Stadtteilfront" von Borgo Vittoria; diese konstituierte sich in den ersten Monaten von 1968 und richtete, nach einer ersten, überwiegend auf innere politische Klärung bedachten Phase, ihre Anstrengungen darauf, auf dem Wege der Basisarbeit über die Wohnbedingungen der Arbeiter und Subproletarier die Einigung des im Stadtteil bestehenden revolutionären Potentials zu betreiben.

Das anfangs überparteiliche Stadtteilkomitee Campidoglio konstituierte sich im Frühjahr 1969 als "politische Stadtteilgruppe", die sich ebenfalls um eine Mobilisierung in den Häusern des alten Stadtteils bemühte (es gab hier Wohnungen von Arbeitern, kleinen Handwerkern und soeben eingewanderten Subproletariern) und sich als mittelfristiges Ziel die Reduzierung des Mietsatzes und der Nebenkosten gesetzt hatte.

Das mittelfristige politische Ziel war, die Proletarier des Stadtteils zu mobilisieren und zu organisieren durch ein Netz von Häuserräten, die über die in den Kämpfen hervorgetretenen Delegierten ihren politischen Bezugspunkt im Stadtteilkomitee haben sollten.

Diese Initiativen fanden (obwohl sie sich extrem schwierig gestalteten, weil es besonders in den durch freie Finanzierung entstandenen Stadtvierteln eine Vielzahl von Eigentümern gab und die gesetzlichen Mittel zur Durchsetzung der Reduzierung der Miet-und Nebenkosten sich als untauglich erwiesen) in sehr vielen anderen Stadtteilen Widerhall, wobei mitunter erbitterte Auseinandersetzungen geführt wurden.
Dies war z.B. bei den Kämpfen der Arbeiter von Grugliasco und hauptsächlich von Nichelino der Fall, die ihren Höhepunkt in der Besetzung des Rathauses durch die Bevölkerung fanden. Sie erhielten starke, wenn auch nicht immer spontane, Unterstützung durch viele Kräfte der traditionellen Linken.
Auf diesem Terrain erprobten sich, zumindest teilweise, auch die Stadtteilkomitees von Lucento und Mercati Generali, die wie Campidoglio, S.Donato u.a. eine ziemlich ähnliche politische Entwicklung erfahren und den Widerspruch zwischen Einheitskomitee (Reformismus) und politischer Gruppe (Klassenkampf) ausgetragen hatten.
Dieser Widerspruch trat auch im Parella-Komitee ziemlich deutlich zu Tage. Zwar konnte dieses Komitee mit der Durchsetzung der Forderung, das (im Besitz der Jesuiten befindliche) Tesoriera-Gebiet in einen öffentlichen Park zu verwandeln, einen wichtigen Erfolg verzeichnen; allerdings blieb ihm durch die Tatsache, daß die kommunistischen Stadträte sich in der Stadtverwaltung zum Sprecher der mobilisierten Bevölkerung machten, der politische Erfolg versagt. Es muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Spannungen zwischen einer reformistischen Orientierung und einer vom Klassengegensatz ausgehenden Politik nach 1969 besonders auch in den überparteilichen Stadtteilkomitees auftraten, die mit der Anwesenheit mehrerer politischer Kräfte und Richtungen überhaupt nicht zurechtkamen.
Die größten Spannungen wurden durch die katholischen, sich für Beteiligung des Volkes stark machenden Fraktionen hervorgerufen. Diese erwiesen sich zunehmend sensibler gegenüber den Inhalten der Stadtkämpfe und hatten daher wenig Verständnis für die Rationalisierungsbestrebungen der Reformisten und die Vorschläge zur Mitverantwortung von seiten der Anhänger des Dezentralisierungskonzepts.

Unter den bereits erwähnten Komitees waren die folgenden in dieser Phase besonders aktiv: S. Paolo, S. Rita, Pozzo Strada, Borgo Po, Vanchiglietta, Basse di Lingotto.
Im Laufe des Jahres 1969 wurden auch im Hügelviertel einige Stadtteilkomitees aktiv (Madonna del Pilone, Sassi, Fioccardo). Dort stieß übrigens das Programm zur Mitverantwortung und Dezentralisierung noch auf ein gewisses Interesse. Dies traf in noch stärkerem Maße für die Stadtteilkomitees von Mirafiori Sud Vanchiglietta, (1. Bezirk von Magliano), Vanchiglia und Barriera di Lanza Sud zu.
Generell kann man sagen, daß die ausdrücklich auf Autonomie beharrende Haltung bzw. die Polemik gegenüber den traditionellen Parteiapparaten begleitet wird von einer Radikalisierung der politischen Inhalte, die die ganze Stadtteilbewegung in ihren verschiedenartigen Ausprägungen betrifft.
Man sollte auch nicht vergessen, daß Ende 1968/Anfang 1969 die Turiner Studentenbewegung die Universität als bevorzugtes Aktionsfeld verläßt, um ihre politische Arbeit nunmehr hauptsächlich auf die Fabrik und später, über die "Stadt-Fabrik" - Kommission, auch auf die Stadtteile zu konzentrieren. In der Mitte des Jahres 1969 erhielten die Bewegungen der außerparlamentarischen Linken großen Zulauf (vor allem Lotta Continua, Potere Operaio und Unione dei comunisti italiani - ML), die schon vorher für viele Gruppen der Basis-Linken zumindest ideologisch ein wichtiger Bezugspunkt waren.
Auch im Stadtbereich besann sich die Konfliktbewegung mehr und mehr auf das Mittel der Mobilisierung der Massen, wobei es in den Auseinandersetzungen zu einer starken Zunahme an Kampfbereitschaft kam.

Fabrik und Stadt in den Arbeiterkämpfen

Stärke, Ausmaß und Heftigkeit der Kämpfe in Turin wären allerdings nicht verständlich, wenn man neben den subjektiven Faktoren in der politischen Intervention der Gruppen jene objektiven Faktoren, die in den vorhergehenden Jahren zur fundamentalen Verschlechterung der Lebensbedingungen in der industriellen Metropole der FIAT geführt hatten, außer acht lassen würde.
Es findet eine ungeheuer starke, durch die industrielle Entwicklung hervorgerufene Einwanderung aus dem Süden statt, ohne daß Wohnungen oder adäquate soziale Infrastrukturen (nicht einmal die notwendigsten, wie sanitäre Einrichtungen) vorhanden waren. In der kurzen Zeit zwischen März und Juni 1969 stellt FIAT 15.000 neue Arbeiter ein; dieser neue Zuwanderungsstrom (der auf mindes-

tens 60.000 Personen geschätzt wird) führt zu einer völligen Überreizung der schon vorher heftigen Spekulation mit den Mieten.
Die sich mehr und mehr ausbreitende Grundstücks- und Bauspekulation, die durch staatliche Interventionen nicht nennenswert zurückgedrängt, vielmehr zum Teil sogar begünstigt wird, macht die schon ziemlich angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt völlig untragbar. Die Schulen sind von ihrer räumlichen Kapazität her (von didaktischen Erwägungen ganz zu schweigen) nicht mehr in der Lage, die Massen von Kindern in schulpflichtigem Alter aufzunehmen, trotz Einführung des doppelten und dreifachen Schichtunterrichts.
Die Diagnose der "Verstopfung der Stadt", mit der diese Situation zumeist umschrieben wird, ist nicht mehr als eine euphemistische Umschreibung der Dramatik dieser Situation, die in den Fabriken und Stadtteilen immer wieder zu spontanen Ausbrüchen der Konflikte führt.
Die Klassenkämpfe in den Fabriken haben inzwischen ein neues Niveau erreicht. Im Frühjahr 1969 flackern bei FIAT neue "wilde" Kämpfe auf, die sich während der folgenden Monate immer mehr ausbreiten und mit ständig wachsender Kampfbereitschaft und unter Ablehnung jeglicher Form der Vertretung durch andere schließlich zu den großen Tarifauseinandersetzungen im Herbst führen, die von den Gewerkschaftsverbänden geleitet, aber nicht immer unter Kontrolle gehalten werden können.
In den Kämpfen der Arbeiter nimmt das Bewußtsein zu, daß Fabrik und Stadt zwei Momente innerhalb des kapitalistischen Produktionszyklus und damit des Ausbeutungszusammenhangs darstellen, dem die Arbeiter unterworfen sind. Dieses durch zunehmende Widersprüche und Spannungen sich schärfende Bewußtsein führt ab 1969 dazu, daß viele Stadtteilauseinandersetzungen sich zu sozialen Kämpfen ausweiten, die, wie schon mehrmals betont wurde, durch starke Kampfbereitschaft und hohe Massenbeteiligung gekennzeichnet sind.
Anders wären die großen Mobilisierungen, die mit dem Generalstreik für Wohnungen und gegen steigende Mietkosten vom 3. Juli und 19. November 1969 ihren Höhepunkt finden, die Hausbesetzungen, die spontanen Konflikte und die sich ölfleckartig ausbreitenden Kämpfe, die zu einer ständigen Verschärfung des Klassenzusammenstoßes führen, nicht erklärbar. Die Häufigkeit des Ausbruchs von Konflikten ist ein Anzeichen dafür, daß in dieser Phase der sozialen Auseinandersetzungen, die mehr oder minder alle in ihren Strudel zieht, die subjektive Rolle der politischen Gruppen an Bedeutung

verliert.
Durch Kommunikation und Erfahrungsaustausch werden zwischen den Gruppen, auch jenen an der Peripherie, eine Reihe von politischen Kontakten hergestellt; es kommt zu Diskussionen über Strategien, Inhalte und politische Perspektiven, ohne daß dabei die Besonderheit der jeweiligen lokalen Probleme übersehen worden wäre .
Ausgehend von der Mobilisierung der Massen zur Verteidigung des Streikrechts versuchen die Gruppen, eine neue politische Organisation der Klassenlinken aufzubauen, die über die Verknüpfung von "Fabrik und Stadt" eine Vereinigung der Arbeiterkämpfe mit jenen in den Stadtteilen herstellen und die verschiedenartigen ökonomistischen und gewerkschaftlichen Kämpfe in einer politischen Synthese miteinander verbinden könnte.
Zwar wurde die Notwendigkeit der Organisierung durchaus eingesehen, vor allem bei den reflektiertesten Kadern und Avantgarden; dennoch war die Situation keineswegs reif dafür, und das Bedürfnis scheitert deshalb an der Komplexität und Widersprüchlichkeit jener Phase,
1969 erreicht der Spontaneismus in seiner Überbewertung der sozialen Konflikte im Stadtteil seinen Höhepunkt; trotz einer starken Tendenz, die lokale Borniertheit zu überwinden, vermehren sich die Stadtteilkomitees und Basisgruppen weiterhin und fördern damit die Zersplitterung der Bewegung.
Der Stadtteil wird mehr und mehr zur zweiten Front der operaistischen Gruppen (Potere Operaio und vor allem Lotta Continua), nicht nur aufgrund der allmählich herangereiften Überzeugung von der Notwendigkeit, die Massenmobilisierung und Organisierung der Arbeiter auszudehnen, sondern auch wegen der Schwierigkeit, sich in den Fabriken gegenüber der wachsenden Kontrolle, die die Gewerkschaften als Mittler in den Tarifkämpfen ausüben, zu behaupten.
Bemerkenswert in diesem Zusammenhang sind die Aktionen von Lotta Continua, die in spontaneistischer und ökonomistischer Weise die Spannungen in den proletarischen Vierteln schürte und Aktionskomitees in Corso Taranto, Vallette, S. Paolo und anderen Stadtteilen bildete.
Wichtiger waren die Aktionen der "Marxisten-Leninisten" der UCI, die zwar theoretisch den Vorrang der politischen Arbeit in der Fabrik anerkannten, faktisch aber ihre Aktionen völlig auf die Mobilisierung des städtischen Subproletariats ausrichteten. Hier sind besonders die von der "Unione" geführten Aktionen zur Organisierung der Häuserräte von Via Frabosa und Via Ormea und die Mobilisierung der Barackenbewohner der Kasernen von Altessano hervorzuheben. Die

"Marxisten-Leninisten" wandten sich gegen den Spontaneismus der anderen Gruppen und setzten sich für eine Synthese der einzelnen städtischen Kämpfe auf folgenden drei Ebenen ein:
1) Versammlungen der Massenbasis (z.B. Versammlungen der Häuserräte),
2) Versammlungen der Massen-Avantgarden (Räte des Volkes),
3) politische Leitung der Partei (Strategie).
Faktisch waren die Aktionen der Unione, obwohl sie in der Politisierung des Subproletariats bemerkenswerte Erfolge erzielten, innerhalb der Auseinandersetzungen durch ein Übermaß an Dogmatismus und Sektierertum gekennzeichnet.
Neben den von außerparlamentarischen Gruppen getragenen Aktionen, kam es während der städtischen Kämpfe des heißen Herbstes auch zu zahlreichen spontanen Konfliktsituationen, die die Gruppen nur schwer von außen her instrumentalisieren konnten. Diese Konflikte wurden zumeist von den zahlreichen spontanen "Basiskomitees" aufgegriffen, die an verschiedenen Punkten der Stadt entstanden mit dem Ziel, Streiks oder andere Agitationsformen gegen Mieterhöhungen und Kündigungen zu organisieren (z.B. die Komitees Via Bologna, Borgata Paradiso, später Corso Salvemini, Corso Molise, Via Sansovino).
Diese spontan ausbrechenden Konflikte wurden häufig durch die KPI und die Gewerkschaften, die für die Probleme der kämpfenden Arbeiter "plausible" reformistische Antworten griffbereit hatten, in geregelte Bahnen gelenkt. Um diese Integrationsversuche zu unterlaufen, stellte sich für die verschiedenen Gruppen immer stärker die Notwendigkeit, die eigenen Aktionen organisatorisch vorzubereiten, um auf der politisch-organisatorischen Ebene die Früchte der in Gang gebrachten Kämpfe ernten zu können: gleichzeitig richtete sie scharfe Kritik gegen die "revisionistischen" politischen Kräfte. Ein erstes Zeichen dieser sich anbahnenden politisch-organisatorischen Koordinierung verkörperte bereits in den ersten Monaten von 1969 die Gruppe "Lavoro Politico", die in den Stadtteilauseinandersetzungen durch vier Basiskomitees präsent war (Via Artom, Borgata Paradiso, Parella, Cascine Vica).
Faktisch blieb jedoch das Problem des Zusammenschlusses der politischen Kräfte und des Umschlagens der sozialen Kämpfe in politische in seiner ganzen Tiefe bestehen; auch bei den reifsten Interventionen konnte man schwerlich verhindern, daß die Kämpfe auf der Ebene ökonomischer Forderungen verharrten.
Jene politischen Gruppen, denen des trotz gegensätzlicher Intentionen nicht gelungen war, die Phase spontaneistischer Agitation zu

überwinden, gingen ihrer Auflösung entgegen. Dies war z.B. für die in den Stadtteilen Campidoglio, Parella, Borgo Vittoria arbeitenden politischen Gruppen der Fall.
Nach den großen Erfolgen bei der Mobilisierung der Massen im Herbst 1969 kam es sehr bald zu einem Rückgang der Basisbewegung und die politischen Gruppen erwiesen sich als unfähig, durch aktive Beteiligung an den Auseinandersetzungen im Stadtbereich neue Mitarbeiter und politische Kader für einen alternativen Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu gewinnen.
In der Mitte des Jahres 1970 suchten neue Gruppen diese Aufgabe zu bewältigen: die "Kollektive für politische Arbeit" (Collettivi di Lavoro Politico), die eine formale Organisationsstruktur aufgebaut hatten mit dem klaren Ziel einer politischen Einigung der Klassenlinken. In Turin waren es vor allem das "Collettivo Lenin", das aus dem früheren "Gruppo di Lavoro Politico" entstanden war, und das "Collettivo di Torino" (später "Collettivo di Analisi e Intervento Politico K. Marx"), dessen Kader zum Teil aus der Stadtteilfront von Borgo Vittoria, zum Teil aus Gruppen der außerparlamentarischen Linken stammten.
Diese Kollektive gingen davon aus, daß das wichtigste Problem in der aktuellen historischen Situation nicht im Aufbau der Partei, sondern vielmehr in der Bildung von Kadern und aktiv an den Kampfsituationen teilnehmenden Zellen bestünde. Ihre Organisationsform umfaßte mithin drei Momente:
1) Basiskomitee,
2) Politische Kerngruppe,
3) Politisches Leitungskomitee, wobei in dieser hierarchischen Gliederung ein steigendes Maß an politischem Bewußtsein und organisatorischer Kontinuität zum Ausdruck kommen sollte.
Die Kollektive versuchen aber durch die Einordnung ihrer Aktionen in eine Perspektive sozialer und politischer Kämpfe die Zersplitterung und lokale Borniertheit der Stadtteilkämpfe zu überwinden.
Die Kritik des Ökonomismus, der viele der vorangegangenen Kämpfe geprägt hatte, löst eine Diskussion über die Kontrolle der Forderungen aus, deren mittelfristige Bedeutung für eine Syndikalisierung der Stadtteilaktionen allerdings durchaus anerkannt wird. Und Syndikalisierung wird, wie bei den Kämpfen in der Fabrik, als Voraussetzung für eine politische Einigung auf qualitativ höherer Ebene betrachtet.
Diese kritische Reflexion, die während des Rückgangs der Kampftätigkeit zwischen 1970 und 1971 die an Konfliktstrategien orientierten Gruppen der Stadtteilbewegung in Angriff nehmen, findet bei

der Mehrheit der Stadtteilkomitees allerdings kein Echo.
Die bei den letzteren überwiegende reformistische Perspektive wird dadurch, daß die Parteien der traditionellen Linken und besonders die KPI ihre Forderungen übernehmen, noch verstärkt.

Umfrage

KOMMT ES ZU EINER INSTITUTIONALISIERUNG ?

Kommunalpolitik und Reaktion der Stadtteilgruppen

Im Jahre 1971 umfaßte die Stadtteilbewegung in Turin insgesamt 60 Stadtteilkomitees. Während die neuen Rationalisierungserfordernisse des kapitalistischen Systems auf der einen Seite eine Betriebspolitik verlangten, die man als eine Politik des "sozialen Friedens" zusammenfassen kann, so mußten sie auf städtischer Ebene in eine Neuordnung der Stadtstruktur umgesetzt werden, die die Mißstände soweit wie möglich ausschaltete. Die Kampfbereitschaft, die schon nach den Kämpfen von 1968-69 einen Rückfluß erlitten hatte, die allerdings in den Betrieben noch in gefährlicher Weise vorhanden war, mußte auf Stadtteilebene völlig eingeschläfert werden : das Klassenbewußtsein des Arbeiters sollte in der Illusion erlöschen, auf der Ebene der Stadtverwaltung zu einer echten Beteiligung an den Entscheidungen, die sein gesellschaftliches Wohlergehen regeln, gelangen zu können. Während die Bedürfnisse des Menschen als Arbeiter, also als Produzent, unterdrückt werden mußten, wurden seine Bedürfnisse als Verbraucher in hohem Maße (wenn auch zum Schein) befriedigt. Es handelte sich kurz gesagt um den Versuch, eine Form von Pseudo-Mitbestimmungs-Demokratie zu schaffen, die freilich in Wirklichkeit, durch ihre völlige Abgeschnittenheit von jeder Form der Kontrolle über die ökonomische Macht, nichtig und ohnmächtig war.
Diese Linie kam zuletzt im Dezentralisierungsplan des Stadtrats Alessio (PRI - Partito repubblicano italiano) vom Herbst 1971 zum Ausdruck : er sah die Wahl der Mitglieder des Stadtteilrates von unten vor, und zwar nach einer gemeinsamen Liste aller im Stadtteil anwesenden Kräfte (Parteien, Gewerkschaften, kirchliche Gemeinden , Sportverbände usw.). Im Innern eines jeden Rates sollte ein Exekutivausschuß gebildet werden, aus dem dann ein Präsident gewählt werden sollte, der als Amtsgehilfe des Bürgermeisters mit beratenden Befugnissen fungieren sollte. Für die Durchführung des Plans waren 27 Amtsbezirke vorgesehen.
Neben diesem Plan wurde im November 1971 vom Bürgermeister ein Vorschlag für die sofortige (wenngleich noch immer experimentelle) Wahl einiger Zonenräte formuliert, unter der Bedingung, daß sich an diesen Wahlen mindestens 50 % der Interessenten beteiligen müßten.
Die Komitees sollten sich Anfang Januar zum Projekt Alessio äußern, als es unerwartet und früher als vorgesehen von der Gemeindeversammlung verabschiedet wurde. Am 15. und 22. Januar wurden beim Sitz

des Komitees von Borgo Po zwei gemeinsame Versammlungen für alle Stadtteilkomitees abgehalten. Anläßlich dieser Versammlungen traten ziemlich klar die Positionen der verschiedenen Stadtteilkomitees hervor, deren unterschiedliche Orientierung sehr deutlich die politische Auffächerung der Stadtteilbewegung, wie sie bis heute zu bestehen scheint, widerspiegelte.
Tatsächlich sprachen sich bei diesen Versammlungen die Komitees, die eine Linie der Mitbestimmung verfechten (diejenigen also, die seit jeher der Linie der Gemeindeverwaltung Folge leisten und deren Durchsetzung garantieren, indem sie ihre Forderungen ausschließlich auf jene Sektoren richten, die den Anforderungen einer reinen Stadt-Dezentralisierung Genüge tragen, wie z.B. Grünflächen, Schulen usw.) und die Vertreter einer reformistischen Linie (die Mehrzahl dieser Komitees wird von der KPI geleitet, ihre schwerwiegendste Unzulänglichkeit liegt in einer unzureichenden Analyse der politischen und strukturellen Verhältnisse auf lokaler und nationaler Ebene, in die die Forderungen eingebaut werden müssen) praktisch für eine Institutionalisierung aus. Die dafür angegebenen Begründungen waren unterschiedlicher Natur; sie reichten von der Illusion, seitens der Bevölkerung eine effektive Kontrolle über die Stadtverwaltung zu erlangen, über das Bedürfnis, von der Gemeinde praktische Instrumente für die Arbeit zu erhalten, bis zur deutlichen Erklärung, kommunistische Machtzentren schaffen zu wollen.
Eine Alternative zur Integrierung und Resorption der Stadtteilbewegung vertraten nur zwei - konfliktstrategisch orientierte - Gruppen : Borgata Vittorio und Pozzo Strada. Diese während der Kämpfe von 1968-69 entstandenen Gruppen - zusammen mit den beiden eben erwähnten zählen sie ein halbes Dutzend - lehnen bezeichnenderweise die Benennung "Komitee" oder "Rat" ab und haben bis heute, wenn auch durch unterschiedliche Prozesse der Neuordnung und Überlegung, jene subversive Kraft bewahrt, die das hervorstechendste Charakteristikum der vergangenen Kämpfe war. Sie suchen die Ablehnung des Delegierungsprinzips lebendig zu erhalten und die Einschränkung der Aktionen auf einzelne Sektoren zu verhindern, was eine Ablehnung der gesamten Gesellschaft mit einschließt, deren Umwälzung auch als Ergebnis der starken Widersprüche, die sich außerhalb der Fabrik im Bereich der Stadt kundtun, gesehen wird : diese Widersprüche zum Ausbruch kommen zu lassen, ist eines der Hauptziele dieser Konfliktkurs steuernden Gruppen.
Einige dieser Stadtteilgruppen sind, aus verschiedenen ideologischen Prägungen heraus, spontan entstanden, andere wieder bilden Arbeitsgruppen innerhalb größerer Kollektive (Collettivo Lenin, Gruppo

Gramsci) oder in Organisationen der außerparlamentarischen Linken. Das große Risiko, dem praktisch alle diese Stadtteilgruppen entgegengehen, ist eine zu starke Verausgabung in partiellen Forderungen, die ja nur ein Anknüpfungspunkt sein sollen, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen, sich mitunter aber durch die Schwäche der Gruppe vom taktischen Moment in Hauptaktivität verwandeln. Tatsache ist jedoch, daß sie allein sich heute die Bekämpfung der institutionellen und reformistischen Linie zur Aufgabe gestellt haben.

Unserer Meinung nach ist das Phänomen der Stadtteilkomitees von erheblicher Bedeutung : wir haben eine Umfrage eingeleitet, um nach dem großen Ausbruch im Jahre 1968-69 ihre gegenwärtige Realität zu untersuchen. Da wir uns aus technischen Gründen vor die Notwendigkeit gestellt sahen, unter allen Komitees eine begrenzte Anzahl auszuwählen, sind wir so vorgegangen, daß wir als Kriterium die oben angegebene Unterscheidung der verschiedenen Stadtteilkomitees (Mitbestimmungskomitees, reformistische und konfliktstrategisch orientierte Komitees) angewandt haben. Leider war es nicht möglich, die Komitees von Vallette und Corso Taranto zu interviewen, obwohl sie zu den wichtigsten und bedeutendsten in Turin gehören; denn unsere wiederholten Versuche, mit ihnen in Verbindung zu treten, blieben erfolglos.

Unsere Arbeitsmethode basierte auf einer möglichst ausgedehnten Debatte mit jedem Stadtteilkomitee anhand eines Fragebogens, an den man sich aber nicht unbedingt zu halten brauchte.

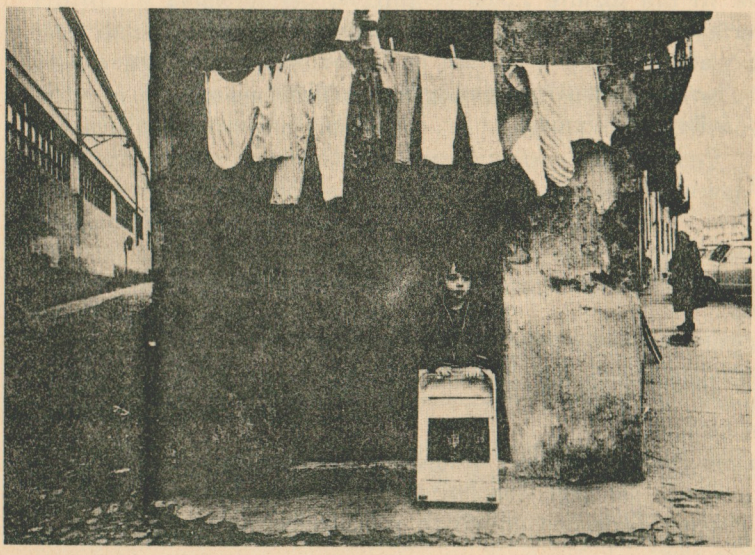
Eine Form der Analyse, die ausschließlich auf Dokumentation beruht, haben wir von vornherein abgelehnt, weil wir eine umfassendere und aktuellere Übersicht über die Realität der Komitees geben wollten, die auch den Komitees selbst zum gegenseitigen Kennenlernen dienen sollte. Außerdem haben wir eine auf die Gruppe ausgedehnte Diskussion dem individuellen Zusammentreffen mit einem ihrer Leiter vorgezogen, um auf diese Weise eine wirkliche Fühlungnahme mit den in jedem Komitee vertretenen Kräften und Richtungen zu ermöglichen und dadurch zu vermeiden, eine - wenn auch unbeabsichtigt - partielle Version der Lage zu erhalten.

Im Laufe der Untersuchung trafen wir sowohl bei der Kontaktaufnahme mit den verschiedenen Komitees als auch während der Interviews selbst auf viele Schwierigkeiten. Einige Komitees erwiesen sich im letzten Moment als nicht vorhanden, andere, die von der praktischen Stadtteilarbeit zu sehr beansprucht waren, gewähr-

ten uns nicht die materielle Zeit für das Interview, andere wiederum haben in der Beantwortung der Fragen Schwierigkeiten gemacht. Auch bei dem Interview selbst war die Aufgabe nicht ganz leicht: manchmal ist die Debatte in weitschweifige politische Diskussionen ausgeartet, aus denen es dann schwierig war, das, was von wirklichem Interesse für uns war, herauszuschälen. Auf bestimmte Fragen erhielten wir außerdem keine oder keine zufriedenstellenden Antworten. Einige der Gruppen hielten es für notwendig, neben ihren Antworten auf den Fragebogen einen zusammenfassenden Überblick über ihre Position zu geben, aus dem sich der Inhalt ihrer Aktionen besser erklären ließe (siehe Borgo Vittoria und Pozzo Strada).

Wir haben den Fragebogen insgesamt 10 Stadtteilkomitees vorgelegt. Er umschließt einen ersten Teil, der die Gruppe und den Stadtteil, in dem sie tätig ist, durch die von der Gruppe selbst gelieferten Angaben beschreiben soll.

Der zweite Teil berührt die eigentlich politischen Themen. Die diesen zweiten Teil betreffenden Antworten haben wir für jedes der befragten Komitees so sinngetreu wie möglich zusammengefaßt.



FRAGEBOGEN ÜBER DAS STADTTEILKOMITEE

Stadtteilkomitee

1) Name
2) Anschrift. Von wem erhält die Gruppe ständig oder hin und wieder die Versammlungslokale ?
3) Anfangsjahr der Gruppenaktivität.
4) Wie viele Personen nahmen an der Gruppe zu Beginn ihrer Tätigkeit teil ? Wie viele von ihnen sind heute noch in der Gruppe tätig ?
5) Aus welchem ideologisch-kulturellen oder organisatorischen und politischen Kontext stammen die Gründer der Gruppe?
6) Welche Beziehungen bestanden zwischen den Gründern :
   - Freundschaftsbeziehungen ?
   - Zugehörigkeit zum gleichen Arbeitsmilieu?
   - Zugehörigkeit zur gleichen Vereinigung ? (welche?)
7) Wieviele Personen beteiligen sich gegenwärtig ständig an der Gruppe? Wieviele Personen nehmen häufig an der Gruppenarbeit teil und betrachten diese als eine ihrer politischen Hauptaktivitäten?
8) Wieviele beteiligen sich außerdem sporadisch?
9) Wie ist die soziale Zusammensetzung der Gruppe?
10) Verfügt die Gruppe über eine Finanzierungsquelle?
    a) Welchen Umfang hat sie im Verhältnis zu den laufenden Kosten? Herkunft der Mittel.
    b) Selbstfinanzierung.

Stadtteil

Name.
Größe und Grenzen.
Bevölkerung.
Sozioökonomische Charakteristika der Bevölkerung.
Soziale Schichtung und ihre Lokalisierung.
Hauptsächliche im Stadtteil vorkommende ökonomisch-produktive Erwerbstätigkeiten.
Wahlverhalten der im Stadtteil ansässigen Bevölkerung.
Klassenbewußtsein der dort wohnhaften Bevölkerung, gemessen an ihrem politischen Verhalten anläßlich von Demonstrationen, Kämpfen, Streiks usw.
Im Stadtteil vertretene Parteisektionen, politische und religiöse

Verbände.
Deren Aktivität und Umfang.
Soziale Einrichtungen der Gemeinde, aktiv tätige Sozialdienste.
Von der Gemeinde vorgesehene städtische Umstrukturierungspläne.
Soziale Dynamik im Stadtteil.

Zweiter Teil des Fragebogens

A. Politisches Programm

1) Aufgrund welcher politischen Erfordernisse oder konkreten Gründe ist dieses Stadtteilkomitee entstanden?
2) Welche Ziele setzt es sich?
3) Werden die aufgestellten Forderungen in eine Gesamtkonzeption der Stadtstrukturen eingebaut, oder richten sie sich auf besondere Sektoren oder nur auf den Stadtteil, in dem ihr arbeitet?
4) Wen betrachtet ihr als euren Gesprächspartner oder als euren Gegner?
5) Befürwortet ihr die Institutionalisierung der Stadtteilkomitees oder nicht?

B. Politische Beteiligung der Basis

1) Wie sieht die organisatorische Struktur der Gruppe aus? Wie häufig trifft sie sich?
2) Gibt es in diesem Komitee offizielle politische Kräfte oder nur Militante als Individuen?
3) Wie oft werden Stadtteilvollversammlungen einberufen?
4) Benutzt ihr andere Mittel, um Kontakte zur Bevölkerung herzustellen?
5) Wie ist die Beteiligung des Stadtteils an den Versammlungen?
6) Wie viele neue Militante haben Versammlungen und Kämpfe der Gruppe zugeführt?
7) Woher kommen im allgemeinen die Ziele : aus den Versammlungen der Militanten oder aus den Vollversammlungen des Stadtteils?
8) Wie werden der Versammlung im allgemeinen die Ziele, deren Verfolgung die Militanten für notwendig erachten, vorgeschlagen?
9) Wie werden die aus der Versammlung kommenden, also nicht von den Militanten vorgebrachten Vorschläge aufgenommen?

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) Gibt es und akzeptiert ihr eine genaue räumliche Begrenzung eures Interventionsgebietes? Wie ist sie entstanden?
2) Welches sind die Vorteile und (sozio-politischen) Nachteile, die aus einer solchen Begrenzung erwachsen?
3) Versucht ihr euch Ziele zu setzen, die die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied einbeziehen, oder verfolgt ihr spezifische Ziele einer bestimmten Kategorie oder gesellschaftlichen Klasse?
4) Seid ihr mehr an den Problemen der Einwohner als Bürger oder an ihren Problemen am Arbeitsplatz interessiert?

D. Ziele, Kämpfe, Verbindungen

1) Mit welchen Zielen und Forderungen sind die Kämpfe geführt worden?
2) Wie, gegen wen und mit welchen Resultaten haben diese Kämpfe stattgefunden?
3) Wie hoch war der Mobilisierungsgrad der Einwohner des Stadtteils?
4) Welche konkreten Ziele auf politischer oder auf der Ebene allgemeiner Forderungen kann die Gruppe eurer Meinung nach unmittelbar erreichen?
5) Habt ihr Ziele, deretwegen ihr mit anderen Gruppen in Verbindung tretet?
6) Gab es Auseinandersetzungen mit anderen im Stadtteil anwesenden Gruppen?
7) Aus welchen Gründen und mit welchen Ergebnissen?
8) Welchen Standpunkt nehmt ihr hinsichtlich der Koordinierungsinitiativen der Stadtteilkomitees ein?
9) Welches sind eure zukünftigen Ziele?
10) Hat es spontane, nicht vom Komitee geführte Kämpfe gegeben? Wie habt ihr euch in solchen Fällen verhalten?

ANTWORTEN DER STADTTEILKOMITEES

BORGO VITTORIA

Der Stadtteil Borgo Vittoria zählt ungefähr 100.000 Einwohner; davon sind 60 % Arbeiter, der Rest Angehörige der Mittelschichten, Angestellte und Handwerker. Es sind hier große Industriebetriebe wie Michelin, Fiat Ferriere, Savigliano und CIR ansässig. Zu verzeichnen ist eine bemerkenswerte Bevölkerungsbeteiligung an den von der KPI und den Gewerkschaften organisierten Kundgebungen, die an der Basis eine erhebliche Rolle für die politische Sozialisation gespielt haben. Hier im Stadtteil gibt es den Kommunistischen Ortsverband, die 8. Sektion der KPI, sowie einige Sitze von Gewerkschaftsverbänden. Der Bebauungsplan sieht die Beseitigung einiger alter Wohnblocks vor, die heute vor allem Einwanderungszentren sind, um dort einige kleine und mittlere Industriebetriebe anzusiedeln.
Das Stadtteilkomitee von Borgo Vittoria ist eine autonome Organisation der Einwohner, in der als politische Komponente der Versammlung einige Militante des Collettivo di Analisi e Intervento Politico K. Marx (heute Gruppo Gramsci) arbeiten. Die Gruppe hat ihre Tätigkeit im Juli 1970 aufgenommen. Früher (1968-69) arbeitete im Stadtteil Borgo Vittoria der Fronte del Quartiere - eine politische Gruppe, die als eine der ersten den Versuch anstellte, auf Stadtteilebene eine Kampforganisation zu schaffen, und die sich in letzter Zeit vorwiegend dafür eingesetzt hat, das dort wohnhafte Subproletariat Wohnblock für Wohnblock zu mobilisieren. Einige Militante des Fronte del Quartiere sind 1970 zur jetzigen Gruppe übergegangen. An der Aktivität der Gruppe nehmen ständig 8 oder 9 Personen teil. Sie finanzieren sich selbst.

A. Politisches Programm

3)* Ziel ist es, einen einheitlichen, autonomen Massenorganismus zu schaffen, durch den die Forderungen und Kämpfe über die Dimension des Stadtteils hinauswachsen. In dieser Perspektive sind über spezifische Themen Kontakte mit anderen Stadtteilkomitees aufgenommen wurden. Darüberhinaus haben sich Kommissionen gebildet, die Probleme allgemeinen Charakters (Schule, Wohnung)) analysieren und dabei von den kleinsten Kampfzielen ausgehen.

---

* Die Ziffern beziehen sich jeweils auf die Gliederung des Fragebogens.

4) Die institutionellen Gegenspieler werden ausschließlich als Zwischenebenen eines allgemeineren Gegners betrachtet. Das Problem des Gegners muß jedoch in einer Perspektive, die die Frage der Klassenbündnisse berücksichtigt, gesehen werden.
5) Eine Institutionalisierung, die als Versuch verstanden wird, die Basis zu integrieren und die kapitalistische Organisation des Gebietes zu rationalisieren, wird abgelehnt.

B. Politische Beteiligung der Basis
1) Die Gruppe ist in Kommissionen aufgegliedert, in denen ständig mit den Betriebsdelegierten eine Überprüfung der politischen Linie und der Praxis vorgenommen wird. Die Häufigkeit der Versammlungen wie auch die der Vollversammlungen hängt vom jeweiligen Kampfstadium ab.
2) Als politische Komponente ist der Gruppo Gramsci anwesend.
4) Anschläge, Plakate, Flugblattverteilung, Agitation mit Megaphon, kulturelle Veranstaltungen (Ausstellungen, Filmvorführungen usw.).
5) Das hängt jeweils von den Kampfmomenten ab.
8+9) Die Kampfvorschläge gehen aus einer Analyse der Probleme hervor, die mit den unmittelbar Betroffenen angestellt wird. Sie werden in einem Bulletin 'Lotta e Analisi' verbreitet.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention
1) Eine räumliche Begrenzung der Intervention liegt nicht vor.
3) Die Wahl der Kampfziele ist darauf gerichtet, um die Arbeiterklasse herum, doch unter ihrer Hegemonie, einen Kreis von Verbündeten zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit wird auf das Phänomen der Proletarisierung der Mittelschichten gewandt.

D. Ziele, Kämpfe und Verbindungen
1) Pflichtschule : Man hat versucht, das Komitee Schule-Familie in eine Eltern-Lehrer-Versammlung umzuwandeln, wobei man zwar von spezifischen Problemen ausging, aber mit dem Ziel, immer breitere Sektoren hineinzuziehen. Es wurde eine stadtteilübergreifende Schulkommission gegründet.
Wohnungsproblem : Kampf gegen Privateigentümer.
5) Kontakte mit anderen Gruppen werden durch Kommissionen zu folgenden Problemen weiterentwickelt : Schule, Wohnungen, Preise.

6) Mit Basismilitanten der ortsansässigen KPI-Sektionen, und zwar über spezifische Initiativen.
8) Kritische Beteiligung.
9) Ausweitung der Stadtkommissionen, um zu einem Zusammenschluß auf Gebietsebene zu gelangen.
10) Spontane Kämpfe enstanden aufgrund des Wohnungsproblems; sie wurden teilweise in den umfassenderen Kampf des Stadtteilkomitees einbezogen, was die spezifischen Kampfziele betrifft jedoch autonom geführt.

Gruppo Gramsci (Turin) :
Vorschläge für eine Strategie auf territorialer* Ebene

Nach der definitiven politischen Niederlage des rückständigen Kapitals und seiner Politik der Repression gegenüber der Arbeiterklasse und angesichts der drohenden Krise, die sich Mitte der 60er Jahre ankündigt, schlägt die monopolkapitalistische Bourgeoisie Italiens in den letzten Jahren entschieden den reformistischen Weg ein, mit einem Plan, der sich auf alle Ebenen erstreckt : bürokratische Strukturen des Staates, Industrie, Landwirtschaft usw. Auch auf territorialer Ebene hat die monopolistische Bourgeoisie diese Strategie gewählt und verfolgt damit zwei ganz bestimmte Zwecke : eine wesentliche Entwertung der Arbeitskraft einerseits durch die - auch relative - Verringerung ihrer Lebenshaltungs- und Reproduktionskosten und andererseits ein Eindringen in diejenigen Sektoren, die bis dahin der mittleren Unternehmerschicht (Baugewerbe usw.) und der nichtproduktiven Mittelschicht (Krankenhäuser, Schulen usw.) vorbehalten waren.
Ein erster Schritt zur Verwirklichung dieses reformistischen "Plans" auf territorialer Ebene war die sogenannte "Wohnungsbaureform", die das Rahmengesetz zur "Städtebaureform" später noch präzisieren sollte. Auch wenn sie durch die Kompromisse zwischen den beteiligten Kräften verzögert wird, erfüllt sie vor allem die Funktion, die Voraussetzungen für eine massive Präsenz des großen Monopolkapitals im Bausektor zu schaffen, wodurch die Auflösung großer Teile der Grundrenten beziehenden Zwischenschichten beschleunigt wird. Sie bedeutet auch einen Schritt vorwärts im Prozeß der Zentralisierung der Exekutive und der Dezentralisierung der Verwaltungsaufgaben, mit dem die monopolistische Bourgeoisie die Kontrolle über die Volksmassen zu organisieren versucht durch die Einbeziehung ihrer Vertreter in die Verwaltung der bürgerlichen Politik: tatsächlich ist die Zusammenfassung zentraler Organe für alle politischen und

*"territorial" bezeichnet den gesellschaftlichen Bereich außerhalb der Fabrik - A.d.R.

ökonomischen Entscheidungsaufgaben auf territorialer Ebene vorgesehen, während den Regionalverwaltungen und den anderen lokalen Stellen nur die Aufgabe zugeteilt wird, Vorschläge einzubringen und die zentral getroffenen Entscheidungen auszuführen.

während den Regionalverwaltungen und den anderen lokalen Stellen nur die Aufgabe zugeteilt wird, Vorschläge einzubringen und die zentral getroffenen Entscheidungen auszuführen.

Der "heuchlerische und unechte" Charakter dieser wie auch aller anderen Reformen, die die Bourgeoisie durchführt, ist also klar: denn sie werden benutzt, um das Proletariat von der Revolution abzuhalten, wenn die Waffe der Repression nicht möglich oder nicht angebracht ist; daß sie Rationalisierungsfunktionen für das kapitalistische System haben, ist zumindest offensichtlich. Das darf uns jedoch nicht dazu verleiten, uns nicht um die Reformen zu kümmern. Der Kampf für die Reformen hat die doppelte Aufgabe, dem Kapital auf jedem Gebiet so viel wie möglich zu entreißen, aber auch und vor allem, der Klasse selbst deutlich zu machen, daß die Revisionisten unfähig und außer Stande sind, den Kampf für die weitestgehenden Forderungen bis ins Letzte zu führen, und welche Mittlerfunktion sie in den Klassenauseinandersetzungen einnehmen, nämlich indem man den Massen mit aller Klarheit zeigt, daß ihre Lage nur durch die Niederschlagung des Kapitals verändert werden kann.

Unter dieser Perspektive ist der politische Kampf auf territorialer Ebene auf die Bildung von einheitlichen, autonomen Massenorganismen ausgerichtet, die von der Arbeiterklasse geführt werden und für andere gesellschaftliche Schichten, mit denen sich das Proletariat verbünden kann und muß, offen sind. Die Basisorganismen brauchen daher keine "offizielle" Anerkennung von Seiten der Kommune, wie die von der KPI vorgeschlagenen, sondern müssen umgekehrt in erster Linie von den Massen anerkannt werden, so daß die Massen zu ihnen ein Verhältnis direkter und bewußter Beteiligung bei der Herausbildung und Festlegung der allgemeinen und spezifischen Kampfziele, auch auf dem Gebiet der Reformen und der Klassenbündnisse, herstellen. Vorrangiger Bestandteil der Strategie der Massenorganismen in den Stadtteilen ist jedoch die Verbindung zu den Massenorganisationen in der Fabrik, den Fabrikräten, um Fabrik und Stadt, Ziele in der Fabrik und Ziele auf territorialer Ebene eng miteinander zu verknüpfen und einen Kampf in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln, bei dem die Arbeiterklasse die Führung übernimmt.

Die Aufgabe der Marxisten-Leninisten in den Massenorganismen auf Stadtteilebene besteht nicht nur darin, zur Verteidigung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen beizutragen, sondern vor

allem darin : 1) die Arbeiterklasse dazu anzuleiten, sich für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu interessieren und einen eigenen Standpunkt über alle Aspekte des kapitalistischen Systems zu gewinnen; 2) Bündnisse mit anderen abhängigen Schichten und anderen Massenbewegungen wie der der Studenten und der zur Befreiung der Frau konkret herzustellen; 3) einen politischen und ideologischen Kampf gegen den Reformismus und Revisionismus zu führen; aber vor allem 4) auf territorialer Ebene politische Organismen wie die politischen Stadtteilkollektive zu bilden, mit dem Ziel, im territorialen Bereich die Basis und Leitungsorgane der revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu schaffen, in organischer Verbindung mit den politischen Arbeiterkollektiven und unter der Leitung der politischen Gruppe, um so dazu beizutragen, die Massenbasis der Partei innerhalb der Fabrik und die Massenbasis der Partei auf territorialer Ebene zusammenzuschweißen.

Aus diesen kurzen Überlegungen ergeben sich einige Anhaltspunkte für die politische Intervention auf territorialer Ebene:

- Da die großen öffentlichen und privaten Firmen die wichtigsten im Bausektor tätigen ökonomischen Subjekte sind, erkennen wir in ihnen den hauptsächlichen Gegner; damit eröffnet sich ein weites Feld für politische Arbeit unter den Arbeitern dieser Berufsgruppe (Bauarbeiter) und den Benutzern der Häuser, wodurch der Ökonomismus des isolierten Kampfes um die Mieten überwunden wird.
- Kampf für den Nulltarif und die Anrechnung der Fahrzeiten auf die Arbeitszeit, ausgehend vom Bündnis mit den Arbeitern des Sektors.
- Ein sehr wichtiges Ziel ist außerdem die Verbindung zwischen Schule und Stadtteil, um den Arbeiterstandpunkt auch am Ort der Ausbildung der Arbeitskraft durchzusetzen.
- Im Kampf für die Reform des Gesundheitswesens ist das Ziel die Forderung einer wirklichen Gesundheitsvorsorge, die das Problem der Gesundheitsschädlichkeit an der Wurzel packt und eine tatsächliche Beseitigung ihrer Ursachen fordert.
- Kampf gegen die kapitalistische Organisation der Stadt, um die realen Interessen, die sich hinter der angeblichen "wissenschaftlichen Objektivität" der Planung verbergen, zu entschleiern, vor allem in den Gemeinden, die von "linken" Koalitionen verwaltet werden.

- Vor allem in der gegenwärtigen Konjunkturphase Kampf gegen die Preiserhöhungen und Verdeutlichung der Mechanismen, über die sie sich vollziehen; Ziel dieses Kampfes ist die Verteidigung der Löhne außerhalb der Fabrik auf der Basis des Bündnisses mit den werktätigen Schichten, die infolge der kapitalistischen Umstrukturierung der Handelssektoren gewaltsam aus diesen vertrieben werden.

Dies sind in Kürze die Anhaltspunkte, die sich aus unserer politischen Arbeit und unseren Analysen auf territorialer Ebene ergeben haben. In diesen Rahmen ordnet sich ein weiteres Element ein: die Notwendigkeit, die Frage der Bündnisse zwischen Arbeiterklasse und anderen Gesellschaftsschichten konkret zu lösen, veranlaßt uns, auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses von mittleren Schichten mit der Studentenbewegung hinzuweisen, und zwar eines Zusammenschlusses nicht nur auf der Basis der militanten und propagandistischen Unterstützung der Kämpfe des Proletariats, sondern auch auf der Ebene von Beiträgen zur Analyse gemeinsamer Probleme und deren Verbreitung unter den Massen unter der Führung und Kontrolle der Stadtteilorganismen und der politischen Kollektive in ihrem Innern (z.B. Architekten und Architekturstudenten in puncto Städte- und Wohnungsbaureform, Mediziner und Medizinstudenten in puncto Reform des Gesundheitswesens und Gesundheitsschädlichkeit).

Zur Strategie für den territorialen Bereich gehören schließlich die Verwendung aller Instrumente zur Herstellung von Gegenöffentlichkeit, vom Straßentheater bis zu Wandzeitungen, von Stadtteilzeitungen bis zu Ausstellungen über allgemeine und besondere Probleme, wie auch die Einrichtung von Zentren zur Publikation, Agitation und Propagandaauf Massenebene über die Frage des Imperialismus, der antiimperialistischen Kämpfe und über die Erfahrungen des chinesischen Proletariats.

CIT TURIN

Ein kleiner zentraler Stadtteil von ungefähr 30.000 Einwohnern, die zur kleinen oder mittleren Bourgeoisie gehören, proletarische Kerne sind nur vereinzelt vorhanden. Das Wahlverhalten der Bevölkerung ist ganz klar auf die rechte Mitte ausgerichtet. Die aktivsten politischen und religiösen Vereinigungen sind der Sitz

des MSI (Movimento sociale italiano - faschistische Partei, A.d.R.) und das Comitato Civico Parrocchiale (=Bürgerkomitee der Kirchengemeinde). Für die nächste Zukunft ist die Beseitigung des alten Schlachthofes vorgesehen, an dessen Stelle ein Direktionszentrum errichtet werden soll. Die wirtschaftlichen Erwerbstätigkeiten im Stadtteil sind gering (Telefongesellschaft und Schlachthof).
Die Stadtteilgruppe hat sich 1969 durch den Zusammenschluß von etwa fünfzehn Personen gebildet, darunter einige Katholiken, einige KPI-Angehörige, die nicht miteinander befreundet waren und von denen nur einige aus demselben Arbeitsmilieu stammten.
Gegenwärtig besteht die Gruppe aus 7 Personen (Angestellte, Studenten, Handwerker) und wird ausschließlich durch Selbstfinanzierung aufrecht erhalten.

A. Politisches Programm

1) Die Gruppe ist aus politischen Bedürfnissen einiger Personen, aber auch im Zusammenhang mit dem Problem des dortigen Marktes, den die Gemeindeverwaltung verlegen wollte, entstanden.
2) Die Gruppe hat folgende Ziele : durch den Kampf für kurzfristige Ziele die politische Bewußtwerdung der Bevölkerung zu begünstigen und so zu ihrer Selbstverwaltung und zur direkten Demokratie zu gelangen.
3) Die Gruppe bemüht sich, ihre Forderungen in eine allgemeine Analyse der Stadt zu verflechten.
4) Angesichts des herrschenden Delegierungssystems ist der Gesprächspartner die Kommunalverwaltung (je nach den in Betracht gezogenen Problemen gibt es jedoch auch andere Gesprächspartner); der wahre Gegner ist hingegen das Kapital, das System.
5) Die Mehrheit stimmt der Institutionalisierung zu. Darunter wird eine mit der Gemeinde vereinbarte Neuverteilung der Gewalten verstanden. Die Entscheidungsgewalt würde aber in jedem Fall der Bürgerversammlung zustehen, während die Gruppe sozusagen als "Sekretariat" fungieren würde.

B. Politische Beteiligung der Basis

1) Keine Organisationsstruktur. Es gibt ein Sekretariat und zwei Kommissionen (Stadt- und Schulkommission). Die Gruppe trifft sich jeden Dienstag.
2) Militante als Privatpersonen.
3) Es werden ungefähr drei Vollversammlungen im Jahr einberufen.

4) Agitation per Megaphon, Flugblätter, Zeitung (CIT Turin)
5) Höchstens 250 Personen.
6) Nur einen.
7) 8) 9) Die Vorschläge ergeben sich teils aus der Vollversammlung (es werden nur Vorschläge zurückgewiesen, die als zu begrenzt oder zu abwegig betrachtet werden), teils aus der Gruppe. In diesem Fall werden sie der Vollversammlung vorgelegt und dort diskutiert. Es hat sich eine klare Tendenz der Vollversammlung abgezeichnet, der Gruppe die gesamte Verwaltung der Forderungen zu übertragen.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) Es besteht eine räumliche Begrenzung. Der Stadtteil ist von großen Straßen umgeben, die ihn von den umliegenden Gebieten trennen.
2) Der so begrenzte Stadtteil bildet eine organische Einheit, einen menschlichen Lebensraum, der eine genaue Einsichtnahme in die Probleme erlaubt.
3) Die gewählten Forderungsziele betreffen die Gesamtbevölkerung, während die der Machtbeteiligung nur diejenigen Schichten angehen, die gegenwärtig tatsächlich davon ausgeschlossen sind.
4) Die Gruppe hat sich hauptsächlich für die Probleme der Bevölkerung als Bürger interessiert, sieht sie jedoch in enger Verbindung mit den Problemen am Arbeitsplatz. Kurzfristige Forderungen im Bereich der Dienstleistungen werden als wichtig beurteilt, um mit den Einwohnern des Stadtteils in Kontakt zu kommen und so eine allgemeinere politische Diskussion auszulösen, wenngleich sich die Gruppe der Schwierigkeiten, die dieser qualitative Sprung mit sich bringt, bewußt ist.

D. Ziele, Kämpfe, Verbindungen

1) 2) Verteidigung des Bebauungsplanes und der Grünflächen.
- Kampf gegen die Verlegung des Marktes (der dann dank der starken Mobilisierung der Bevölkerung und der Markthändler nicht verlegt worden ist).
- Anlage eines Parks nach einem von der Gruppe angefertigten Modell.
- Kampf für die Erweiterung des Kindergartens und der Grundschule (bereits durchgesetzt).
- Ausbootung des Rates Schule-Familie der Grundschule.

- Ein gemeinsam mit den Arbeiterlehrlingen des Betriebes Bertone geführter Kampf, die vom Betrieb in ein Haus des Stadtteils einquartiert worden sind, um so die Ausbeutung, die der Betrieb auf die Lehrlinge auch auf dieser Ebene ausübt, zu bekämpfen. Die Sache konnte durch die Intervention und durch Anzeige beim Arbeitsamt geklärt werden.

3) Sehr gering.

5) Gemeinsamer Kampf mit den Komitees von Borgo San Paolo und San Donato gegen das anstelle des Schlachthofes vorgesehene Direktionszentrum.

6) Kontaktaufnahme mit den Gewerkschaftern der Telefongesellschaft SIP zur Errichtung eines neuen Kindergartens (was bislang ohne konkrete Ergebnisse blieb).

7) Den verschiedenen Initiativen steht die Gruppe mit Interesse gegenüber, denn eine Verbindung und gemeinsame Planung der Arbeit mit den anderen Stadtteilen wird für die Erlangung einer Machtstellung gegenüber der Gemeinde für unerläßlich gehalten.

9) Das Verantwortungsbewußtsein der Einwohner des Stadtteils heranzubilden und sie zu sensibilisieren;
- Schließung des Schlachthofes;
- Diskussion über den Gemeindehaushalt und Forderung einer Beteiligung an dessen Aufstellung.

10) Es gab bereits Ansätze zu einem Kampf, der von einigen Familien gegen die Mieten geführt wurde.

BORGO SAN PAOLO

Halbzentraler Stadtteil, der ungefähr 100.000 Einwohner umfaßt, größtenteils Arbeiter und Kleinbürger. Diese Arbeitermehrheit hat im letzten Jahrzehnt fortschreitend abgenommen im Zusammenhang mit der Demobilisierung einiger im Stadtteil liegender Fabriken; gleichzeitig dazu war eine Entwicklung des Tertiärsektors zu verzeichnen. Alle anderen in Borgo San Paolo vorhandenen Betriebe (Lancia, Ipra, Fergati, Snia, Materferro, Solex, Tulpizzo, Cimat) sind gleichfalls in einer mehr oder weniger bevorstehenden Demobilisierungsphase begriffen. Charakteristisch für den Stadtteil ist eine breite Volksbeteiligung an den von den traditionellen Organisationen angeregten Kämpfen und Kundgebungen; ein Umstand, der umso erklärlicher ist, wenn man berücksichtigt, daß die Wäh-

lerhaltung entschieden nach links orientiert ist : Kommunisten (KPI) und Sozialisten (PSI) zusammen 60%. Es gibt verschiedene Parteisektionen (KPI, PSI, DC), Gewerkschaftsverbände und Gruppen der außerparlamentarischen Linken (Lotta Continua, Unione).
Die den Anstoß gebende Gruppe wurde 1968 von einigen Personen, in der Mehrzahl Studenten katholischer Prägung, die miteinander befreundet waren, gegründet. Die Gruppe hat einen fortwährenden Personenwechsel erfahren (von den Gründern sind nur noch zwei Personen dabei) und umfaßt gegenwärtig 10-20 Personen; in der Mehrzahl Studenten, aber auch Lehrer, Angestellte und einige Arbeiter. Sie finanzieren sich selbst.

A. Politisches Programm

1) Das Komitee ist aus dem Bedürfnis nach Beteiligung an den politischen Entscheidungen entstanden, das in den traditionellen Organisationen nicht zufriedenstellend realisiert werden konnte.
2) Es sind sehr heterogene Positionen vertreten :
- Humanisierung der Stadt durch ein Höchstmaß an politischer Beteiligung der Bürger.
- Erlangung einer Form direkter Demokratie.
- Bildung eines Klassenbewußtseins durch das Erkennen der vorhandenen Probleme und die Feststellung, daß sie infolge des herrschenden Systems unlösbar sind.
3) Die vorgebrachten Forderungen sind gegenwärtig nicht Bestandteil einer Gesamtkonzeption in Bezug auf die Stadtstrukturen, auch wenn es nicht an einer Analyse der Stadt gefehlt hat und es ein waches Bewußtsein dafür gibt, daß eine umfassendere Konzeption notwendig ist, um von der kleinkarierten Forderungspolitik zu einer Analyse zu schreiten, die ein Verständnis des ganzen kapitalistischen Systems erlaubt.
4) Unmittelbarer Gegenspieler ist die Gemeinde, grundsätzlicher Gegner das System.
5) Die Mehrheit ist gegen die Institutionalisierung; einige stimmen dafür, wenn diese Institutionalisierung in Form echter verwaltungsmäßiger und politischer Dezentralisation verwirklicht wird und so eine demokratische Bewußtwerdung der Bevölkerung beschleunigen könnte.

B. Basisbeteiligung

1) Eine organisatorische Struktur besteht nicht, wöchentliche Versammlungen.

2) Militante arbeiten nur als Individuen mit.
3) Durchschnittlich eine Vollversammlung im Monat.
4) Weitere Kontakte mit den Einwohnern durch Agitation per Megaphon, Flugblätter und Anschläge.
5) Die Teilnehmerzahl schwankt zwischen 40 und 200, je nach Art der Versammlung
6) Vier neue Militante.
7) 8) 9) Im allgemeinen werden die Ziele von den Militanten entschieden, der Vollversammlung vorgeschlagen und dort diskutiert, mitunter werden sie von der Vollversammlung selbst hervorgebracht. In diesem letzteren Fall werden sie nur zurückgewiesen, wenn sie von der Strategie, die von der jeweiligen Versammlung formuliert wurde, abweichen.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) Eine räumliche Begrenzung, die sich, wenn auch nicht streng, an die verwaltungsmäßige Gliederung hält, ist übernommen worden (es sind aber auch schon Interventionen außerhalb dieser Grenzen durchgeführt worden).
2) Ein begrenztes Interventionsgebiet bietet technische Vorteile.
3) Die kurzfristigen Ziele (wie Grünflächen, Sozialeinrichtungen) beziehen die gesamte Bevölkerung ein, das grundsätzliche Ziel aber((Umwälzung des Systems) dürfte hingegen ausschließlich das Proletariat ansprechen (einschließlich der kleinen Kaufleute und des Kleinbürgertums, letztere werden als unerläßliche Verbündete der Arbeiterklasse betrachtet).
4) Berücksichtigt werden die Probleme der Einwohner als Bürger, denn mit den Problemen der Arbeitswelt beschäftigen sich ja die traditionellen linken Organisationen.

D. Ziele, Kämpfe, Verbindungen

1) Schule: Forderung einer Erweiterung der Schulräume und Ganztagsunterricht.
- Gesundheitswesen: Kampf für das Krankenhaus Martini in Zusammearbeit mit der Gruppe von Pozzo Strada.
- Problem der Grünflächen: Forderung von Sportanlagen.
- Verteidigung der Arbeitsplätze: Kampf gegen die Umsiedlung des Betriebes Tulpizzo in das Gebiet von Bergamo.
2) Die Forderungen in Bezug auf die Grundschule, die Grünan-

lage Nr. 2, das Bauverbot auf den Grünflächen, das Krankenhaus Martini und ein Impfzentrum sind bereits durchgesetzt worden; der Betrieb Tulpizzo ist ins Randgebiet von Turin verlegt worden.
3) Ungefähr 200 Personen.
4) 5) Von sich aus plant das Komitee einen Kampf gegen die Bauspekulation; in Mitwirkung mit den anderen Komitees und politischen Kräften versucht es, einen Kindergarten zu erhalten und sich der Errichtung des Direktionszentrums in der Zone zu widersetzen.
8) Es ist zu einer Koordinierungsinitiative bereit, hat sich bisher jedoch noch nicht systematisch dafür engagiert.
9) Zukünftige Ziele : Verteidigung der Grünflächen, Schulen und allgemeine Verbesserung der Dienstleistungen.
10) Bisher gab es im Stadtteil keine spontanen Kämpfe.

BORGATA PARADISO

Kleiner Stadtteil am Stadtrand mit ungefähr 25.000 Einwohnern (in der Mehrheit Arbeiter). Der einzig wichtige Betrieb ist Talmone (der geschlossen werden soll). Daneben gibt es einige Kleinbetriebe, die höchstens 250 Beschäftigte zählen. Parteisektionen (KPI, PSI und DC, deren Sektion allerdings nicht aktiv ist), ein Zirkel der ACLI und religiöse Verbände sind neben der Pfarrei vorhanden. Mehr als 50 % der Bevölkerung wählt die linken Parteien (bei den letzten Wahlen gingen 38 % an die KPI, 10 % an die PSI), etwa 25 % die Christdemokraten.
1969 arbeitet im Stadtteil eine Gruppe von Personen des heutigen Collettivo Lenin. Ende 1970 bildete sich eine andere Gruppe (Comitato di Quartiere Aeronautica) von etwa 15 Personen, von denen ein guter Teil durch ihre Zugehörigkeit zu derselben Vereinigung (Consiglio Pastorale) miteinander verbunden war, andere wiederum aus der PSI und der KPI kamen. Fast alle (10) arbeiten noch immer im Stadtteilkomitee, das mit einer ständigen Beteiligung von 25 - 30 Personen rechnen kann. (40 % Arbeiter, der Rest Angestellte, Studenten und Handwerker). Einzige Unterhaltsquelle der Gruppe ist die Selbstfinanzierung.

A. Politisches Programm

1) Das Komitee ist als Versuch entstanden, dem Mangel an Sozialeinrichtungen im Stadtteil abzuhelfen.

2) Eine Verbesserung der Sozialeinrichtungen ist das Ziel der Gruppe.

3) Die Forderungen betreffen allein den Stadtteil. Ihre Einbeziehung in eine globale Konzeption ist bisher einzig und allein persönliches Bestreben einiger Gruppenmitglieder.

4) Gesprächspartner ist die Gemeinde.

5) Zwischen den verschiedenen Gruppenmitgliedern herrschen erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die Mehrheit akzeptiert die Anerkennung vonseiten der Gemeinde, doch nicht die vom jüngsten Projekt Alessio vorgesehene Institutionalisierung, die die Wiederherstellung des Delegierungsprinzips und die Abschaffung jeder spontanen Beteiligung bedeuten würde.

B. Basisbeteiligung

1) Offene Organisationsstruktur, wöchentliche Versammlungen.

2) Jede Parteikonzeption wird formell abgelehnt; alle Militanten nehmen als Individuen teil.

3) In Ermangelung eines geeigneten Lokals sind seit eineinhalb Jahren keine Vollversammlungen abgehalten worden.

4) Die Bevölkerung wird in Anschlägen, Flugblättern und Vervielfältigungen angesprochen. Eine Stadtteilzeitung befindet sich in Vorbereitung (L'aeronautica).

6) Aufgrund organisatorischer Mängel sind nur wenig neue Militante zu verzeichnen.

7) Als noch Vollversammlungen abgehalten wurden, kamen die Vorschläge aus der Bevölkerung, jetzt ausschließlich aus den Versammlungen der Militanten.

8) Die Kampfziele werden der Bevölkerung in Flugblättern und Vervielfältigungen mitgeteilt. Die Herausgabe einer Zeitung dürfte einen größeren Kontakt mit der Bevölkerung des Stadtteils herstellen.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) 2) Eine räumliche Begrenzung des Interventionsbereiches besteht, sie ergibt sich aus dem räumlichen Abstand des Stadtteils zu der übrigen Stadt. Diese Begrenzung bietet technische Vorteile

(größere Möglichkeiten zur Herstellung der Kontakte und größere Einheitlichkeit im Vorantreiben der Forderungen)
3) Die Ziele sind für die ganze Bevölkerung von Interesse, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß diese vorwiegend aus Arbeitern zusammengesetzt ist.
4) Ihre Probleme als Bürger.

D. Ziele, Kämpfe, Verbindungen
1) Ein Versuch, einen Kampf gegen die Mieten und Räumungsklagen aufzunehmen, der jedoch durch die spärliche Teilnahme der Betroffenen und auch durch interne Opposition in der Gruppe nicht konsequent zu Ende geführt wurde.
-Kämpfe für neue Schulen und Sozialeinrichtungen.
-Gemeinsamer Kampf mit dem Comitato unitario (KPI und Gewerkschaften) gegen die Schließung des Betriebes Talmone.
2) Die Gemeinde hat den Kindergarten, für den der Stadtteil sich mobilisiert hatte, als in der Borgata Paradiso noch das Basiskomitee des Collettivo Lenin arbeitete, genehmigt, eine andere Schule ist zudem vergrößert worden. Weitere Resultate : eine Grünanlage, Aufstellung verschiedener Verkehrsampeln, Herrichtung eines Platzes.
3) Es konnte nur eine geringe Mobilisierung der Bevölkerung verzeichnet werden; das Basiskomitee hatte einen größeren Erfolg errungen (20tägige Besetzung des Grundstückes, auf dem man den Bau einer Schule durchsetzen wollte).
4) Das Hauptziel liegt gegenwärtig in einer Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Zeitung.
6) Die einzige Konfrontation mit anderen Gruppen fand während des Kampfes für die Fabrik Talmone statt, der gemeinsam mit dem Comitato unitario geführt wurde.
8) Die Gruppe ist an einem Erfahrungsaustausch interessiert und von der Notwendigkeit einer Vereinigung der Stadtteilkomitees überzeugt. Die dafür bisher unternommenen, zu oberflächlichen Versuche werden jedoch negativ beurteilt.
9) Kampf für die Einhaltung des Bebauungsplans.
-Kampf bei dem Betrieb Talmone für die Erhaltung der Arbeitsplätze der Arbeiter oder, im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Firma, für eine Verwendung des Grundstücks zu sozialen Zwecken.

POZZO STRADA

Fast an der Peripherie gelegener Stadtteil, der 40.000 Einwohner gemischter sozialer Zusammensetzung umfaßt (großer Prozentsatz an Kleinbürgern, die die rechten Parteien unterstützen, und eine im allgemeinen nicht sehr politisierte Minderheit von Arbeitern). Im Stadtteil liegen zahlreiche kleine Betriebe, jedoch keine größere Fabrik. Folgende politische und religiöse Verbände sind vertreten: die Pfarrei, ein Sitz der KPI, ein Sitz der IV. Internationale, der Zirkel La Concordia. Pozzo Strada weist Ungleichartigkeit und den Charakter einer Schlafstadt auf und unterliegt infolge der Einwanderung einem gewissen Wandel in der Bevölkerungszusammensetzung. Die bürgerlichen Mittelschichten sind durch den gegenwärtigen Bau von Luxuswohnungen im Anwachsen begriffen.
Die Gruppe ist im Jahre 1969 aus dem Zusammenschluß von etwa zehn Personen entstanden ; die Mehrheit kam aus der Studentenbewegung, einige aus der KPI, andere aus dem katholischen Bereich. Gegenwärtig nehmen etwa zehn Personen (Studenten, Hausfrauen, Handwerker, Angestellte) daran teil, von denen nur zwei der anfänglichen Gruppe angehörten. Selbstfinanzierung.

A. Politisches Programm

1) Das grundlegende Bedürfnis dafür war überwiegend politischer Natur : die Unmöglichkeit, innerhalb der Parteien als Militante einen Handlungsspielraum zu finden, und das Bedürfnis nach einem neuen Feld politischer Initiative haben zur Entscheidung für die Stadtteilarbeit geführt.
2) Ziel ist eine Arbeit in direktem, persönlichem Kontakt mit der Bevölkerung, um so zu ausgedehnteren Formen einer Basisbeteiligung zu gelangen.
3) Zu Beginn ist eine Analyse der Stadt erstellt worden, doch hat sich die Arbeit dann sektorialisiert und auf konkrete Situationen konzentriert. Man arbeitet an einer möglichen Ausdehnung und Verallgemeinerung der Initiativen auf die ganze Stadt.
4) Privatunternehmer, Gemeinde, Staat.
5) Gegen die Institutionalisierung.

B. Politische Beteiligung der Basis

1) Es besteht keine straffe Organisationsstruktur. Die Arbeit wird

jeweils nach den anfallenden Aufgaben aufgeteilt.
2) Militante als Individuen.
3) Wenn ein Kampf vorangetragen werden muß, eine Vollversammlung pro Woche.
4) Flugblätter, Agitation per Megaphon, Anschläge, vor allem aber persönliche Kontakte mit den Bewohnern.
5) Die Beteiligung schwankt je nach dem Gegenstand der Kämpfe (50-300). Bemerkenswert ist die Beteiligung der Frauen.
6) Sechs neue Militante.
7) 8) 9) Die Ziele sind von der Bevölkerung im Anschluß an eine von der Gruppe durchgeführte Untersuchung über die dringendsten Bedürfnisse des Stadtteils gesetzt worden. Aber die Diskussion darüber wird täglich weitergeführt. Die Gruppe lehnt es ab, die Ziele von oben herab aufzuzwingen, will aber andererseits auch kein passiv ausführendes Organ sein. Die Vollversammlung muß also die Synthese dieser beiden Anforderungen darstellen.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) Es besteht eine räumliche Begrenzung des Interventionsgebietes, das allerdings für die Kräfte der Gruppe noch zu groß ist und deshalb weiter eingeschränkt wurde.
2) Aufgrund dieser Abgrenzung erweist sich die Aktion als begrenzt und ihre Ausdehnung als schwierig : doch liegt die Ursache dafür eben in der kleinen Zahl der Mitglieder.
3) Anfangs versuchte man, die ganze Bevölkerung, unter Ausschluß der Bourgeoisie, anzusprechen. Nach und nach hat die Gruppe dann die Unzulänglichkeit dieser Perspektive und die Notwendigkeit eines präzisen Klasseninhalts eingesehen.
4) Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Betrieb und Wohnung zwei sich ergänzende Momente im Leben des Arbeiters sind, und durch die Zielsetzung ,ein politisches Bewußtsein der Bevölkerung zu erwecken, trennt die Gruppe diese Probleme nicht, sondern versucht vielmehr, sie zu verknüpfen.

D. Ziele, Kämpfe, Verbindungen

1) Kampf für das Krankenhaus Martini (in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen).
-Kindergarten : die Gruppe hat sich mit dem Problem der nicht

aufgenommenen Kinder beschäftigt. Dabei ist es nicht nur gelungen, die Mütter der ausgeschlossenen, sondern auch einige Mütter von aufgenommenen Kindern in die Aktion zu verwickeln.
Es kam zur Besetzung der Schule, Einige Personen der Gruppe sind im Anschluß daran schon aus taktischen Gründen der Auswahlkommission beigetreten.
-Besetzung eines Gemeindegrundstücks, das als Lagerplatz benutzt wurde, damit dieser in eine gut ausgestattete Grünanlage verwandelt würde. Für dieses Ziel war eine bemerkenswerte Mobilisierung der Bevölkerung zu verzeichnen.
5) Zur Analyse des Schulproblems werden Verbindungen mit dem Collettivo Gramsci und mit anderen Stadtteilen angestrebt.
6) Zusammenstoß mit der KPI.
7) Anfangs ist der Versuch einer Zusammenarbeit mit der im Stadtteil tätigen KPI-Sektion gemacht worden; doch hat sich im Laufe des Kampfes für die Grünanlage eine klare Spaltung ergeben. Gegenwärtig sind die Verbindungen teilweise wieder aufgenommen worden.
8) Koordinierungsinitiativen werden befürwortet.
9) Kurzfristige Ziele:
-Eröffnung der Räume ,die das Komitee innerhalb der Grünanlage erhalten hat.
-Errichtung eines Sozialzentrums im Stadtteil.
-Weiterführung der für den Kindergarten begonnenen Kämpfe.
-Intervention an einer Grundschule und einer Mittelschule (=Oberstufe der Pflichtschule - A.d.R.).
10) Es gab einen Ansatz von spontanem Kampf vonseiten der Bewohner einer Straße des Stadtteils, um die Ausführung von Straßen- und Beleuchtungsarbeiten zu erreichen.
Doch erwies sich dann, daß dieser Kampf von einem Bauunternehmer instrumentalisiert wurde, der es darauf angelegt hatte, eine Wertsteigerung der Häuser, die er in der Straße besitzt, zu erzielen.

Erklärung der Stadtteilgruppe von Pozzo Strada zur Ergänzung des Fragebogens

Die Gruppe nimmt dem System gegenüber eine offen kampfbereite Position ein, die ja auch von der politischen Prägung ihrer Mitglieder her gegeben ist. Sie hat sich hauptsächlich eine Bewußt-

seinsbildung und Politisierung der Massen durch ständigen persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung zur Aufgabe gemacht, ohne aber jemals die allgemeine Situation aus den Augen zu verlieren. Im Laufe des Kampfes selbst ist eine präzise Klassenposition bezogen worden. Ziel der Gruppe ist es, innerhalb der proletarischen Klasse eine Bewußtseinsbildung der von ihr nicht nur im Betrieb sondern auch in jedem Augenblick ihres Lebens als Bürger erlittenen Ausbeutungen zu erwecken. Diese Konzeption müßte auf die ganze Stadt ausgedehnt werden; stellt doch eine Sektorialisierung einen, wenn auch heute materiell unvermeidbaren, großen Nachteil dar.
Die Aktion der Gruppe ist absolut unabhängig und steht außerhalb des Schemas der städtischen Dezentralisierung, also der Institutionalisierung der Stadtteilkomitees, die von der Gruppe abgelehnt und bekämpft wird. Die Aktion zielt nicht darauf, eine bürgerliche Avantgarde ins Schlepptau zu nehmen, sondern soll eine möglichst umfassende politische Diskussion vorantreiben. Dabei geht man von der entpolitisierten proletarischen Basis aus, stellt sich mit ihr auf die gleiche Ebene und verwickelt sie ständig in die Aktionen. Die Gültigkeit der bisher verfolgten Methode beweisen einige bereits erreichte Erfolge; wie z.B. die Massenbesetzung eines Grundstücks vonseiten der Bevölkerung, das dann zur Grünanlage bestimmt wurde. Während sich außerdem die Bevölkerung anfangs geradezu weigerte, die verteilten Flugblätter anzunehmen, sucht sie heute selbst den Kontakt und will sich über die gerade durchgeführten Aktionen informieren. Zur Zeit engagiert sich die Gruppe, außer für das Problem der Grundschule und des Kindergartens, für die Sensibilisierung der Frauen, die als Angelpunkt, um den sich die bürgerliche Familie dreht, gesehen werden. Dabei ist man mit mehreren Frauen in Verbindung getreten, die heute bei der Gruppenarbeit aktiv mitmachen.

Das größte Hemmnis, das einer ausgedehnteren Entwicklung der Aktion in allen bisher berührten Bereichen im Wege steht, ist die unzureichende Zahl von Militanten und das Fehlen eines offenen Lokals, in dem man ständige und regelmäßige Kontakte mit der Bevölkerung aufrechterhalten könnte.

PILONETTO

Teil eines in den Ausläufern der Hügel liegenden Stadtteils. Die Einwohner dieses Gebietes zählen etwa 8.000 und gehören in der Mehrheit der bürgerlichen Mittelschicht an, mit Ausnahme einiger Arbeiterkerne. Es gibt hier keine Fabriken, sondern nur kleine Handwerksbetriebe. Die Bevölkerung bevorzugt bei den Wahlen zu gleichen Teilen die DC und die KPI, die beide je eine Sektion im Stadtteil unterhalten. Daneben gibt es Lokale von Sportvereinen und eine von der Gemeinde eingerichtete Ambulanz. Die soziale Zusammensetzung des Stadtteils bleibt vermutlich unverändert.
Die im Stadtteil arbeitende Gruppe hat sich selbst, in Anlehnung an das Gesetz von 1915, das eine solche Benennung vorsieht, "Consiglio di Quartiere" (Stadtteilrat) benannt. Eine Gruppe von 20 Personen, von denen heute 7 übrig geblieben sind, hat im Frühjahr 1969 mit der Tätigkeit begonnen; zwischen ihnen bestand allein die Beziehung, im gleichen Stadtteil zu wohnen. Sie kamen aus allen politischen Richtungen, von der KPI bis zur äußersten Rechten. Neben den 5 oder 6 Personen, die regelmäßig an der Gruppenarbeit teilnehmen, beteiligen sich weitere 15 nur hin und wieder. Die soziale Zusammensetzung der Gruppe umfaßt Angestellte und freiberuflich Tätige. Die Gruppe finanziert sich selbst. Die Zusammenkünfte werden im Versammlungslokal der Gemeindeangestellten abgehalten.

A. Politisches Programm

1) Ein praktisches Problem (Verkehrsampel) gab den Ausschlag; eine weitere Veranlassung zur Gründung der Gruppe war die Entstehung von Gruppen in anderen Stadtteilen.
2) Die Gemeinde auf die im Stadtteil herrschenden Probleme hinzuweisen, die keine großen politischen, sondern kleine Probleme technischer Art sind, Vorschläge für deren Lösung zu unterbreiten.
3) Sie beziehen sich nur auf den Stadtteil, in dem die Gruppe tätig ist. Würde man sich für andere Stadtteile interessieren, sähe man sich sicher mit politischen Problemen konfrontiert, die man nicht kennt und mit denen man sich nicht beschäftigen will.
4) Die Gemeinde; insbesondere durch Kontakte mit leitenden Behördenangestellten.

5) Gegen eine Institutionalisierung. Schließlich möchte man nicht zu Gemeindeangestellten werden (sic).
Was hingegen angestrebt wird, ist die Ausübung einer Kontrolle über die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung im Stadtteil.

B. Politische Beteiligung der Basis

1) Die Gruppe trifft sich jeden Mittwoch und steht den Bewohnern des Stadtteils, die ihre Probleme vorbringen wollen, zur Verfügung.
2) Militante als Individuen.
3) Es werden keine erweiterten Versammlungen organisiert. Die Kontakte mit der Bevölkerung werden nur während der wöchentlichen Versammlungen hergestellt.
4) Schaukästen in den Schaufenstern der Geschäfte, in denen man Mitteilungen und Projekte aushängt, außerdem Anschläge.
5) Zu Beginn der Gruppenarbeit war die Beteiligung praktisch gleich Null. Nachdem aber ein Kindergarten durchgesetzt worden war, verzeichnete man einen Zugang von 4 bis 5 Personen pro Zusammenkunft.
7) Die Ziele werden von der Bevölkerung durch die Beantwortung eines von der Gruppe verfaßten und verteilten Fragebogen-Rundschreibens festgelegt.
9) Die von der Bevölkerung unterbreiteten Vorschläge werden, soweit sie ausschließlich eng auf den Stadtteil bezogene Probleme betreffen, berücksichtigt.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) Das Gebiet ist am rechten Ufer des Po gelegen und räumlich begrenzt.
3) Die Ziele betreffen unterschiedslos die Gesamtbevölkerung.
4) Ihre Probleme als Bürger.

D. Ziele, Kämpfe, Verbindung

1) a) Das Hauptziel ist die Schule. Man erstrebt die Einrichtung einer Kinderkrippe, eines Kindergartens und einer Grundschule auf einem einzigen Grundstück.
b) Gesundheitswesen : Einführung der Gesundheitsvorsorge in den Schulen.
c) Verbesserung der Verkehrsverbindungen.
2) Den Kindergarten hat man unter Verwendung überschüssiger Räume der Mittelschule bereits erhalten.

-Die ersten Schritte zu einer Gesundheitsvorsorge in den Schulen sind bereits übernommen worden : jedes Kind ist im Besitz eines individuellen Gesundheitsbuches.
-Eine neue Straßenbahnlinie ist durchgesetzt worden.
-Am Po-Ufer sind die widerrechtlichen Schuttabladeplätze beseitigt worden.
4) Die Ziele, die die Gruppe kurzfristig verfolgen will, sind folgende: ein zweiter Kindergarten (unter Mitwirkung des benachbarten Gebietes Fioccardo), ein Hallenbad, ein Sportplatz.
6) Nein.
8) Ablehnung einer als gemeinsame politische Aktion aufgefaßten Koordinierung. Man stimmt ihr aber zu, wenn es sich um die gemeinsame Lösung technischer Probleme handelt. Zum Beispiel hat der Stadtteilrat die Kinder der Stadtteile Nizza und Lingotto im Kindergarten des eigenen Stadtteils aufgenommen.
9) Der Stadtteil muß zu einer einheitlichen Gemeinschaft werden, wie es ehemals die Dörfer waren. Darüberhinaus sollten kulturelle Einrichtungen (Theater, Bibliotheken usw.) gefördert werden.

VANCHIGLIA, VANCHIGLIETTA, SASSI

Halbzentraler, von ungefähr 40.000 Menschen bewohnter Stadtteil, vorwiegend Arbeiter (60 %), die restlichen 40 % bildet die Mittelschicht (Angestellte). Ein altes Viertel, dessen Wohnungen in schlechtem Zustand sind, und das von den öffentlichen Verkehrsmitteln nur unzureichend berührt wird. Ehemals gab es hier zahlreiche Fabriken (vor allem Textilbetriebe), viele von ihnen sind heute verschwunden. Geblieben sind die Firmen Rabotti, Marta, Sofov, RCM, Rivoira, Cigala, Bertinetti und die Gießereien Brigoni . Trotzdem ist der Stadtteil vorwiegend zum Wohnviertel geworden. Die von der Gemeinde vorgesehene Umstrukturierung des Stadtteils und die von der ISES errichteten Luxuswohnungen werden zu weiteren radikalen Veränderungen führen. Vertreten sind 2 KPI-Sektionen, eine Sektion der PSI, eine der DC und 4 Pfarreien. Auch eine kommunale Ambulanz ist vorhanden. 35 % der Wählerstimmen gingen bei den letzten Wahlen an die KPI, die DC lag an zweiter Stelle.
In diesem Stadtteil arbeiten heute 2 Komitees. Ursprünglich (April 1966) existierte nur ein Komitee mit etwa 15 Personen; die Mehr-

zahl kam aus dem katholischen Bereich. Einige Monate nach der Bildung dieser Gruppe hatten sich einige Kommunisten angeschlossen. Im Sommer 1969 kam es zu einer Spaltung zwischen dem einen Flügel, der eine fortgeschrittenere Konzeption vertrat, und einem anderen, der entschieden eine klassenneutrale Politik der minimalen Forderungen verfolgte und vor allem eine sofortige Anerkennung der Gruppe vonseiten der Gemeinde anstrebte. Diese zweite Gruppe konstituierte sich dann unter der Bezeichnung: '1. Bezirk für eine verwaltungsmäßige Dezentralisation von Vachiglia-Vanchiglietta'.

STADTTEILKOMITEE VANCHIGLIA-VANCHIGLIETTA

Die Gruppe besteht aus 15 Personen (Angestellte, Studenten, hin und wieder 2 Geistliche). Sie finanziert sich selbst.

A. Politisches Programm

1) Das Komitee ist 1966 als Reaktion auf die Isolierung und Krise der politischen Parteien entstanden. Vor allem die katholischen Mitglieder strebten eine Arbeitsweise an, die sie aus dem Parteischematismus herausführen sollte.
2) Anliegen der Gruppe ist eine Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, um dadurch eine größere Beteiligung am politischen Leben zu bewirken. Gleichzeitig wird versucht, den Hauptbedürfnissen der Allgemeinheit Abhilfe zu schaffen.
3) Eine die ganze Stadt umfassende Strategie ist noch nicht aufgestellt worden, doch wird eine Verbindung mit anderen Stadtteilen zur Überwindung einer sektoriellen Perspektive als notwendig empfunden.
4) Kommunalverbände, Gemeinde, Provinz usw.
5) Der überwiegende Teil ist dagegen; dafür sind einige KPI-Angehörige in Übereinstimmung mit der Parteilinie.

B. Politische Beteiligung der Basis

1) Eine präzise Struktur besteht nicht, wöchentliche Versammlungen.
2) Militante als Individuen.
3) Im Jahre 1969/70 wurde die Vollversammlung alle zwei Monate einberufen, 1970 aus Mangel an Kräften seltener.
4) Die Ziele werden in der Zeitung vorgeschlagen. Zu spezifischen

Problemen wird eine Vollversammlung einberufen. Die Zeitung "Vanchiglietta" sollte die Aufgabe einer Gegeninformation erfüllen.
5) 50-60 Personen.
6) Bisher haben die Versammlungen der Gruppe keine eigentlichen Militanten zugeführt, sondern nur einige Personen, die sich zeitweise dafür interessierten.
7) Die Ziele werden normalerweise von den Militanten festgelegt. Anläßlich des Kampfes für die ISES-Arbeiterwohnungen hat sich ein Prozeß autonomer Organisierung der Arbeiter entwickelt, ebenso wie für die von den Eltern selbst vorangetriebene Forderung nach einer Behindertenschule im Stadtteil.
8)9) Die von den Militanten gewählten Ziele werden der Vollversammlung veranschaulicht und dort diskutiert. Kommen Vorschläge aus der Vollversammlung selbst, so werden sie, wenn wichtig, in Betracht gezogen, andernfalls aufgeschoben.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) 2) Das Gebiet ist räumlich begrenzt. Diese Begrenzung bietet angesichts der geringen Zahl der engagierten Personen technische Vorteile.
3) Auch wenn sich das Komitee theoretisch an den ganzen Stadtteil wendet, ergibt sich doch bei den Kämpfen eine Klassenposition, wenngleich das Problem innerhalb der Gruppe noch nicht geklärt worden ist.
4) Die Probleme der Bürger. Trotzdem wird auch den Problemen der Arbeitswelt, für die man glaubt, den Kampf parallel und gleichzeitig dazu vorantragen zu müssen, kein unbedeutender Raum zugestanden.

D. Ziele, Kämpfe, Verbindungen

1) Transportwesen : Forderung an die Gemeinde nach Einrichtung oder Verlängerung von Buslinien.
-Vorschläge an die Turiner Verkehrsgesellschaft (Gratisbeförderung von 5 - 9 Uhr, Gratisbeförderung für Schüler und Studenten, Preissenkung für die Zeitkarten).
Schule : Intervention zur Erlangung einer Kontrolle über die Schulstruktur; kurzfristige Forderungen sind : Ganztagsunterricht, kostenlose Stellung der Bücher, Schulräume und gute Ausstattung.

Sozialfürsorge : Forderung von Sonderklassen für die im Stadtviertel lebenden behinderten Kinder.
ISES-Wohnhäuser : Das Komitee hat die spontanen Kämpfe einiger Hausbewohner für die Mietkontrollen und die Verwaltung der Häuser unterstützt. Die Intervention ist infolge des Ausschlusses des anderen Stadtteilkomitees, der unter den Hausbewohnern Verwirrung hervorgerufen hat, gescheitert.
2) Unmittelbarer Gegner : Gemeindeämter (doch nur in ihrer Eigenschaft als Vertreter der wahren Machthaber, wie z.B. Fiat usw.).
3) Mit einigen Ausnahmen war eine geringe Mobilisierung zu verzeichnen durch den unter den Einwohnern verbreiteten Mangel an Vertrauen, auf diese Probleme einwirken zu können, und durch die spärlichen Mittel, über die das Komitee verfügt.
6) Zusammenstoß mit dem anderen im Stadtteil arbeitenden Komitee wegen seiner erklärten politischen Neutralität und seiner Ablehnung einer präzisen Klassenposition.
8) Im allgemeinen dafür (das Komitee hat die Koordinierung im Mai 1970 in die Wege geleitet).
9) Viel Bedeutung wird der Gegeninformation und der Analyse spezifischer Probleme (durch die Zeitung) beigemessen.

1. AMTSBEZIRK FÜR DIE VERWALTUNGSMÄSSIGE DEZENTRALISIERUNG VON VANCHIGLIA - VANCHIGLIETTA.

Die aus 7 Personen gebildete Gruppe (PSDI - Partito social-democratico italiano -, PLI - Partito liberale italiano -, DC), die durch die Abspaltung von der anderen Gruppe im Juli 1969 gegründet worden ist, hat ihre Aktivität offiziell mit der Niederlegung eines Statuts bei der Gemeinde begonnen. Sie umfaßt heute ungefähr 20 Personen (Angestellte, Lehrer, vereinzelt Arbeiter), die sich ständig, und 10, die sich nur hin und wieder beteiligen.

A. Politisches Programm

1) Die Gruppe ist dadurch entstanden, daß einige Personen mit der Linie des anderen im Stadtteil tätigen Komitees nicht einverstanden waren (Ablehnung einer präzisen politischen Position).
2) Sensibilisierung der Bevölkerung (ohne Ausnahme) für das Leben und die Probleme des Stadtteils.
3) Die Forderungen betreffen einzig und allein den Stadtteil. Eine globale Reflexion über die Stadtstrukturen würde nicht auf Verständ-

nis stoßen .
4) Gesprächspartner ist die Gemeinde.
5) Die Gruppe stimmt einer Institutionalisierung, wenn auch mit Vorbehalten, zu (das Projekt Alessio, das zu einer Bürokratisierung und zur Aufhebung der gegenwärtigen Stadtteilgruppe führen würde, wird abgelehnt).

B. Politische Beteiligung der Basis
1) Die Gruppe hat eine straffe Organisationsstruktur : ein Sekretär, 18 Räte, die jährlich von denjenigen gewählt werden, die mindestens einmal an der Gruppenarbeit teilgenommen haben. Die Gruppe trifft sich alle 14 Tage.
2) Nur Militante als Individuen.
3) Durchschnittlich 3 Vollversammlungen im Jahr.
4) Vervielfältigungen, Anschläge, Zeitung (La Circoscrizione - Der Bezirk).
5) Etwa 200 Personen.
6) Die Versammlungen führen der Gruppe etwa 6 - 7 neue Militante im Jahr zu.
7) Die Ziele werden der Vollversammlung von der Gruppe vorgeschlagen, doch wird auch den im Laufe der Vollversammlung vorgebrachten Vorschlägen gebührende Beachtung geschenkt.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention
1) Die Begrenzung entspricht der administrativen Abgrenzung der Gebiete Vanchiglia, Vanchiglietta und Sassi.
2) Ein für die zur Verfügung stehenden Mittel zu weites Gebiet.
3) Die Gesamtbevölkerung.
4) Die Probleme der Bürger.

D. Ziele, Kämpfe, Verbindungen
1) Öffentliche Verkehrsmittel.
-Schulbau.
-Straßenzustand und Beleuchtung.
2) Diese Forderungen werden der Gemeinde vorgelegt (begleitet von einer Unterschriftensammlung). Nachdem die Gemeinde ihre Gesprächsbereitschaft erklärt hat, beginnen die ersten Kontakte. Darauf folgen dann Versammlungen mit den Räten.
3) 200 Versammlungsteilnehmer; 2500 Unterschriften.

4) Probleme zufälliger Art.
5) Kampf gegen die Schnellstraße.
8) Beteiligung an einigen Koordinierungsinitiativen, die aber durch den Mangel an Vorbereitung negativ beurteilt werden.
9) Verhinderung der Schnellstraße.

MERCATI GENERALI

Fast am Stadtrand gelegener Stadtteil mit 40.000 Einwohnern (Kaufleute, Arbeiter, Kleinbürger), die auf sehr ungleichartige Weise verteilt und daher schwierig mobilisierbar sind. Die Bewohner, die vorwiegend DC wählen, haben bisher stets ein totales Desinteresse an den Tag gelegt. Im Stadtteil sind verschiedene Produktionskerne vorhanden (Ilte, Aspera Frigor, Fiat Metalfer und verschiedene kleine Maschinenbaubetriebe), die Markthallen und das Zollamt. Vorgesehen ist eine Umsiedlung der Markthallen, der Ilte und der Aspera Frigor, ständig im Anwachsen ist dagegen der Bau von Luxuswohnblocks. Es gibt verschiedene Sozialeinrichtungen (Psychiatrie-Ambulanz, Altersheim, u.a.) und Parteisektionen (KPI, DC).

Etwa 10 Personen, meistens Studenten, einige mit Erfahrung politischer Arbeit in der KPI, einige katholischer Herkunft, die durch Freundschaft und Zugehörigkeit zum gleichen Universitätsmilieu miteinander verbunden waren, haben im Herbst 1968 das Komitee gegründet. Die Gruppe besteht heute aus 7 Personen (2 von ihnen gehörten zu den Gründern), die ständig mitarbeiten, und aus weiteren 30 Personen, die sich nur hin und wieder beteiligen.

A. Politisches Programm
1) Das Komitee ist aus politischen Anforderungen entstanden.
2) Es verfolgt die Sensibilisierung der Stadtteilbewohner, um auch außerhalb der Fabrik eine Arbeiterinitiative auszulösen und der Arbeiterklasse neue Verbündete zu schaffen.
3) Eine Analyse der Stadtstruktur ist noch nicht durchgeführt worden. Es wird jedoch versucht, sektoriale Forderungen zu umgehen und in der Wahl der Ziele von der Gesamtsituation auszugehen.
4) Die Gemeinde und der im Stadtteil herrschende "qualunquismo".

Der "qualunquismo" ist eine gegen die Parteien gerichtete und anti-politische Protestbewegung der rechten Kleinbürgertums.

5) Gegen eine Institutionalisierung, weil die Bevölkerung in der gegenwärtigen Lage nicht fähig ist, eine Instrumentalisierung vonseiten der Gemeinde zu verhindern.

B. Politische Beteiligung der Basis

1) Abgesehen von einer Aufteilung der Arbeit in Kommissionen besteht keine Organisationsstruktur. Wöchentliche Versammlungen.
2) Militante als Individuen.
3) Vollversammlungen werden zweimal im Jahr einberufen.
4) Vervielfältigungen, Agitation per Megaphon, Anschläge, Zeitung (Contro-stampa - Gegenpresse), Filmvorführungen.
5) Etwa 150 Personen.
6) Im Anschluß an große Initiativen sind der Gruppe bis zu 20 Personen beigetreten allerdings nur für kurze Zeit.
7) Die Ziele gehen aus den Versammlungen der Militanten hervor.
8) Sie werden der Bevölkerung in Vorbereitungsaktionen (Demonstrationen, Fragebogen) und in einer Tagesordnung zu Beginn der Vollversammlung zum Vorschlag gebracht.
9) Angesichts der geringen Kräfte der Gruppe fordert man die Bewohner auf, ihre Vorschläge vorzubringen und diese gemeinsam mit der Gruppe voranzutragen.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) Es besteht eine räumliche Begrenzung, die den traditionellen Grenzen des Stadtteils entspricht.
2) Sie wird angesichts der geringen Kräfte der Gruppe und wegen der besseren Möglichkeit, die Einwohner mit gemeinsamen Problemen anzusprechen, als vorteilhaft angesehen.
3) Die grundsätzliche Ausrichtung der Gruppe trägt Klassencharakter, in Wirklichkeit betreffen die Forderungen aber oft die Gesamtbevölkerung ohne Unterschied (Schulen, Grünanlagen, usw.).
4) Ihre Probleme als Bürger.

C. Ziele, Kämpfe, Verbindungen

1) a) -Schule : Bau eines Kindergartens;
-Abschaffung des Schichtunterrichts;
-Bau einer neuen Schule;
b) Gesundheitswesen : Poliambulanz.
c) Mieten : selbst vorgenommene Senkung der Mieten.
d) Grünflächen : Umwandlung des Filadelfia-Stadions in eine öffent-

liche Parkanlage.
e) Einhaltung und Durchführung des Bebauungsplans.
2) 19 Schulräume sind durchgesetzt worden, daneben die Abänderung des Bebauungsplans, was den Verwendungszweck des Filadelfia-Stadions betrifft. Unterstützung eines Kampfes der Bewohner eines Häuserblocks zur Senkung der Mieten.
Bisherige Mobilisierungsmethoden : Vollversammlungen, Flugblattverteilung, Treffen zwischen Stadtteildelegationen und Vertretern der Gemeindeverwaltung, wobei die Gemeindeverwaltung und die privaten Wohnungseigentümer als Gegenspieler gesehen wurden.
3) An den Vollversammlungen beteiligen sich ungefähr 150 Personen. Auf den Treffen mit der Gemeindeverwaltung nehmen Gruppen von 30 Personen teil.
5) Für eine Konferenz über Schulprobleme werden Kontakte mit Gewerkschaften und anderen Komitees gesucht, für das Problem der Fürsorge (Altersheim) Kontakte mit ACLI, Gewerkschaften und anderen Gruppen, die daran interessiert sind.
6) Zusammenstoß mit der KPI anläßlich der Gründung eines antifaschistischen Komitees, und zwar mehr wegen der Ziele als wegen der Methode : Ablehnung einer von oben aufgezwungenen instrumentalisierenden Initiative.
Zusammenstoß mit dem als antidemokratisch beurteilten Komitee Schule-Familie.
8) An Initiativen für gemeinsame Kämpfe besteht ein Interesse; auf weniger Zustimmung stoßen Koordinierungen, die eine Institutionalisierung zum Ziel haben.
9) Sensibilisierung für Fürsorgeprobleme; Errichtung eines Sozialzentrums auf dem Grundstück des Staatlichen Chininmonopols. Kulturelle Veranstaltungen.
10) Spontane Kämpfe gegen Teuerung und Mieten. Das Versammlungslokal ist den Mietern zugänglich gemacht worden mit dem Versuch, ihren Kampf auf andere Wohnblocks auszudehnen und die Forderungen auf allgemeinere politische Ziele zu lenken (die Initiative wurde nicht weitergeführt).

ALTSTADT

Die Bevölkerung dieses Stadtteils beläuft sich auf ungefähr 100.000 Personen. Da dieser Stadtteil ein zeitweiliges Durchgangslager neu-

er Einwanderer ist, die eine Unterkunft suchen, ergibt sich ein ständiger Wechsel, der etwa 40 - 50 % der Bevölkerung betrifft. Um die Straßen Via Cernaia und P.Micca herum besteht eine dichte Ansiedlung des Kleinbürgertums, wenngleich die Mehrheit der Bevölkerung zum Subproletariat gehört. Der einzige wichtige Betrieb des Stadtteils ist die Firma Caesar. In der Zone gibt es 4 Pfarreien, eine KPI-Sektion, eine ACLI-Sektion und die rote Ambulanz. Gewählt wird vorwiegend KPI. Geplant ist eine Umstrukturierung und Sanierung der Altstadt, was zu einer erheblichen Verteuerung der Wohnungen und zur Ersetzung des unbequemen Subproletariats durch das Kleinbürgertum führen würde.
Die Gruppe, die im Frühjahr 1971 hier mit der Arbeit begann, bestand aus 15 Personen katholischer Herkunft (FUCI- katholischer Studentenverband), die aus dem Universitätsmilieu und aus der Kirchengemeinde S. Francesco stammten. Von ihnen sind heute noch zehn Personen dabei. Gegenwärtig arbeiten etwa 20 Leute ständig in der Gruppe mit, weitere 20 beteiligen sich nur hin und wieder. Sie gehören der mittleren oder kleinen Bourgeoisie an. Auch einige Arbeiter sind vertreten.

A. Politisches Programm

1) Die Gruppe hat sich im Bestreben gebildet, dem Mangel einer von links geführten Intervention abzuhelfen und die unmittelbarsten Probleme der sich selbst überlassenen Bevölkerung in Angriff zu nehmen. Dabei mußte sie sich entscheiden, ob sie sich religiös, politisch-religiös oder politisch charakterisieren sollte.
Es überwog schließlich die politische Charakterisierung.

2) Politisierung der Basis durch direkten Kontakt zur Herstellung einer Solidarität unter den Ausgebeuteten, wobei eine Qualifikation als Avantgarde abgelehnt wird.
-Selbstverwaltung einiger Dienstleistungen.
-Heraustreiben der inneren Widersprüche des Systems im Hinblick auf eine revolutionäre Praxis.

3) Zur Zeit beschränken sich die Forderungen als taktisches Moment nur auf den Stadtteil, doch werden gegenwärtig Kontakte zur Erstellung einer Stadtanalyse hergestellt in der Erkenntnis, daß die Probleme der Altstadt in engem Zusammenhang mit dem Gesamtplan zur Umstrukturierung der Stadt stehen.

4) Das kapitalistische System; partielle Gesprächspartner sind die Gemeinden, Gemeinderäte, Hauseigentümer.

5) Vollständig gegen eine Institutionalisierung.

B. Politische Beteiligung der Basis

1) Offene Arbeitsgruppe, keine Organisation, wöchentliche Versammlungen.
2) Militante als Individuen.
3) Bisher sind 12 Vollversammlungen abgehalten worden; die Versammlungen der Wohnblocks fanden in Zeiten der Agitation fast jeden Abend statt.
4) Flugblattverteilung in allen Wohnungen, persönliche Diskussionen, Interviews, Anschläge sind die verschiedenen Mittel, mit denen man eine Verbindung zur Stadtteilbevölkerung herzustellen versucht. Eine Zeitung würde sich viel leichter zu Manipulationen eignen und wäre deshalb weniger wirkungsvoll. Verbindungen bestehen auch mit den Mieterkomitees, die jetzt ihre Tätigkeit in Zusammenarbeit mit der Gruppe vorantreiben.
5) Schwankende Beteiligung. Eines der größten Hindernisse liegt im Skeptizismus der Leute und in der Tatsache, daß rund 50 % den Stadtteil nur als vorübergehende Bleibe betrachten. Momente größerer Mobilisierung haben 40 - 100 Personen zusammengeführt, während der Durchschnitt bei 30 liegt. Bei den Versammlungen der Häuserblocks wurden hingegen rund 90 % der Bewohner herangezogen.
6) Etwa zehn neue aus anderen Gruppen kommende Militante bürgerlicher Herkunft, die selbst nicht im Stadtteil wohnen.
7) Im allgemeinen aus der Versammlung, mitunter werden sie von der Gruppe vorgeschlagen.
8) Die Versammlung wird zu einem spezifischen von der Basis aufgegriffenen Problem einberufen.
9) Es wird versucht, sie parallel zu den von der Gruppe vorgebrachten Vorschlägen weiterzuführen, wobei man sich allerdings den Aktionsforderungen der Leute anpaßt.

C. Räumliche und soziale Begrenzung der Intervention

1) Die räumliche Begrenzung ist taktischer Natur. Was das Problem der Wohnungen angeht, ist das Interventionsgebiet etwas ausgedehnt worden.
2) Einer der Nachteile, die aus der Begrenzung entspringen können, ist der Sektorialismus; andererseits erweist sich die Möglichkeit des direkten persönlichen Kontaktes mit der Bevölkerung als vorteilhaft.

3) Es wurde eine Entscheidung von einem Klassenstandpunkt aus getroffen, was unter anderem die Intervention in einem sozial so gearteten Stadtteil erst ermöglichte. Im allgemeinen wendet man sich and die Arbeiter, Pensionäre, kleinen Handwerker und an das "Subproletariat der Straße". Dieses Subproletariat ist Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit, weil man der Meinung ist, daß es heute über eine wirkliche revolutionäre Kapazität verfügt, weil es nichts zu verlieren hat. Darin unterscheidet sich die Gruppe von den operaistischen Konzeptionen der Linken. Angesichts der Zerstreutheit des Subproletariats hält man persönliche Kontaktaufnahme und Infiltration für notwendige Interventionsinstrumente.
4) Die Probleme der Bürger sind aus zufälligen Gründen heraus vorherrschend; stellen doch die Probleme der Arbeit, wenngleich sie als sehr wichtig angesehen werden, für eine unmittelbare Intervention zu viele Schwierigkeiten dar.

D. Ziele, Kämpfe, Verbindungen
1) Kampf für einen Kindergarten (Demonstrationen).
-Kampf gegen Umstrukturierungspläne der Gemeinde (Sensibilisierung, Unterschriftensammlung).
-Kampf gegen die zu hohen Mieten (Bildung von Mieterkomitees) und Nebenkosten (verschiedene Komitees haben sich hierfür spontan organisiert).
-Protestaktion gegen das Geschäft Sporting, das mit den Arbeiten seines Innenausbaus einige Häuser gefährdete.
Im allgemeinen versucht man, die Versammlung arbeitsfähig zu gestalten, sich partielle Mittel zu beschaffen und diese selbst zu verwalten.
2) Die Eröffnung des Kindergartens mit neu instandgesetzten Räumen ist durchgesetzt worden, während der Sanierungsplan der Gemeinde bis jetzt ruht.
Diskussionen mit der Institution werden als wertlos betrachtet, doch werden zu taktischen Zwecken Kontakte mit der Gemeinde aufrechterhalten.
4) Einige Dienstleistungen für den Stadtteil (gut ausgestattete Grünanlagen). Blockierung des Spekulationsplanes durch eine Massenmobilisierung.
5) Das Problem der Altstadt.
6) -Auseinandersetzung mit einem anderen Komitee über den Kom-

petenzbereich.
-Auseinandersetzungen mit einem Mitglied des Koordinierungskomitees der Altstadt.
-Ablehnung eines Vorschlags der KPI für eine Zeitung und eines Vorschlags der ACLI zur Zusammenarbeit.
-Versuch, mit Lotta Continua zur Frage des Wohnungsproblems in Verbindung zu treten. Lotta Continua ist jedoch an einer Diskussion über die Altstadt nicht interessiert.
8) Die Gruppe hat an den bisherigen Initiativen nicht teilgenommen, ist aber im Hinblick auf eine theoretische Diskussion über die Stadt vor allem an einem möglichen Austausch von Analysen und Erfahrungen, die diese Initiativen doch gestatten würden, interessiert.
9) -Selbstverwaltung des Kindergartens.
-Verbindung der in den Häuserblocks entstandenen Komitees.
-Hervorheben der Widersprüche der Altstadt.
10) Die Mieter von Porta Palatina haben sich spontan organisiert und haben aus Protest gegen die Wohnungslage vor dem Rathaus ihre Lager aufgeschlagen. Dabei sind einige festgenommen worden. Daneben sind spontan noch weitere Mieterkomitees entstanden, die man jetzt in die Perspektive der Gruppe einzubeziehen versucht.

Zwei politische Probleme

DIE STADT DES KAPITALS

Bevor wir zum zweiten Teil dieses Bandes übergehen, scheinen uns hier einige ganz kurze klärende Hinweise angebracht. Vor allem liegt uns daran zu betonen, daß, auch wenn wir uns über alle Begrenzungen und Mängel, die Untersuchungen dieser Art haben, vollkommen im klaren sind, es unsere Überzeugung ist, daß die Antworten auf den Fragebogen eine nicht unbeträchtliche politische Nützlichkeit und Verwertbarkeit haben können, auch über die Information hinaus, die die Militanten, die in den Stadtteilen arbeiten, daraus ziehen können.
Diese unsere Überzeugung darf keineswegs als Zustimmung zu der Art von politischer Initiative verstanden werden, wie sie von den Stadtteilkomitees vertreten wird. Sie entsteht vielmehr aus der Feststellung, daß das Phänomen der Stadtteilkomitees, was für ein politisches Urteil man auch immer über sie haben mag, mittlerweile aufgrund des erreichten Ausmaßes, der Vielseitigkeit der Interventionen und der Qualität wie der Quantität der theoretischen Probleme, die aufgeworfen worden sind, eine politische Erfahrung und eine politische Realität darstellt, auf die einzugehen angebracht ist, wann immer man die Absicht hat, - auch auf völlig anderen Grundlagen - eine politische Arbeit auf Stadtebene aufzunehmen.
Angesichts der Bedeutung und der Komplexität dieser politischen Tatsache schien es völlig verfehlt und falsch, unsererseits zu versuchen, allein aufgrund der Fragebogen Schlußfolgerungen zu ziehen oder gar ein umfassendes politisches Urteil zu formulieren. Wir haben es vielmehr vorgezogen, unter den vielen politischen Problemen, die aufgetaucht sind, zwei von besonderer Bedeutung und besonderem Interesse aufzugreifen: an diese anknüpfend wollen wir versuchen, eine allgemeine Diskussion über das Stadtproblem, die heute nötiger ist als je, in Gang zu bringen. Die Themen, die wir ausgewählt haben, sind: die politische und ökonomische Bedeutung der gegenwärtigen städtischen Organisation und die politische Beteiligung der Basis, verstanden als eine neue Art und Weise, Politik zu machen.
Die Auswahl war nicht zufällig. Es handelt sich um zwei Probleme, die sich deutlich aus der Prüfung der Fragebogen ergeben. Das erste, das der Stadt, fällt durch seine fast völlige Abwesenheit oder unzureichende Behandlung auf, was ziemlich merkwürdig ist für Gruppen - wenigstens soweit sie sich als links verstehen -, die sich in einer politischen Arbeit auf Stadtebene engagieren. Das zweite, das der

Beteiligung (partecipazione), ergibt sich dagegen genau aus dem entgegengesetzten Grund. Tatsächlich kann in jedem Stadtteilkomitee dieses Problem als der Angelpunkt betrachtet werden, um den sich die ganze theoretische und praktische Aktivität der Gruppe dreht. Und die Art und Weise, in der die Beteiligung verstanden, praktiziert und anvisiert wird, stellt in der Praxis das charakteristische Element dar, das die politische Ausrichtung der Gruppe definiert.
Ein anderes Thema, das wir wegen seiner bemerkenswerten Bedeutung und seiner engen Verbindung mit dem Problem der Beteiligung gerne behandelt hätten, ist das der Zwischenziele. Leider war es aufgrund einer ganzen Reihe von Umständen nicht möglich, diesen Aspekt zu untersuchen, bei dem die Widersprüche oder die Übereinstimmung zwischen dem politischen Bild, das eine Gruppe von sich gibt und hat, und dem, was ihre Aktion wirklich konkret bedeutet, deutlicher offenbar werden.
Einer der Angelpunkte der politischen Diskussion, die das Experiment der Stadtteilkomitees aufwirft, ist sicher die Notwendigkeit einer Analyse des Einflusses, den die Stadt auf die ökonomische Struktur hat oder besser, der Funktion, die sie in der kapitalistischen Produktionsweise erfüllt. Trotz der entscheidenden Bedeutung, die einer solchen Untersuchung für eine korrekte Formulierung der politischen Linie eines Stadtteilkomitees (wenigstens bei denen, die sich eine antikapitalistische Perspektive setzen) zukommt, ist sie nicht immer mit der nötigen Priorität und Klarheit behandelt worden.
Bei der Mehrzahl der Stadtteilkomitees erscheint die Stadt, wenn sie nicht gar als natürliche Erscheinung erfahren wird, als eine neutrale Einheit ohne jede politische Bedeutung und Verwertung. Oder aber sie wird als das Ergebnis eines unbestimmten Industrialisierungsprozesses gesehen, die man für die heutige Entartung der städtischen Lebensbedingungen verantwortlich macht, wodurch diese als notwendiger und unausweichlicher Tribut, der dem menschlichen Fortschritt gezollt werden muß, erlitten und akzeptiert wird.
Nicht zufällig herrschen diese Konzeptionen - latent oder explizit - dort vor, wo die politische Initiative auf Stadtebene einen eindeutig reformistischen Charakter hat und einzig auf Korrektur und Ausgleich der gröbsten städtischen Mißstände gerichtet ist, ohne jedes Interesse und jede Fähigkeit, die ökonomischen und politischen Wurzeln des Problems der Stadt anzugehen. Aber auch dort, wo die Intervention einen erklärtermaßen antikapitalistischen Charakter annimmt, wird die politische Bedeutung der kapitalistischen Stadtorganisation oft vernachlässigt. Und die Stadt wird fast einhellig als der räumliche

Bereich begriffen, in dem die Widersprüche des Systems zum Vorschein kommen und explodieren, wodurch sie zum bloßen Ort des Zusammenstoßes gemacht wird, zur Arena, in der sich Bourgeoisie und Proletariat eine Schlacht liefern. Tatsächlich ergibt sich schon bei oberflächlicher Prüfung mit genügender Deutlichkeit die ökonomische und politische Bedeutung der Rolle, die die Stadt im Prozeß der kapitalistischen Entwicklung spielt.

Der historische Sieg der Bourgeoisie über das feudale Agrarsystem und die kapitalistische industrielle Revolution initiieren einen Prozeß der Landvertreibung und Verstädterung von ungeheuren ländlichen Massen, was die vollständige Umwälzung der mittelalterlichen Stadt hervorruft, an deren Stelle sich eine andere städtische Struktur zu festigen beginnt.

Die nunmehr herrschende kapitalistische Produktionsweise diktiert die Regel, nach der die neue städtische Ansiedlung abläuft, deren chaotisches Überschwappen über die mittelalterliche Stadtmauer hinaus deutlich den unkontrollierten und unwiderstehlichen Drang zur Erweiterung der Produktion und zur unaufhörlichen Akkumulation widerspiegelt, den die Logik des Profits nährt: "Je rascher das Kapital in einer industriellen oder kommerziellen Stadt akkumuliert, um so rascher der Zustrom des exploitablen Menschenmaterials, um so elender die improvisierten Wohnlichkeiten der Arbeiter." (K.Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 690).

Aber aus der scheinbaren anfänglichen Planlosigkeit der frühindustriellen bürgerlichen Stadt taucht sehr schnell der typische Charakter des Kapitalismus auf. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der Antagonismus zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie rufen in der städtischen Ansiedlung eine Polarisierung hervor und produzieren schließlich in ihrem Inneren zwei Städte: die bürgerliche Stadt, die sich nach einem Modell gestaltet, das zum Teil historisch ererbt ist und zum anderen - überwiegenden - Teil durch die Ausübung der ökonomischen und politischen Macht bestimmt ist; und die Arbeiterstadt, deren Lokalisierung ursprünglich davon abhing, wo für die Fabriken der beste Zugang zu den Energiequellen (Wasserläufen z.B) bestand, und die sich einzig als natürlicher Raum realisiert, wo auf inhumane Weise die entfremdete Arbeitskraft konzentriert ist.

Durch die Schaffung dieses Arbeitskräftereservoirs, das zur Peripherie der Stadt wird, wird das Kapital einem zweifachen Erfordernis seiner selbst gerecht: 1) Minimierung der Subsistenzkosten der Arbeitskraft; 2) offensichtliche Maximierung der proletarischen Reservearmee mit dem Ziel der weiteren Reduzierung des Marktwerts der Ware Arbeits-

kraft. Aber wenn diese Systematisierung der Stadt unter vielen Aspekten in die Logik der Entwicklung des kapitalistischen Systems eingeht und ihm daher schließlich funktional wird, bedeutet sie auch definitiv das Herausziehen ungeheurer ländlicher Massen aus der Vereinzelung und der "Idiotie des Landlebens"und ihre Konzentration im Umkreis der städtischen Fabriken. Und gerade in diesem Gewirr von Häusern und Werkstätten, das die Arbeiterviertel bilden, in diesen Straßen am Stadtrand, wo sich mehr als anderswo die Gesellschaftlichkeit der Arbeiter ausdrückt, lernt die durch die Fabrik bestimmte Klasse, sich ihrer selbst bewußt zu werden und sich zu organisieren, um der Bourgeoisie die Macht, die diese im Staat und in der Fabrik innehat, streitig zu machen und sie für sich zu beanspruchen.

Nicht die geringste Ursache dieses politischen Reifungsprozesses ist zweifellos der enge Kontakt zwischen Produktions- und Wohnbereich. Dieses Erfordernis des Kapitals erleichtert den Prozeß der Homogenisierung der Klasse beträchtlich und verwandelt schnell die städtische Peripherie aus einer diffusen Ansammlung von entfremdeter Arbeitskraft in die Arbeiterstadt, die drohend das bürgerliche Zentrum umgibt.

Das Anwachsen und die Erfolge der Arbeiterbewegung, die Verschärfung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und die Zuspitzung der inneren Widersprüche zwingen die Bourgeoisie dazu, jene Phase der Ökonomie abzuschließen, die ausschließlich von der "unsichtbaren Hand" des Marktes geleitet wurde, und das kapitalistische System einer ganzen Reihe von Veränderungen in Basis und Überbau zu unterwerfen, die natürliche Folgen und neue Rückwirkungen für die gesamte Ordnung der Stadt mit sich bringen.

Das Großunternehmen und der Staat - letzterer entweder als direkter Verwalter von Produktionsmitteln oder als Verwahrer immer größerer Mengen von flüssigem Kapital - werden zu den neuen ökonomischen Subjekten, welche faktisch die Kontrolle des kapitalistischen Produktionsapparates übernehmen. Die objektive Konvergenz, die sich von Anfang an in den grundlegenden Zielen zeigt, die darauf gerichtet sind, dem System eine gleichgewichtigere Entwicklung zu garantieren, führt Staat und großes Industrieunternehmen zu einer prinzipiellen Koalition, die aus ihnen den fortgeschrittensten und dynamischsten Flügel der kapitalistischen Ordnung macht. Das Fortbestehen von Sektoren, die an rückständigere Produktionsstrukturen gebunden sind, im neokapitalistischen Bereich darf sicher nicht unterschätzt werden. Ihr Vorhandensein bringt akute Widersprüche in die Verhaltensweise des Kapitals, die sich manchmal in

zeitweilige Tendenzumschwünge umsetzen können. Dennoch muß man annehmen, daß langfristig die vom fortgeschrittenen Kapital verfolgte strategische Linie, die auf die Abschwächung der zyklischen Entwicklung der Wirtschaft durch Überwindung der Anarchie des Marktes und der Produktion gerichtet ist, in der Praxis siegreich sein wird. Planung und Programmierung der Investitionen, der Produktion und des Konsums - durch den Erlaß eines Plans formalisiert oder nicht - sind die grundlegenden Instrumente, durch welche dieses neokapitalistische Projekt zum Ausdruck kommt und sich realisiert, das dazu bestimmt ist, immer besser die proletarischen Kämpfe zu zügeln und die Rationalität der kapitalistischen Fabrik auf das gesamte gesellschaftliche Universum auszudehnen.
In diesem summarisch skizzierten Kontext unaufhörlicher Bemühung von seiten des fortgeschrittenen Kapitals um eine - auch positiv reformistische - Rationalisierung der gesamten gesellschaftlichen Struktur taucht die neue Funktion der Stadt auf und nimmt sichtbare Formen an.
Trotz des Fortbestehens akuter Widersprüche zwischen den innovatorischen Antrieben des fortgeschrittenen Kapitals und dem parasitären Widerstand des rückständigen Kapitals (Bodenspekulation und Grundrente in der Stadt, technologische Rückständigkeit und Ausbeutung frühkapitalistischen Typs in der Bauindustrie) neigt die moderne industrielle Metropole immer mehr dazu, die Gestalt der "zwei Städte", die sie während der frühindustriellen Periode angenommen hat, aufzugeben und sich als integrierender Bestandteil des neokapitalistischen Produktionsprozesses neuzustrukturieren, wobei sie die Rolle eines Instruments zur Organisation der Produktion übernimmt. Nicht zufällig wird im Progetto '80, der neuesten Formulierung der Linie des fortgeschrittenen Kapitals in Italien, der Begriff der Stadt durch den Begriff des "großstädtischen Systems"(sistema metropolitano) ersetzt, das als städtisches Gebiet geplant ist, welches in Hinblick auf eine wachsende produktive Funktionalität reorganisiert ist.
Die grundlegenden Momente, in denen der kapitalistische Gebrauch der Stadt als Instrument zur Produktionsorganisation zum Ausdruck kommt, sind vor allem zwei: die ökonomische Optimierung des Produktionsprozesses und der Versuch, eine wirksame politische Kontrolle über das Konfliktpotential der Arbeiter zu erlangen und auszuüben.
Die ökonomische Optimierung der Massenproduktion und ihrer Distribution wird verfolgt, indem das großstädtische System derart gestaltet wird, daß es sich realisiert: a) als Ort, wo sich nach den nationalen und internationalen Erfordernissen einer geplanten Arbeits-

teilung im Rahmen der Produktionszyklen des Kapitals der Produktionsprozeß konzentriert, neu strukturiert und integriert; b) als Ort, wo sich die Arbeitskraft anhäuft, um dann verteilt, selektiert und den dauernden Änderungen angepaßt zu werden, die sich im Bereich der Produktion, der Produktivität und der Lokalisierung aufgrund der Erfordernisse der Profitoptimierung ergeben; c) schließlich als Ort, an dem der Prozeß der Intensivierung, der Formierung und Verbreitung des technologischen Fortschritts stattfindet, und insofern als kulturell privilegiertes Gebiet.
Der Versuch, durch die Stadt eine effektive politische Kontrolle über die Kämpfe der Arbeiter auszuüben, findet seinerseits durch die Reorganisierung der städtischen Ordnung nach einem politischen Plan statt, welcher, ohne die zuerst genannten Produktionserfordernisse im geringsten aus den Augen zu verlieren, vielmehr indem er diese koordiniert, darauf zielt, die Arbeiterklasse zu atomisieren und in die soziale Lage ihrer Mitglieder einen Zustand von Unbestimmtheit zu bringen. Das ganze neokapitalistische Bemühen um eine Neustrukturierung der Stadt tendiert tatsächlich dazu, in der Lage der Arbeiter jene Integration zwischen Wohnmoment und Produktionsmoment zu beseitigen, die sich in der frühkapitalistischen Periode als politisch so gefährlich erwiesen hat. Und das mit dem Ziel, die Trennung und den Gegensatz zwischen Arbeiterstadt und bürgerlicher Stadt zu überwinden, und zwar durch ihre Auflösung in die gegenwärtige städtische Zusammenballung, wo sich in immer akzentuierterer Weise funktional unterschiedene Zonen abzeichnen, welche entweder ausschließlich für die Industrieproduktion oder für Handel und Dienstleistungen oder für Wohnungen bestimmt sind.
Unter den vielen Implikationen, die sich aus dieser Unterteilung der Stadt in funktionale Gebiete ergeben können, müssen besonders diejenigen hervorgehoben werden, welche mit den Wohngebieten verbunden sind, deren Differenzierung sich nicht mehr nach Klassengesichtspunkten, die durch die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bestimmt werden, vollzieht, sondern aufgrund von Konsummöglichkeiten und damit aufgrund von Einkommen.

Stadt und Klasse: die Strategie der Unternehmer

Die enge Interdependenz dieser beiden Ziele ist offenkundig: die Rationalisierung des Produktionsprozesses, die nach zunehmendem Wachstum der Produktivität und daher nach der Verfolgung des höchsten Profits auf lange Sicht strebt, ist nur möglich in einem Klima sozialen Friedens oder wenigstens gewerkschaftlicher Forderungen, die innerhalb der Spielregeln bleiben. Andererseits aber

ist nur eine Produktionsbasis in dauernder Entwicklung fähig, das System vor ausgedehnten und tiefgreifenden ökonomischen Krisen mit ihren unvermeidlichen Rückwirkungen auf die Beschäftigung und auf die Kaufkraft der Löhne zu bewahren, welche einen Klassenzusammenstoß solchen Ausmaßes und solcher Qualität hervorrufen könnten, daß alle reformistischen Spielräume des Systems gesprengt würden. Unabgedeckt würde zwar das Konfliktpotential der Arbeiter bleiben, das durch die Arbeitsrhythmen und die Arbeitsbedingungen bestimmt ist, die von der bürgerlichen Ausbeutung auferlegt und durch die Expansion der Produktion nicht beseitigt sondern vielmehr verschärft werden. Aber auch hier mangelt es nicht an einer Antwort des Kapitals: einerseits die Repression in ihren klassischeren und brutaleren Formen (Kündigungen, Anzeigen, Verprügeln durch die Polizei, Sondergerichte usw.), andererseits wiederum der reformistische Gebrauch der Stadt bei dem Versuch, die Fabrik als Raum, in dem der Protest der Arbeiter sich unweigerlich radikalisieren muß, vom Rest der Stadt abzugrenzen und zu isolieren, in welchem im Gegensatz zur Fabrik durch das massive Vorherrschen der Konsumerfordernisse und -modelle versucht wird, den Klassenantagonismus abzuschwächen, wobei die Spaltung zwischen Arbeiter als Produzent und Arbeiter als Bürger der Stadt verschärft wird.
Bei genauer Betrachtung dieses Bruchs, der vom großstädtischen System zwischen Wohnmoment und Produktionsmoment eingeführt wird, zeigt sich endgültig eine der Grundkomponenten der neokapitalistischen Strategie, das Konfliktpotential der Arbeiter zu absorbieren. Tatsächlich ist nicht von ungefähr immer häufiger ein deutlicher qualitativer Unterschied zu bemerken zwischen den Kämpfen, die die Arbeiter in der Fabrik, und den Kämpfen, die sie in ihren Wohngebieten führen; "...schließlich wird die Stadt der Ort, an dem der kollektive Produzent sich physisch vereinzelt und sich als Städter wieder zusammensetzt, als 'Benutzer der Stadt'; die sogenannten Dienstleistungen werden subjektiv in ihrem Aspekt kollektiven Konsums hervorgehoben und mehr an die Bestimmung von Modellen des 'Wohnens' gebunden, für die das Gleichheitsprinzip maßgebend ist, als an die gesellschaftliche Produktion ..." (Magnaghi / Perelli / Sarfatti / Stevan, La città-fabbrica, CLUP, Milano).

Das Erreichen eines Gleichgewichtszustandes zwischen einem genügenden Maß von Konzentration der organischen und anorganischen Produktionsmittel und der Notwendigkeit einer Verdünnung oder besser einer "politischen Entlastung" der städtischen Ansammlung von Arbeitskraft, die sich als fruchtbarer Boden für das Wachsen

eines Klassenbewußtseins erwiesen haben, ist also die Hauptrichtung, in der sich das Projekt städtischer Entwicklung des Kapitals bewegt; sein Ziel ist letztlich die Zerstörung jeder städtischen Struktur, die auf Klassenebene homogenisierend wirkt, und ihre Ersetzung durch das, was Mumford als "bedecktes Land" definiert hat, d.h. eine lose Ansammlung, bestehend aus "... den neuen Wohngebieten; den Gebieten, die dazu bestimmt sind, die städtischen Dienstleistungen höherer Ordnung (höhere Bildung, Universität, Forschung, Leitungszentren) aufzunehmen; die Produktionsgebiete; die Gebiete unter Natur- und Denkmalschutz; die für die Freizeit bestimmten Gebiete (Parks, Gebiete mit archäologischen und anderen Denkmälern, Landschaftsschutzgebiete, Panoramastraßen); die Gebiete, die der Verknüpfung der verschiedenen großstädtischen und nationalen Transportsysteme dienen ..." (Progetto '80, Kap. IV, S. 98). Einzig mögliches Verbindungselement in diesem zersplitterten städtischen Universum wird dann fast unausweichlich das städtische und vorstädtische Straßennetz für den Schnellverkehr.
Die massive und fortwährende Potenzierung dieser Infrastruktur in quantitativer und qualitativer Hinsicht ist sicher nicht zufällig, sondern gehorcht bestimmten Erfordernissen der Stadt, welche als Instrument der Organisierung der Produktion realisiert wird. Tatsächlich ist es einerseits so, daß sie als Verbindungsglied zwischen den verschiedenen voneinander entfernten Industriezonen "... die Beziehungen der Produktionskräfte analog zu den Organisationstechniken im Betrieb rationalisiert ..." (Greppi-Pedrolli, Produzione e programmazione territoriale, in "Quaderni Rossi", No. 3). Andererseits macht der andauernde und immer dichtere und hektischere Autoverkehr aus ihr einen regelrechten Raster von Grenzlinien, der die verschiedenen Wohngebiete faktisch voneinander abgrenzt und isoliert. Eine solche Abgrenzung darf politisch nicht unterschätzt werden, weil sie von denen, die dort wohnen, sehr oft akzeptiert und legitimiert wird, womit praktisch die Herrschaft des Wohnpartikularismus und das Abgleiten der Stadtteilinitiativen in die Logik der Forderungen nach immer adäquateren Dienstleistungen sanktioniert wird, mit dem Ergebnis, daß man schließlich bei einer Art mehr oder weniger reformistischer Mitverwaltung der kapitalistischen Stadt landet.

Die Notwendigkeit der Analyse des Phänomens Stadt
In dem Maße, in dem das bisher Gesagte einen Sinn hat, wird es für alle Stadtteilkomitees grundlegend, sich um die Koordinierung der eigenen politischen Initiative mit einer umfassenden Analyse zu

bemühen, die darauf gerichtet ist, die reale ökonomische Funktion der modernen Industriestadt aufzudecken, welche sich immer mehr als umfassende Produktionseinheit realisiert, die als Instrument zur Organisierung der Produktion notwendig im Dienste des kapitalistischen Systems steht. Nur so wird es möglich sein zu verstehen und nachzuprüfen, ob der Stadtteil auch heute noch eine Bedeutung und konkrete politische Inhalte hat, die dazu geeignet sind, einen echten antikapitalistischen Kampf auf Stadtebene hervorzurufen, oder ob er nichts anderes als eine mystifizierende Formel ist, verbunden mit einem anachronistischen Begriff der Stadt, die als eine Gesamtheit von Zellen, den Stadtteilen, gesehen wird, welche eine eigene relative Autonomie besitzen und daher mögliche Objekte einer Verwaltung von unten sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach geht dieser Begriff auf eine für Italien zwar nicht lange zurückliegende, aber nichtsdestoweniger überwundene Vergangenheit zurück, in der in den Stadtvierteln an der Peripherie der Stadt die Klasse wohnte und arbeitete und jene Arbeiterstadt ins Leben rief, die sich als reale Alternative der bürgerlichen Stadt entgegenstellte, weil sie fähig war, eine echte ökonomische und kulturelle Autonomie auszudrücken. Heute erscheint das Problem der Stadt eindeutig nicht mehr in dieser Weise. Die Zersplitterung der Arbeiterstadt in Schlafstädte und Industriegebiete und die Durchsetzung des Kapitals im gesellschaftlichen Bereich haben die städtischen Widersprüche und Konflikte in eine Dimension verlagert, die weit über das Arbeitsfeld der Stadtteilkomitees hinausgeht. Diese geraten aufgrund der Selbstbeschränkung des Gebietes der Intervention, die sie sich auferlegt haben, immer mehr in Gefahr, in einen Lokalismus zu verfallen und in eine Kanalisierung der politischen Beteiligung der Basis auf einen Bereich, welcher vollkommen ungeeignet ist, Kämpfe hervorzurufen, die zu einer wesentlichen Beschneidung des Einflusses den die bürgerliche ökonomische Macht auf die Stadtstruktur ausübt, in der Lage wären.

Im Lichte der jüngsten Entwicklung und der Richtung, die einige sehr fortgeschrittene Kämpfe in der Stadt angenommen haben, sei es in bezug auf Quantität oder Qualität der Mobilisierung, sei es in bezug auf die politischen Inhalte (Hausbesetzungen, Selbstreduzierung der Mieten usw.), und angesichts der neuesten Entwicklungen der Stadtteilkomitees, die sich auch in Turin in einer Phase fortschreitender Institutionalisierung befinden, wenn auch mit bemerkenswerten Widerständen, scheint uns diese Nachprüfung keineswegs ein intellektualistischer Anspruch, sondern sie ergibt sich unserer Meinung nach als politische Forderung, die heute notwen-

diger ist als je.
Und als Beitrag zu dieser Arbeit der Klärung haben wir versucht, eine erste summarische Prüfung der Produktionsstruktur von Turin zu skizzieren, als Hinweis für eine Analyse, die die Stadtteilkomitees vor allem selbst in Angriff nehmen müssen, um zu einer vollständigen Beherrschung der Frage zu gelangen, welches die realen Beziehungen zwischen Produktionsstruktur und Organisierung des Wohngebietes sind. Erst dann wird es vielleicht möglich sein, eine Linie zu formulieren, die in der Lage wäre, sich der kapitalistischen Oberherrschaft über den urbanen Raum entgegenzustellen und sie zu bekämpfen.

DIE INDUSTRIELLE STRUKTUR DES TURINER GEBIETS

Eine auch nur oberflächliche Beschreibung der Produktionsstruktur Turins gestaltet sich gleichzeitig zu einer leichten und schweren Aufgabe.
Leicht deswegen, weil die im industriellen Bereich Turins vorherrschende Spezialisierung eine unmittelbare Klassifizierung in dem Sinne erlaubt, daß es sich um eine Zone handelt, deren ökonomische Charakteristika durch die Produktionserfordernisse der Automobilindustrie ganz und gar bestimmt sind. Nach einer zuverlässigen Schätzung sind mindestens 80 % der gesamten lokalen Produktion auf sie zugeschnitten; es würde also genügen, diesen Industriezweig genauer unter die Lupe zu nehmen, um damit die fundamentalen Merkmale der Turiner und Piemonteser Wirtschaft zu erfassen.

Schwierig deswegen, weil das Unternehmen, das heute die gesamte Automobilproduktion dieser Zone (und 90 % der italienischen Produktion) kontrolliert, eine riesige multinationale Gesellschaft ist, deren komplexe ökonomische Verbindungen sich mehr und mehr weltweit ausdehnen. Das Turiner Gebiet ist dabei einerseits die wichtigste territoriale Basis für diese Expansionsbestrebungen, aber auch der Ort, wo aufgrund der Zwänge der Konkurrenz und schwer überschaubarer und miteinander in Verbindung zu bringender internationaler Expansionen die Konzentration und Restrukturierung der Produktion erfolgen.

Die Ursachen der ökonomischen Hegemonie von FIAT

Zweifellos ist es ein Gemeinplatz festzustellen, daß FIAT auf Turin einen, milde gesagt, entscheidenden Einfluß ausübt. Weniger banal ist vielleicht der Versuch, durch eine Reihe von statistischen Daten (die allerdings mit großer Vorsicht zu handhaben sind) zu ermitteln, wie sich dieser Einfluß auf der Ebene der Produktionsstrukturen auswirkt. Das Antriebszentrum der Turiner Wirtschaft ist die Industrie. 1969 erbrachte sie trotz des "heißen Herbstes" ca. 60 % des Bruttoeinkommens der Provinz, die allein 59 % zum Bruttoeinkommen der Region Piemont beiträgt. Noch wichtigere Informationen, weil hier weniger große Schwankungen zu verzeichnen sind, enthält die Aufteilung der Beschäftigtenzahl pro Industriezweig. Nach einer Schätzung des IRES * (1968) verteilte sich die aktive Bevölkerung der ökologischen Zone von Turin folgendermaßen: Landwirtschaft 5,8 %, Industrie 60,4 %, tertiärer Sektor 33,8 %.

* Istituto di ricerche ed economie sociali - ein von der reformistischen Tendenz der Mitte-Links-Regierung inspiriertes Forschungsinstitut in Turin, das sich mit Strukturplanung für die Region Piemont befaßt(A.d.R.).

Ein weiterer stark aussagekräftiger Index für die Bedeutung Turins als Industriestadt ist die Einwanderungsbewegung. Wie bekannt sein dürfte, sind Richtung und Stärke der Migrationsbewegungen in hohem Maße von den zwischen den verschiedenen Regionen bestehenden ökonomischen Ungleichgewichten bzw. der von Gebieten mit hohem Produktionspotential ausgeübten Anziehungskraft abhängig. Wie sehr letzteres auf Turin zutrifft hinsichtlich der industriellen Entwicklung und daher auch der konstanten Expansion der Beschäftigtenzahl, geht klar aus dem seit 1953 ununterbrochen zu verzeichnenden Zustrom von Arbeitskräften hervor. Die Hauptströme innerhalb dieser riesigen Volkswanderung wurden hauptsächlich aus zwei Quellen genährt: zuerst aus den von wirtschaftlicher Depression erfaßten ländlichen Gegenden Piemonts und dann aus dem unterentwickelten Mezzogiorno und von den Inseln.
Die Vorteile, die ganz allgemein die Piemonteser Industrie und besonders die Automobilindustrie aus der Tatsache des Überflusses von Arbeitskräften zog, waren wohl ausschlaggebend für die Erfolge der FIAT, auch gegen die internationale Konkurrenz. Die konkurrenzfähigen Preise, die FIAT den Absatz seiner Produkte auf dem europäischen Markte möglich machten, hatten ihre Ursache in einer langen Periode, in der das Verhältnis des Lohns zur Produktivität überaus niedrig war, ohne daß dies zu ernsthaften Reaktionen bei den Arbeitern geführt hätte. Der Grund dafür war eben der außerordentliche Überfluß an Arbeitskräften, der das Lohnniveau empfindlich unter den europäischen Durchschnitt drückte, während gleichzeitig die Produktivität durch die zunehmende Beschleunigung der Arbeitsrhythmen stark anstieg.
Deswegen war (und ist es auch heute noch) möglich, eine Investitionspolitik durchzusetzen, die eher auf die kontinuierliche Effektivierung der (kapitalistischen) Arbeitsorganisation und damit auf die Intensivierung der Ausbeutung gerichtet war, was wenig Kapital erforderte, als auf die Einführung fortschrittlicher Technologien in den Produktionsprozeß, was sehr viel Kapital erfordert hätte. Nicht zufällig ist in der Turiner Automobilindustrie und in der gesamten Piemonteser Industrie die Relation zwischen Kapital und Beschäftigten niedriger als beim nationalen Durchschnitt. Mit anderen Worten: nur ein winziger Teil der aus der Automobilproduktion geschöpften hohen Profite mußte reinvestiert oder für technologische Restrukturierung der Anlagen verwendet werden; der weitaus größere Teil stand für ein komplexes System finanzieller Operationen zur Verfügung, die die Basis des ökonomischen Imperiums der FIAT ausmachen.
Ein wichtiges Charakteristikum der Turiner Industrie ist ihr hoher

Konzentrationsgrad. Fast 60 % der Beschäftigten in der Industrie sind bei einem der 47 Betriebe mit über 1000 Beschäftigten angestellt (vgl. Tabelle); diese 47 Betriebe umfassen nur 1,7 % der Gesamtheit der im Turiner Gebiet ansässigen Betriebe. 1960 gab es nach den von Gabert (Turin, ville industrielle, P.U.F., Paris 1964) zitierten Daten des Industriellenverbandes 36 Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten (1,2 % der gesamten Betriebe), und bei diesen waren 46,3 % der gesamten Beschäftigtenzahl der Industrie angestellt.

Die Industrie verkörpert also, wie wir festgestellt haben, den Tragpfeiler der Turiner Wirtschaft. Diese Aussage ist allerdings noch relativ wenig aussagekräftig, gibt es doch innerhalb dieses Sektors eine ganze Reihe von Produktionszweigen, deren verschiedener Entwicklungsgrad und unterschiedliches ökonomisches Gewicht vielfach die Feststellung, welcher von ihnen als Zugpferd für den gesamten Sektor fungiert, erschwert. Für die industrielle Struktur Turins stellt sich dieses Problem allerdings nicht: schon allein die Betrachtung der Verteilung der Beschäftigten pro Industriezweig gestattet es, den dominierenden Zweig festzustellen. Wie aus der Tabelle hervorgeht, sind 65,8 % in einem einzigen Zweig tätig, der Metallindustrie; innerhalb dieser wiederum gibt es zwar 697 Betriebe, aber die Automobilindustrie (FIAT und Lancia) überwiegt in erdrückender Weise: in ihren Betrieben sind 45 - 50 % der Beschäftigten der Metallindustrie und 30 % der Gesamtzahl der Beschäftigten des industriellen Sektors tätig.

Diese massive Präsenz von FIAT, die einer totalen Kontrolle der Produktion dieses Zweigs und mithin des ganzen industriellen Sektors gleichkommt, kann man auch bei einer Betrachtung des hohen Konzentrationsgrades der Industrie feststellen. Die 697 Betriebe der Metallindustrie der Turiner Gegend kann man in Hinblick auf ihre Größenordnung folgendermaßen unterteilen:

- Großindustrie (über 500 Beschäftigte) 7,9 %
- mittlere Industrie (von 101 bis 500 Beschäftigte) 17,9 %
- Kleinindustrie (bis zu 100 Beschäftigte) 74,2 %

Der Prozentsatz der von jeder Kategorie absorbierten Beschäftigten ist folgender:

- große Industrie 82,2 %
- mittlere Industrie 11,1 %
- Kleinindustrie 6,7 %

Betrachtet man allein die großen Betriebe dieses Industriezweigs mit einer Beschäftigtenzahl von über 1000 Einheiten, ist eine weitere Zunahme des Konzentrationsgrades festzustellen: in 32 Betrieben

Bei der Industriellenvereinigung der Provinz Turin im Jahre 1970 eingetragene Betriebe

Sektoren	0 - 10		11 - 50		51 - 100		101 - 250		251 - 500		501 - 1000		über 1000		insgesamt		
	Lokale Einheiten	Zahl der Beschäftigten	Lokale Einheiten	Zahl der Beschäftigten	Lokale Einheiten	Zahl der Beschäftigten	Lokale Einheiten	Zahl der Beschäftigten	Lokale Einheiten	Zahl der Beschäftigten	Lokale Einheiten	Zahl der Beschäftigten	Lokale Einheiten	Zahl der Beschäftigten	Lokale Einheiten	Zahl der Beschäftigt	Beschäftigte in %
Metallindustrie	107	586	311	8011	99	7148	86	13308	39	12683	23	17943	32	174529	697	234208	65,8%
	15,4%	0,2%	44,6%	3,4%	14,2%	3,1%	12,3%	5,7%	5,6%	5,4%	3,3%	7,7%	4,6%	74,5%	100%	100%	
Chemie, Gummi, Kunststoffe	68	324	63	1573	18	1241	23	3459	7	2385	3	2824	9	18126	191	29932	8,4%
Holz- und korkverarbeitende Industrie	19	131	22	524	8	548	8	1048	-	-	-	-	-	-	57	2251	0,6%
Bekleidung	9	36	16	414	8	641	5	634	4	1391	2	1291	1	5215	45	9622	2,7%
Textilindustrie	28	129	64	1603	26	1884	21	3519	18	6851	10	7173	1	1237	168	22396	6,3%
Lebensmittelindustrie	58	212	26	449	14	1003	6	1053	3	1054	2	1237	-	-	109	5008	1,4%
Papier, Papierverarbeitung, Graphik	30	151	43	1156	14	1011	12	1662	9	2996	-	-	-	-	108	6976	2 %
Bergwerke, Gruben, Ziegelsteine, Glas, Bauunternehmen	664	2069	464	10684	79	5648	38	5876	5	1477	1	562	1	1125	1252	27441	7,7%
Leder und Schuhe	1	9	8	214	1	86	4	644	1	289	2	1237	-	-	17	2479	0,7%
verschiedene Industrien	15	72	24	563	11	652	7	1229	1	318	2	1640	2	3076	62	7550	2,1%
Transport- und Verkehrsmittel	59	191	28	684	5	327	8	1250	2	816	-	-	1	5039	103	8307	2,3%
INSGESAMT	1058	3910	1069	25875	283	20189	218	33682	89	30260	45	33907	47	208347	2809	356170	100 %

Quelle: "Industria in cifre", Nr. 5, 5. März 1971
Die in der Tabelle angegebenen Beschäftigtenzahlen sind mit Sicherheit niedriger als die realen, weil die Betriebe im allgemeinen dazu tendieren, eine geringere als die effektive Beschäftigtenzahl anzugeben.

(4,6 % der gesamten Betriebe) sind 74,5 % der gesamten Beschäftigten dieses Zweiges tätig, das sind wiederum 49 % der Beschäftigten des gesamten industriellen Sektors. Es handelt sich also um eine industrielle Struktur, in der neben einem einzigen Giganten von Weltmaßstab wenige andere Betriebe mittleren oder großen Ausmaßes koexistieren (wovon ein großer Teil sich aktienrechtlich unter der direkten oder indirekten Kontrolle der FIAT befindet) und Tausende kleiner Betriebe mit einer außerordentlich niedrigen Beschäftigtenzahl. Aufgrund der eben beschriebenen Situation ist die Komplementarität und damit die Abhängigkeit der Turiner Industrie von der Automobilindustrie ganz klar und eindeutig erwiesen. Seit 1959 konnte FIAT davon ausgehen, daß 60 % ihres eigenen Produktionsbedarfs von außenstehenden Betrieben zugeliefert wurde, bei deren Mehrzahl sie allmählich zum alleinigen Kunden wurde.
Die aus dieser Art von Produktionspolitik, die in den USA schon vorher mit Erfolg erprobt worden war, ableitbaren Vorteile sind zweifacher Natur. Zunächst eine Verminderung der Kosten, die ihre Ursache in den niedrigen Preisen der Klein- und Mittelbetriebe hat, in denen es noch Ausbeutungsformen der Arbeitskraft gibt (Unterbezahlung, über die Grenzen des Gesetzes hinaus verlängerte Lehrzeit, Hinterziehung der Sozialabgaben, unbezahlte Überstunden), die für einen großen Betrieb undenkbar sind. Zweitens hat dieser den außenstehenden Betrieben anvertraute Produktionsteil die Funktion, im Falle von Fluktuationen auf dem Markt als ökonomischer Regulator zu dienen. D.h. bei jedem beliebigen Rückgang des Absatzes zieht FIAT ganz oder teilweise seine Aufträge zurück; die reduzierte Versorgung erfolgt dann ausschließlich durch die eigenen Abteilungen. Auf diese Weise wird das Risiko von Kurzarbeit oder Entlassungen oder das der Erhaltung von unausgenützten Anlagen auf andere abgewälzt. Die Wirkungen dieser eindeutigen Zulieferfunktion der Turiner Industrie sind auch auf dem Warenmarkt leicht beobachtbar.
In der Metallindustrie ist die Tätigkeit der übergroßen Mehrzahl der Betriebe, abgesehen von einigen auf die Produktion von elektrischen Haushaltsgeräten und auf schwere Elektromechanik spezialisierten Betrieben, ganz auf die Herstellung von Teilen für die Verwendung in der Automobilindustrie ausgerichtet. Die wichtigsten Produkte der Turiner Metallindustrie sind nämlich: Zubehör und mechanische Teile für Autos; Werkzeugmaschinen und verschiedene Ausrüstungen für die Anlagen der Automobilindustrie; Karosserien und entsprechendes Zubehör für Luxusautos in kleinen Serien (Pininfarina, Bertone usw.); Fahrzeuge für industrielle Transporte und öffentlichen Verkehr.

Es ist ganz augenscheinlich, daß, ganz abgesehen von direkten juristischen Einflußnahmen auf den Besitz, die Produktions- und ökonomische Autonomie der in diesem Zweig tätigen Betriebe mehr formalen als realen Charakter hat. Für viele dieser Betriebe ist FIAT nicht nur, wie bereits erwähnt, der wichtigste und häufig alleinige Abnehmer, nach dessen Bedürfnissen es die Anlagen und die gesamte Tätigkeit auszurichten gilt, sondern darüber hinaus auch der wichtigste bzw. alleinige Lieferant für Halbprodukte, Motoren, Fahrgestelle usw.

Auch der chemische Zweig, der gemessen an der Beschäftigtenzahl der zweitwichtigste nach der Metallindustrie ist, ist in Turin eng mit der Automobilindustrie verknüpft und auf sie ausgerichtet. Unter Ausnahme der erst kürzlich in Volpiano von BP erbauten Raffinerie, um die herum sofort einige auf Lagerung und Verkauf von Raffinerieprodukten spezialisierte Kleinbetriebe entstanden sind, ist die Produktionstätigkeit dieses Zweiges grundlegend darauf ausgerichtet, Gummi- und Plastikteile und Lacke für die Automobilproduktion herzustellen.

Das Hauptprodukt der Gummiindustrie sind natürlich die Reifen, an deren Herstellung die Mehrzahl der Beschäftigten dieses Zweiges und die drei größten chemischen Betriebe Turins arbeiten: Pirelli in Settimo Torinese, Michelin und CEAT. Außer Reifen werden Kabel und jegliches in der Automobilproduktion benötigte Gummizubehör hergestellt. Die Produktion dieser letzteren Produkte ist, abgesehen von der CEAT-CAVI (Kabelherstellung) und Ages, auf zahlreiche mittlere und kleine Betriebe verteilt.

Immer noch im chemischen Bereich kommt der Kunststoffindustrie, die ebenso auf die Herstellung von Zubehör für die Automobilproduktion ausgerichtet ist, eine gewisse Bedeutung zu (der wichtigste Betrieb ist STARS in Villastellone mit ca. 2300 Beschäftigten , er befindet sich unter Kontrolle der FIAT). Auch die durch Kleinbetriebe charakterisierte Lackindustrie ist nicht unbedeutend.

Neben den beiden bisher erwähnten Zweigen gibt es natürlich noch eine Reihe anderer Industriebereiche, deren marginale Bedeutung durch die Tatsache, daß dort nur ein Viertel der Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten tätig ist, zum Ausdruck kommt. Hier sind die wichtigsten die der Textilindustrie, die sich, von der Herstellung von synthetischen Fasern (Snia-Viscosa) einmal abgesehen, in einer heftigen Restrukturierungskrise befindet (Betriebsschließungen, Personalreduzierung, Kurzarbeit), wie sie sich beispielhaft an den Geschehnissen um den wichtigsten Betrieb der Zone (früher Baumwollfabrik Val Susa, nunmehr ETI) veranschaulichen läßt. Das Bau-

wesen hingegen leidet wie überall unter alten Krankheiten wie technische Zurückgebliebenheit, Unsicherheit und Zerstreutheit der Arbeitsplätze, vorkapitalistische, wenn nicht sogar mafiaartige Arbeitsverhältnisse, die sogar dem fortgeschrittenen Kapital ein Dorn im Auge sind.
Außer den eben genannten gibt es in Turin industrielle Aktivitäten kleineren Umfangs wie die Bekleidungs-, die Nahrungsmittel-, die Lederindustrie usw. (siehe Tabelle S.88), die mit Ausnahme der Bekleidungsindustrie sich aus Kleinbetrieben zusammensetzen und in dem Maße entwicklungsfähig sind, wie sich die von der Automobilindustrie abhängige Konsumnachfrage entwickelt. Fast völlig fehlt in der Turiner Gegend die elektronische Industrie, die jedoch für den technologischen Fortschritt der Produktionsstrukturen entscheidend ist.

Aktivitäten und ökonomische Organisation von FIAT
Die FIAT ist, gemessen am Umsatz und an der Beschäftigtenzahl, der größte italienische Betrieb. Ihr Umsatz umfaßt 35 % des italienischen Nationaleinkommens und ihr Exportvolumen 5 % des gesamten italienischen Exports. 1971 waren in den 40 italienischen FIAT-Betrieben 185.000 Beschäftigte angestellt (147.600 Arbeiter und 37.400 Angestellte), davon ca. 60 % im Turiner Bereich. In demselben Jahr erreichte die Zahl der produzierten Fahrzeuge (Autos, Nutzfahrzeuge für industriellen Gebrauch, Traktoren) 1.629.800, wovon 639.950 für den Export bestimmt waren, und der Umsatz der FIAT-Gruppe belief sich auf 1810 Milliarden Lire, davon 640 Milliarden aus dem Export. Außer Autos produziert FIAT Schiffsmotoren, Militärflugzeuge, Waggons und Lokomotiven für die Eisenbahnen und eine ganze Reihe von verschiedenen Eisenprodukten (alle Daten sind den für die Aktionäre bestimmten "FIAT-Notizen" entnommen). Aber das Quasi-Monopol in einem Schlüsselbereich für die Entwicklung des gegenwärtigen ökonomischen Systems in Italien ist nicht der einzige starke Punkt des FIAT-Konzerns. Durch seine Finanzierungsgesellschaft IFI und ein kompliziertes System von wechselseitigen Beteiligungen übt FIAT eine manchmal zwar nur partielle, stets aber entscheidende Kontrolle auf zahlreiche in den verschiedensten Sektoren der italienischen Industrie tätigen Betriebe aus.
Für einen Industriekonzern dieses Typs und dieses Ausmaßes, bei dem die Exporte ca. 35 % des Gesamtumsatzes ausmachen, kann das optimale Operationsfeld nicht anders als international sein. Und gerade hier hat FIAT, aufgrund ihrer auf dem Rücken der Ar-

beiterklasse erzielten Konkurrenzfähigkeit, ihre größten Erfolge erzielt und sich als einer der dynamischsten und aggressivsten multinationalen Konzerne auf dem Automarkt behauptet.
Die Strategie, die FIAT heute bei seiner internationalen Expansion verfolgt, scheint sich an zwei Hauptkriterien zu orientieren. Einerseits wird versucht, die in Europa erreichte Vormachtstellung zu konsolidieren. Dem entspricht anscheinend das FIAT-Michelin-Abkommen für die 1970 vollzogene Gründung einer Finanzierungsgesellschaft (Paredi) zur Kontrolle von Citroën. Durch diese Operation ist es der Gruppe FIAT-Michelin gelungen, ca. 35 % des EG-Bedarfs an Autos und Lastkraftwagen abzudecken.
Andererseits wird der Versuch unternommen, sich auf Weltebene soweit wie möglich auszudehnen und mit allen Mitteln in die verschiedensten Länder einzudringen. Je nach den dort bestehenden politischen Hindernissen, ökonomischen Bedingungen und unter Berücksichtigung der internationalen Lage schaltet sich FIAT in die betreffenden Länder auf unterschiedliche Weise ein: entweder durch den Bau von Produktionsanlagen (Spanien: SEAT, 60 % der nationalen Automobilproduktion; Jugoslawien: Crvena-Zastasa, 50 - 60 % der nationalen Produktion; Argentinien: FIAT-Concorde, größter nationaler Autohersteller; Türkei: Tofas, ebenfalls größter nationaler Betrieb in diesem Sektor) oder von Montage-Betrieben (Chile, Uruguay, Korea, Thailand, Irland, BRD, Frankreich,Portugal) oder durch Beteiligung am Bau von Werken, die mit Lizenz produzieren, jedoch ohne daß FIAT Anteile des Gesellschaftskapitals erhält (UdSSR, Polen, Tunesien, Ägypten, Südafrika).
An dieser Stelle müßte eine längere Darstellung folgen über die imperialistische Rolle der multinationalen Konzerne, über die von ihnen verursachte Unterentwicklung der Dritten Welt, über die zwischen nationalen und internationalen Interessen des Kapitals bestehenden Widersprüche, über die Schwäche der gegen eine internationale Organisationsstruktur national geführten Arbeiterkämpfe, sowie über die Widersprüche, die innerhalb der internationalen Arbeiterklasse aufgrund der vom internationalen Kapital angewandten verschiedenen Ausbeutungsgrade entstehen, usw. Aber angesichts der Schwierigkeit und Komplexität dieser Problematik scheint es uns richtiger, darauf gar nicht einzugehen, als der Gefahr einer verkürzten und vergröberten Darstellung zu verfallen. Es muß hier jedoch betont werden, daß die internationale Strategie der FIAT, besonders ihre europäischen Zielvorstellungen, charakteristisch für die vom internationalen Piemonteser Kapital (man sollte dabei Olivetti, RIV-SKF und Ferrero nicht übersehen) verfolgten Ziele

sind; diese sind darauf ausgerichtet, die Region in eine vom ökonomischen Standpunkt aus internationale Zone zu verwandeln, die dank ihrer geographischen Lage, ihres Kommunikationssystems und des hohen Konzentrationsgrades der Industrie als Stützpunkt für die Eroberung der Vorherrschaft innerhalb der sich rapide im europäischen Markt herausbildenden oligopolistischen Strukturen dienen kann.

Die Produktionsorganisation von FIAT

Die industrielle Organisation der FIAT ist durch einen hohen Grad sowohl vertikaler als auch territorialer Integration der verschiedenen Stadien der Produktherstellung charakterisiert. Allein im Turiner Stadtgebiet ist die gesamte Automobilproduktion ansässig, darüberhinaus aber auch ein Großteil der Produktion von Industriefahrzeugen, Traktoren, Motoren für Flugzeuge und Schiffe. Mit einer so starken Konzentration sind bemerkenswerte Vorteile verbunden: von der Möglichkeit, die verschiedenen Produktionseinheiten schnell und effizient zu koordinieren, bis zu der Möglichkeit, über den Großteil der umliegenden Industrie schließlich verfügen zu können, was wiederum eine Reduzierung der allgemeinen Vorräte auf ein Minimum ermöglicht, weil die Versorgung mit den notwendigen Materialien und Teilen praktisch sofort erfolgt. Aufgrund der verschiedenen Funktionen gliedert sich die Produktionsstruktur der FIAT in sechs Abteilungen: Eisen- und Stahlindustrie, Automobile, Industriefahrzeuge und Traktoren, Material für Eisenbahnen, Schiffbau, Flugzeugbau. Innerhalb dieser Abteilungen gibt es dann verschiedene Produktionsbetriebe, von denen wir jetzt einige Daten wiedergeben werden, die sich, soweit nichts anderes angegeben, auf das Jahr 1969 beziehen.

Abteilung Eisen- und Stahlindustrie

- Sektion: Eisenhütten. Inbetriebnahme: 1917. Arbeiter: 6696. Angestellte: 1093. Produktion: Gußeisenverfeinerung, Spezial- und Kohlenstoffstahle, rostfreier Stahl des Typs "Enduro FIAT" in Barren, Profileisen, Stahlbänder, Gußeisen, Bleche, Rohre, Federn.
- Sektion: Niederlassung von Avigliana. Inbetriebnahme: 1917. Arbeiter: 2998. Angestellte:279. Produktion: Halbfabrikate aus Stahl für die Vorarbeiten, automatisch gestanzte Nieten, Türscharniere, Federn, geschweißte Drähte.
- Sektion: Metall- und Stahlindustrie. Arbeiter: 1873. Angestellte: 245. Produktion: Gußwaren und Barren in einfachem und legiertem Stahl, besondere gestanzte Teile in Gußstahl, Fahrwerke für Industriefahrzeuge und Eisenbahnwaggons, Gehäuse, Zylinder und Räder für Industriefahrzeuge.

- Sektion: Gießereien und Hüttenwerke. Diese Sektion umfaßt zwei Betriebe:
1) in der Umgebung von Mirafiori gelegener Betrieb. Inbetriebnahme: 1951. Arbeiter: 8266. Angestellte: 1019. Produktion: in der Gießerei-Abteilung werden in Form von Gußwaren in Grauguß ca. 300 Einzelteile für Autos hergestellt: Motorensockel, Motorkollektoren für PKW, Traktoren und LKW usw. In der Hüttenwerk-Abteilung werden zahlreiche andere Einzelteile (über 1000) gestanzt und thermisch behandelt, für PKW, LKW und Traktoren.
2) Carmagnola. Inbetriebnahme: 1962. Beschäftigte: 3700. Produktion: Gußwaren in Spezialguß und Aluminium für jeglichen Bedarf von FIAT.
- Sektion: Metalle. Inbetriebnahme: 1926. Arbeiter: 371. Angestellte: 68. Produktion: Bleche, Formeisen, Bänder in Aluminium, Messing und Bronze; Zinnlegierungen.

Abteilung Automobile

- Sektion: Mirafiori Auto. Inbetriebnahme: 1939. Arbeiter: 41000. Angestellte: 4700. Produktion: Motoren, Karosserien und Ersatzteile für alle von FIAT produzierten Autotypen. Gußformen, verschiedene Ausrüstungen und Maschinen für die Automobilproduktion.
- Sektion: Officine Sussidiarie Auto (OSA) und Officine di Stura. Inbetriebnahme: 1923. Arbeiter: 6946. Angestellte: 852. Produktion: elektrische Geräte, Scheiben- und hydraulische Bremsen, Autoendmontage, normale und spezielle Karosserien (124 spider Pininfarina, 128 coupé, 850 coupé, alle Versionen des 238).
- Sektion: Marina di Pisa. Inbetriebnahme: 1945. Beschäftigte: 1100 (1971). Produktion: Zubehör und Einzelteile für Autos (Luftfilter, hydraulische Bremsen, Heizungen, Schlösser usw.)
- Sektion: Werkstätten von Neapel. Inbetriebnahme: 1959. Beschäftigte: 635 (1971). Produktion: Leichte Industriefahrzeuge, Federn für Spezialausstattungen.
- Sektion: Ersatzteile. Inbetriebnahme: 1925. Arbeiter: 2225. Angestellte: 673. Produktion: Ersatzteile für Autos und Traktoren, deren Produktion ausgelaufen ist; Motoren und mechanische Teile für Autos, Lagerung und Auslieferung von Ersatzteilen.
- Sektion: Hilfsproduktion (Grugliasco). Inbetriebnahme: 1951. Arbeiter 1315. Angestellte: 603. Produktion: Werkzeugmaschinen, starke Maschinen für Großserienproduktion, Werkzeuge und Kontrollgeräte, Wartung und Reparatur von Werkzeugmaschinen.
- Sektion: Rivalta. Inbetriebnahme: 1967. Beschäftigte: 15710 (1971). Produktion: mechanische Geräte, Karrosserien und Endmontage des FIAT-Dino, FIAT 128, FIAT 124 coupé, FIAT 130.

Abteilung Industriefahrzeuge und Traktoren
- Sektion: SPA. Diese Sektion umfaßt zwei Betriebe:
1) Corso Ferrucci. Inbetriebnahme: 1926. Arbeiter: 3957. Angestellte: 649.
2) Lungo Stura Lazio. Inbetriebnahme: 1957. Arbeiter: 3889. Angestellte: 354. Produktion: LKW großer und mittlerer Tragfähigkeit für industrielle und militärische Zwecke, Rahmen für Autobusse und mechanische Teile für Elektrobusse, schnelle Motoren für Schienenfahrzeuge und dazugehörige Ersatzteile, Traktoren mit Rädern und Raupen, Maschinen für Erdarbeiten.
- Sektion: Cameri (Novara). Inbetriebnahme: 1945. Beschäftigte: 705 (1971). Produktion: Karosserien für Stadt-, Langstrecken- und Elektrobusse, Montage der dazugehörigen mechanischen und elektrischen Ausstattungen; Karosserien und Automobile für Personen- und Warentransport.
- Sektion: Modena. Inbetriebnahme: 1928. Beschäftigte: 2109 (1971). Produktion: Traktoren kleiner und mittlerer Stärke, Räder und Raupen für landwirtschaftliche und industrielle Verwendungszwecke, Werkzeugmaschinen, Teile für hydraulische Antriebe.
- Sektion: Florenz. Inbetriebnahme: 1942. Beschäftigte: 1092 (1971). Produktion: Transmissionen für PKW, für LKW mittlerer und großer Ladefähigkeit und für Elektrobusse; Antriebe für Industriefahrzeuge.
- Sektion: Schmieröle (Villastellone - Turin). Inbetriebnahme: 1917. Beschäftigte: 252 (1971). Produktion: Öle und Fette für PKW und für industrielle Verwendungszwecke.
Abteilung Flugzeuge
- Sektion: Flugzeugmotoren. Inbetriebnahme: 1954. Arbeiter: 1350 Angestellte: 401. Produktion: Düsenmotoren, Teile für Helikopter, Wartung von Kolben- und Düsenmotoren, Prüfung von Turbinen und Turbinenmotorteilen, für Flugzeuge, Schiffe und Automobile.
- Sektion: Flugzeuge. Diese Sektion umfaßt zwei Betriebe:
1) Corso Marche. Arbeiter: 1276. Angestellte: 1191.
2) Caselle. Arbeiter: 455. Angestellte: 296. Produktion: Konstruktion und Wartung von Propeller- und Düsenflugzeugen, Endmontage und Flugüberprüfung von Turbinen- und Düsenflugzeugen, Wartung elektronischer Geräte.
Abteilung Schiffsmotoren
- Sektion: Große Motoren. Inbetriebnahme: 1923. Beschäftigte: 3839 (1971). Produktion: Zweitakter- und Viertakter-Dieselmotoren für Verwendung in Industrie und Schiffbau. Gasturbinen mit einfachem und komplexem Zyklus, Werkzeugmaschinen.
- Sektion: Nuklearenergie. Inbetriebnahme: 1956. Beschäftigte:

210 (1971). Forschung und industrielle Verwendung der Kernenergie (Apparate und Motoren für Schiffe, Kernenergiezentren).
Abteilung Eisenbahnmaterial
- Sektion: Eisenbahnmaterial. Inbetriebnahme: 1917. Beschäftigte: 1856 (1971). Produktion: Diesel- und Elektroloks, Triebwagen, Waggons, Gleisfahrzeuge, Karosserien für mittlere und schwere LKW, Zubehör für die Endfertigung von Kraftfahrzeugen.

Eine Analyse der räumlichen Aufteilung der industriellen Struktur Turins
Die Anwesenheit und Anziehungskraft der Automobilindustrie bewirkte, daß ihr ungeheurer Aufschwung eine steigende nicht nur ökonomische, sondern auch territoriale Konzentration der regionalen Industrie um die im Turiner Gebiet versammelten Produktionsbetriebe der FIAT herum nach sich zog. Diese und die gleichzeitig sich abzeichnende Tatsache des Wachstums der Metall- und chemischen Industrie, die ja engstens mit der Automobilindustrie verbunden sind, bewirkte in den 60er Jahren einen territorialen Expansionsprozeß der Industrie, die sich, da sie nicht im Stadtbereich bleiben konnte, ölfleckartig über die ganze Umgebung ausbreitete. Die Dezentralisierung der städtischen Industrie, der Aufbau neuer Industriezweige aufgrund des Auto-Booms und die damit einhergehende Krise der traditionellen Industrie (Textilindustrie und Landwirtschaft) bedeutet für die Grenzgemeinden von Turin den Verlust jeglicher Produktionsautonomie: überschwemmt von den neuen riesigen Industrieanlagen verwandeln sie sich in Satellitenstädte der Metropole.
Die territoriale Verlagerung der Turiner Industrie erfolgte auf unterschiedliche Weise je nach der Entfernung vom Stadtzentrum, dem Sitz der Hauptindustrie. In der unmittelbar an die Peripherie anschließenden Zone war eine ziemlich kompakte und undifferenzierte Niederlassung von Kleinindustrien festzustellen, wobei man sich vor allem darum bemühte, eine Ausweitung der städtischen Infrastrukturen zu erreichen. In der weiter entfernten Zone haben sich die Betriebsgründungen in vier Hauptrichtungen orientiert, nach Süden (Turin-Savona), nach Süd-Westen (Turin-Pinerolo), nach Westen (Turin-Modane) und nach Nord-Osten (Turin-Mailand).
Auf der Achse Turin-Savona bewirkte die Anwesenheit der FIAT-Gießerei von Carmagnola und der STARS von Villastellone (deren Standortwahl sicher durch die Möglichkeit der direkten Verbindung zu Mirafiori unter Umgehung dazwischenliegender Wohnviertel beeinflußt wurde) die Ansiedlung einer ganzen Reihe komplementärer

Industrien mit der Folge der völligen Veränderung der früheren Beschäftigungsstruktur. Die Industriearbeiter machen nun 50 % der gesamten aktiven Bevölkerung dieser Zone aus; darüber hinaus kömmt es aber in den 60er Jahren zu einem tiefgreifenden Prozeß beruflicher Veränderung infolge der massenhaften Verschiebung von Arbeitskräften aus der in Rückgang begriffenen Textilindustrie in die in voller Entwicklung befindliche Metall- und Chemieindustrie. Eine analoge Entwicklung war entlang der Achse Turin-Pinerolo für die Leichtmetallindustrie zu verzeichnen; hier nahm neben den wichtigen Indesit-Anlagen (elektrische Haushaltsgeräte) auch der moderne FIAT-Betrieb von Rivalta (auch dieser in direkter Verbindung zu Mirafiori) seine Tätigkeit auf.
Älter und daher auch stärker ausgedehnt sind die Industrieniederlassungen längs der Achse Turin-Modane; hier vollzog sich aufgrund der guten Straßen- und Eisenbahnverbindungen nach Frankreich und der damit zusammenhängenden langen Tradition im Bereich der Eisen- und Textilindustrie ein ungeheurer Aufschwung von Klein- und Mittelbetrieben aus dem Bereich der Metallindustrie; diese werden durch die bereits bestehenden guten Kommunikationswege und das Reservoir von qualifizierten, durch die Krise der Baumwollindustrie (früher die wichtigste Industrie in der Valle di Susa) frei gewordenen Arbeitskräfte angezogen.
Völlig anders ist die Situation entlang der Achse Turin-Mailand. Hier dominiert die Chemieindustrie, deren wichtigste Vertreter Firmen wie Pirelli, CEAT, Montecatini, SNIA-Viscosa, BP, Italgas, Oreal usw. sind. Die Gründe für die Bevorzugung dieser Gegend liegen in der für diesen Industriezweig lebensnotwendigen Tatsache, daß Wasser im Überfluß vorhanden ist, und vor allem in der Möglichkeit des unmittelbaren Zugangs zur Autobahn Turin-Mailand. Dieser Zugang ermöglicht eine Schnellverbindung zur Mailänder chemischen Industrie, deren Zweigwerke die Turiner Niederlassungen sind oder von deren Rohstoffversorgung sie abhängen. Die territoriale Aufteilung der Turiner Industriestruktur kann folglich systematisch so dargestellt werden: im zentralen Stadtbereich befinden sich die wichtigsten zur Automobilindustrie gehörigen Produktionsbetriebe. Daneben gibt es in der Stadt Industriebetriebe aller Dimensionen und aus allen Produktionszweigen. Jedoch kam es im Laufe der 60er Jahre aufgrund der eben angesprochenen Dezentralisierung zu einer kontinuierlichen und eindeutigen Verringerung der Betriebe im Bereich der Metall- und Chemieindustrie mit einer Beschäftigtenzahl über 50 Personen; relativ stabil blieb dagegen im Stadtbereich der Bestand von Be-

trieben aus Wirtschaftszweigen mit ruhigerer Entwicklungstendenz, wie Bekleidungs-, Leder- und Kunstlederindustrie, deren wichtigste die folgenden sind: UTET, ILTE, SEI (Quelle: IRES, Rapporto preliminare sull' area ecologica di Torino, 1971).
Unmittelbar außerhalb des Stadtbereiches, im Halbkreis entlang der äußersten städtischen Peripherie (mit Ausnahme des als Luxuswohngegend reservierten Hügelgebiets), befinden sich Abertausende kleiner und mittlerer Industriebetriebe - zum Teil neu entstandene, zum Teil aber erweiterte Anlagen von früher im Stadtgebiet plazierten Industrien -, die zusammen ein durchgehendes kompaktes Industriegebiet bilden. Die Tätigkeit dieser Industrien, vor allem im Bereich der Metallindustrie, ist auf eine mehr oder weniger eindeutige Zuliefererfunktion für die Automobilindustrie ausgerichtet.
Außerhalb dieser Zone gibt es Industrieansiedlungen in solch kompakter und undifferenzierter Form nicht mehr; sie sind stattdessen in konzentrisch um das Stadtgebiet herum gelagerte Industriezonen aufgesplittert, und zwar zumeist in der unmittelbaren Nähe von kleinen Gemeinden, um von deren Infrastrukturen und Dienstleistungen Gebrauch machen zu können. Die Kriterien, nach denen diese zumeist durch einen großen Betrieb als "Wegbereiter" verursachten Niederlassungen erfolgen, orientieren sich am Prinzip der Optimierung der Kommunikation mit dem Hauptwerk. Angesichts des hohen Integrationsgrads der Turiner Industrie kommt der Strukturierung der einzelnen territorialen Gebiete und vor allem dem Aufbau und der Planung der Kommunikationssysteme eine entscheidende Bedeutung zu, die mit der Notwendigkeit, die Bewegungen von Arbeitskräften und Materialien innerhalb der Fabrik zu koordinieren, verglichen werden kann. Nicht zufällig hat sich im industriellen Gürtel zwischen Moncalieri und Rivoli (diese Zone befindet sich in unmittelbarer Nähe des Betriebs von Mirafiori, ohne daß ein Wohngebiet als Hindernis dazwischenläge) der bedeutendste und größte Teil der Zuliefererindustrie für die Automobilproduktion niedergelassen. In der restlichen Zone zwischen Rivoli und Settimo Torinese überwiegt eindeutig die chemische Industrie; für diese ist trotz ihrer ebenfalls engen Verbindungen zur Automobilproduktion die Möglichkeit günstiger Verbindungen zur Mailänder Zone, ihrer Hauptversorgungsquelle, das vorrangigste Problem.

DIE POLITISCHE BETEILIGUNG DER BASIS

Politische Beteiligung der Basis: Interesse der Bevölkerung an den Problemen des Stadtviertels; individuelle und kollektive Bewußtwerdung; politischer Reifungsprozeß der Massen - handelt es sich dabei um ein Moment eines übergreifenden revolutionären Prozesses oder um ein Mißverständnis, das die Klassengegensätze verschleiert?

In den Antworten auf die Fragebögen läßt sich ein konstantes Moment feststellen, auf das alle Stadtteilkomitees sich berufen, wenn auch mit mehr oder weniger großen Unterschieden und manchmal in unterschiedlicher Terminologie (direkte Demokratie, Basisdemokratie usw.). Dieses gemeinsame Moment ist die Forderung, die Bevölkerung zur Teilnahme (partecipazione) an den Problemen des Stadtteils zu bewegen. Diese eindeutig politisch verstandene Beteiligung wird also allgemein als das grundlegende Ziel der Stadtteilkomitees angegeben.

Es scheint uns wichtig, über die scheinbare Uniformität der verbalen Äußerungen hinaus die jeweilige konkrete Form dieses Konzepts auszumachen, sei es, um bei den einzelnen Stadtteilkomitees programmatischen Anspruch und tatsächliche Praxis miteinander zu vergleichen, sei es, um Unterschiede in der politischen Orientierung der verschiedenen Stadtteilkomitees herausarbeiten zu können.

Zunächst ist es notwendig, den Begriff der 'partecipazione' (Teilnahme, Beteiligung) von seiner Entstehungsgeschichte her zu begreifen: er taucht 1967-68 auf und erhält durch die Protestbewegung eine erste Konkretisierung; diese innerhalb der Universität entstandene Bewegung geht in ihrer Theorie von dem Grundsatz aus, daß jedes Individuum unmittelbar außerhalb der Institutionen und der traditionellen Vermittlungskanäle zum Protagonisten des politischen Lebens werden und direkt seine politischen Vorstellungen durchsetzen und Entscheidungen treffen sollte. Das Mittel dieser kollektiven Teilnahme soll die nicht strukturierte und nicht von politischen leaders geleitete Versammlung sein; sie soll nicht nur Ort für Diskussionen und Informationen sein, sondern auch der Ort, an dem sich die politische Linie der Basis herausbildet. Repräsentanzprinzip und Delegierung, in denen sich bis dahin nicht nur in den Entscheidungszentren, sondern auch bei Parteien und Gewerkschaften das gesamte politische Leben erschöpft hatte, werden nunmehr strikt abgelehnt.

Diese Idee der direkten, jeden Vermittlungsmechanismus überspringenden 'partecipazione' fiel auf einen kulturell günstigen Boden,

der in den vorangegangenen Jahren durch die Verbreitung soziologischer Studien und Erkenntnisse vorbereitet worden war. Besonders die katholische Linke zeigte sich für diese Idee aufnahmefähig und betonte dabei die erzieherische Funktion nicht nur für die politische und kulturelle, sondern vor allem für die moralische Entwicklung.

In den Stadtteilkomitees, von denen sich die ersten schon vor Ausbruch der Protestbewegung gebildet hatten, wurde das Prinzip der direkten Teilnahme als vorrangiges Ziel des gesellschaftlichen Handelns herausgestellt. Diese Zielvorstellung entstand aus einer, wenn auch nur oberflächlichen Analyse der kapitalistischen Stadt und des Lebens, das die Bevölkerung, isoliert und voneinander getrennt, darin führt mit der Folge der völligen Ohnmacht des Einzelnen gegenüber der öffentlichen Verwaltung und den politischen Entscheidungszentren. Die Idee der 'partecipazione' hatte ihren Ursprung auch in der Hoffnung, die Isolierung zugunsten einer menschlicheren Dimension aufbrechen zu können, und zwar durch die aktive Teilnahme der Bevölkerung am Leben des Stadtviertels als einem ersten Schritt auf dem Weg zur direkten Verwaltung der Infrastrukturen und sozialen Dienstleistungen. Allerdings wurde das Problem einer konkreten politischen Linie gar nicht erst aufgeworfen; man ging auch niemals so weit, auf der Basis einer Analyse der gesellschaftlichen Realität und ihrer Verknüpfung mit den Produktionsstrukturen der Stadt eine Strategie und einen entsprechenden taktischen Plan zu entwerfen; vielmehr wurde stets eine Politik vertreten, die allgemein an alle gesellschaftlichen Klassen appellierte. Dies, obwohl sich die ersten Stadtteilkomitees in durch öffentlichen Wohnungsbau entstandenen Wohnvierteln konstituierten, in denen sich die Bevölkerung zum Großteil aus eben angekommenen Einwanderern und wenigen Kleinbürgern zusammensetzte (Via Artom, Vallette, C. Taranto). Allerdings führten die von kleinen Intellektuellengruppen initiierten Aktionen zum Ausbruch verschiedener sich rasch ausbreitender Konflikte, aus denen sich die ersten städtischen Kämpfe entwickelten.

Die Idee der 'partecipazione' wurde von allen später entstehenden Stadtteilkomitees als oberstes Ziel übernommen; sei es, weil die Studentenbewegung grundlegende theoretische Arbeit in dieser Richtung geleistet und zur Verbreitung dieser Idee beigetragen hatte, sei es, weil diese Idee den vitalen Interessen der Stadtteilkomitees entgegenkam: jenen Stadtteilkomitees, die im Gefolge der städtischen Auseinandersetzungen entstanden waren und sich als ein Moment der Organisierung und Stabilisierung in den ausbrechen-

den Konflikten verstanden und dazu beitrugen, die spontane Bewegung auszudehnen und ihr einen dauerhaften Charakter zu verleihen, so wie auch jenen Stadtteilkomitees, die aufgrund äußerer Einflußnahme entstanden waren und die, nicht zuletzt um ihre eigene Anwesenheit zu rechtfertigen, wenigstens eine minimale Mobilisierung der Bevölkerung des Stadtviertels erreichen wollten.

Wir wollen nun untersuchen, was unter 'partecipazione 'verstanden wird, mit welchen Instrumenten die Stadtteilkomitees sie zu verwirklichen suchen, auf welche Weise die Bevölkerung sie aktiv ausüben kann und wie sie innerhalb der Stadtteilkomitees verwirklicht wird.
Die verschiedenen Vorstellungen, die mit diesem Begriff verbunden werden und hinter denen sich eine jeweils andere politische Linie verbirgt, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:
a) 'partecipazione 'verstanden als allgemeines Interesse der Bevölkerung an den Problemen des Stadtteils. Von Zeit zu Zeit wird die Bevölkerung zur Mobilisierung aufgerufen, um sich die kollektiven Bedürfnisse klarzumachen oder um auf Verhandlungen Druck auszuüben. Aufgabe des Stadtteilkomitees, das sich hier als ständiges und repräsentatives Organ der gesamten Bevölkerung begreift, ist es, eine allgemeine Sensibilisierung hervorzurufen, um dann auf dieser Basis gegenüber der Stadtverwaltung Forderungen aufzustellen mit dem Ziel, die Konfliktspannung zwischen den Klassen auf ein Minimum zu reduzieren.
In der Praxis kommt es zu einer Wiederherstellung der Delegierung; diese wird vom Stadtteilkomitee an sich gezogen, das sich als Vermittlungsstelle einerseits zwischen den verschiedenen sozialen Klassen, andererseits zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung begreift. Allerdings kommt hier ein grundsätzlicher Widerspruch zum Vorschein: das Stadtteilkomitee verfügt über wenig wirkliche Macht, und diese Unzulänglichkeit kann erst dann beseitigt werden, wenn das Stadtteilkomitee mit offiziellen Funktionen betraut wird.
b) 'partecipazione' verstanden als Prozeß, in dem sich die Bevölkerung der städtischen Probleme bewußt wird mit dem Ziel, sich selbst aktiv an der Verwaltung zu beteiligen und Kontrolle auszuüben.
Dieser Prozeß vollzieht sich schrittweise: begonnen wird mit direkten Aktionen auf niedrigstem Niveau, und mit jeder Stufe nehmen Wirksamkeit, Tragweite und Qualität der Aktionen zu.
Wichtigstes Instrument dieser Strategie sind Kämpfe und Auseinandersetzungen, die sich anfänglich auf Minimalforderungen beschränken, um sich dann später auf stets klarere Ziele auszuweiten, die bereits eine Veränderung der bestehenden Machtpositionen bedeuten.

In Wirklichkeit steht hier die Radikalität der verbalen Formulierungen häufig in Widerspruch zu den konkret getroffenen Entscheidungen. Dies vor allem deshalb, weil das Konzept der 'partecipazione' abstrakt, unspezifisch und losgelöst von jedem Klassenstandpunkt aufgefaßt wird. Das Stadtteilkomitee wendet sich an die gesamte Bevölkerung, nur die privilegiertesten Schichten werden manchmal davon ausgenommen (Groß- und mittleres Bürgertum); es kommt zu keinen genauen Analysen über soziale Strukturierung der Bevölkerung, Funktion in der Produktion, Klassenbewußtsein usw. Die Folge davon ist, daß man schließlich einer Politik verfällt, die keine Klassenunterschiede kennt und die realen Widersprüche verschleiert. Entsprechend erfolgt auch die Entscheidung über die jeweiligen Ziele nicht aufgrund einer klassengebundenen Strategie. Vielmehr bevorzugt man diejenigen Ziele, von denen man annimmt, sie würden am ehesten zur Einigung der Bevölkerung führen.
Diese objektiv reformistische Gruppe von Stadtteilkomitees ist mithin durch ein enormes Auseinanderklaffen zwischen theoretischem Anspruch und konkreten Entscheidungen beziehungsweise der Art ihrer Durchführung gekennzeichnet. Etwas anders ist die Position der innerhalb einiger Stadtteilkomitees arbeitenden institutionellen politischen Gruppen: für diese muß sich die Bevölkerung zwar des konkreten Problems bewußt werden; letztlich ist es dann aber Aufgabe der Parteien, die Forderung aufzugreifen, ihr politisch Ausdruck zu verschaffen und für ihre Durchsetzung zu sorgen.
c) 'partecipazione' als Moment einer Konfliktstrategie. Hier lassen sich zwei Positionen unterscheiden. Die erste wird von den spontanen Gruppen vertreten und zeichnet sich gegenüber den reformistischen und den nicht klassengebundenen Stadtteilkomitees durch größere Radikalität aus. Die Ziele werden eindeutiger vom Klassenstandpunkt her bestimmt. Die einzelnen Forderungen haben innerhalb dieser Position nur insofern einen Wert, als sie Mittel auf dem Wege zur revolutionären Bewußtwerdung und zur politischen Teilnahme der Proletarier darstellen. Abgelehnt werden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, auf die vielmehr von außen Druck ausgeübt wird.

Die andere Position ist die der politischen Gruppen der außerparlamentarischen Linken. Im Gegensatz zu den Stadtteilkomitees wird hier die 'partecipazione' nicht als Ziel der politischen Aktionen angesehen, sondern nur als ein Moment innerhalb der allgemeinen politischen Strategie, das für ein Anwachsen der Kämpfe und der revolutionären Organisation zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist. Man erkennt die Notwendigkeit, auch außerhalb der Fabrik politisch zu arbeiten: nicht nur, weil die Stadt der Ort ist, wo

die Arbeitskräfte ihre Freizeit verbringen, sondern auch weil die Stadt als zentraler Ort des Konsums ein entscheidendes Moment innerhalb der Logik des Profits darstellt, mit dem das Kapital sich weithin für die in der Fabrik erzwungenen Zugeständnisse schadlos halten kann. Die städtischen Kämpfe werden daher als ein zur Verstärkung und Fortsetzung der Kämpfe in der Fabrik notwendiges Moment in eine umfassende Strategie eingeordnet. Theoretisch begründet wurde diese Position nach den Tarifkämpfen vom Herbst 1969, als mit besonderer Deutlichkeit die Strategie des Kapitals, die Ausbeutung von der Produktion auf den Konsumbereich auszudehnen, zum Ausdruck kam. Diese erpresserische Strategie wurde so deutlich sichtbar, daß sie im Proletariat das Bewußtsein für die engen Verknüpfungen zwischen Fabrik und Stadt verschärfte und eine weit verbreitete, starke Kampfbereitschaft zur Durchsetzung von Forderungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen auslöste.

Mit welchen Mitteln versuchen die Stadtteilkomitees die Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen?

Am verbreitetsten sind die Formen kollektiver Mobilisierung: Agitation über Megaphon, Verteilen von Flugblättern, Veröffentlichung von Zeitungen, periodische Einberufung von Versammlungen zu den brennendsten Problemen oder zum Zeitpunkt der höchsten Konfliktspannung. Von den genannten Mitteln ist die Versammlung das komplexeste und ambivalenteste, weil sie nicht nur das Bedürfnis nach Selbstbeteiligung weckt, sondern gleichzeitig auch ein Moment in deren Verwirklichung ist.

Andere Stadtteilkomitees waren dagegen der Ansicht, daß diese kollektiven Mittel zur Auslösung eines wirklichen, dauerhaften und tiefgreifenden Bewußtwerdungsprozesses nicht ausreichten; vielmehr könnten diese Mittel nur parallel zu einer Informationstätigkeit eingesetzt werden, bei der die Bevölkerung durch individuelle Kontakte über die Probleme des Stadtviertels informiert und zur Diskussion aufgefordert würde. Diese Vorstellung von sozialen und politischen Aktionen, die an sich für katholische Gruppen typisch ist, wurde auch von der Gruppe der Marxisten-Leninisten aufgegriffen sowie von einigen spontanen Gruppen, die sich im ständigen, wenn auch individuellen, Kontakt mit der Bevölkerung, als dauerhaften Bezugspunkt anboten. Das Problem, neue Formen des Kontaktes, der Mobilisierung und Sensibilisierung der Bevölkerung zu finden, stellte sich immer dringender, in dem Maße, wie die Schwierigkeit offenkundig wurde, Konfliktausbrüchen, Kämpfen oder auch nur Diskussionen eine gewisse Kontinuität und Stabilität zu sichern.

Auf welche Weise kommt es zu einer aktiven Beteiligung der

Bevölkerung?
Alle Stadtteilkomitees haben auf das Mittel der Versammlung zurückgegriffen, die allerdings auf je verschiedene Weise organisiert wird:
a) Die Versammlung hat nur die Funktion der Information und Diskussion bestimmter Probleme mit dem Ziel, ein größeres Interesse zu wecken; die Befugnis, Forderungen aufzugreifen und darüber Verhandlungen zu führen, behält sich jedoch das Stadtteilkomitee vor.
b) Die Versammlung wird als ein Moment der Diskussion zur Vorbereitung bevorstehender Kämpfe verstanden, deren Ziele, Formen und Bedingungen von der Versammlung selbst beschlossen werden sollen.
Es muß allerdings gesagt werden, daß die Bedeutung, die man 1968-69 der Versammlung zumaß (sie galt als der Ort, an dem die Macht der Basis, Entscheidungen zu fällen, voll zum Ausdruck kommen konnte), inzwischen erheblich eingeschränkt worden ist. Besonders die Annahme, daß eine nicht von oben geleitete Versammlung der unmittelbare und spontane Ausdruck des politischen Willens der Massen sei, wurde einer ausführlichen Kritik unterzogen.
Die realistischere Einschätzung der beschränkten Bedeutung der Basisversammlung (außer in Zeiten besonderer Spannungen), die Problematisierung der Schwierigkeit, sie einzuberufen, und die Einsicht in die Notwendigkeit, die Stadtteilarbeit langfristiger und solider zu gestalten und sie in den Zusammenhang einer minutiösen Analyse der sozio-ökonomischen Realität des Stadtviertels oder der Stadt insgesamt zu stellen, haben in einigen Stadtteilkomitees und Basisgruppen zur Absage an die Idee der Versammlung geführt, beziehungsweise zu ihrer Umwandlung in eine sektoriale Versammlung, die nur zur Erörterung eines einzigen Themas einberufen wird.
In einigen Gruppen, besonders in denjenigen der außerparlamentarischen Linken, arbeiten die Militanten nunmehr in Kommissionen, die sich je mit einem besonderen Problem beschäftigen: diese treffen sich in regelmäßigen Abständen, um die gemeinsame Generallinie zu diskutieren und die verschiedenen Aktivitäten zu vereinheitlichen. Jedenfalls steht außer Zweifel, daß in den Basisgruppen oder in jenen, die politischen Organisationen angehören, der Spontaneismus einer kritischen Überprüfung unterzogen wird; man ist auf der Suche nach Arbeitsformen und Organisationsstrukturen, auf deren Grundlage eine langfristige Arbeit aufgebaut werden kann.
Aber in ihrer höchsten Form verwirklichte sich die direkte und

aktive Beteiligung des Volkes im Rahmen der städtischen Kämpfe, die in den letzten Jahren in Turin wie auch in anderen Städten Italiens zu beispiellosen Explosionen führten.

Der Häuserkampf

Die Ziele dieser Auseinandersetzungen zeigen deutlich deren klassenkämpferische Tendenz:

a) Wohnungen (Zuweisung von Sozialwohnungen, Reduzierung der Mietkosten);

b) Öffentlicher Verkehr (Nulltarif);

c) Kontrolle des Baulandes und der sozialen Dienstleitstungen; (beispielsweise die Forderung, ein für privaten Wohnungsbau vorgesehenes Gebiet dem öffentlichen Wohnungsbau zuzuweisen oder zur Erweiterung eines Parks zu verwenden; die Forderung nach neuen Schulen, Kindergärten und -horten oder nach Erweiterung der bereits bestehenden, um den doppelten Turnus zu vermeiden und eine Nachschulbetreuung einführen zu können).

Im allgemeinen wurden die städtischen Kämpfe von außenstehenden Gruppen (eher als von den Stadtteilkomitees, von spontanen Basisgruppen und von den in Stadtvierteln arbeitenden Gruppen der außerparlamentarischen Linken) ausgelöst. Allerdings gilt es sehr genau zu unterscheiden; in einigen Fällen machte sich die Bevölkerung die Initiative der außenstehenden Gruppen zueigen, nahm die Leitung des Kampfes selbst in die Hand, führte den Kampf autonom weiter und traf dabei manchmal auch Entscheidungen, die von der vorgeschlagenen Linie der externen Gruppe abwichen. Dies geschah zum Beispiel bei dem langen Kampf der Bewohner der IACP-Häuser in der Via Artom um die Reduzierung der Miet-, Heizungs- und Nebenkosten. Dieser Kampf, den heute noch einige Familien führen, indem sie selbst die Mietsätze reduzieren, war ursprünglich von einigen Sozialarbeitern des ISPES in Gang gebracht, dann aber von den Bewohnern allein entschlossen fortgesetzt worden.

Ähnlich, hinsichtlich der verwendeten Kampfformen, verlief 1970 der Kampf der Bewohner der Via Sansovino im durch öffentlichen Wohnungsbau entstandenen Stadtteil Vallette; auch dieser war zunächst von außenstehenden Gruppen initiiert, dann aber von den Bewohnern autonom fortgesetzt worden. In Zusammenhang mit diesem Kampf wurde auch ein in Bau befindliches Haus des sozialen Wohnungsbaus besetzt, aber bald darauf durch die Polizei geräumt.

In anderen Fällen behielt die von außen kommende Gruppe eine Leitungsfunktion und verwendete zur Durchsetzung ihrer eigenen politischen Strategie eindeutig Druckmittel (z.B. in Corso Taranto

oder in den Häusern der Via San Donato).
Immer wieder kommt es durch autonome Initiativen dazu, daß Mieter eines Wohnblocks oder auch nur einzelne Familien die Mieten selbst herabsetzen oder nicht bezahlen; allerdings gelangen diese Geschehnisse selten an die Öffentlichkeit, weil die Hausbesitzer mit allen Mitteln die Existenz solcher Situationen zu verdunkeln suchen, um eine Nachahmung zu verhindern. Mitunter zogen sie es sogar vor, die Mieter durch Eingehen auf deren Bedingungen zum Schweigen zu bringen.
Eine neue Phase im Häuserkampf begann am 27.1.1972 mit der Besetzung eines GESCAL-Wohnblocks in der Via De Canal. Die GESCAL müßte theoretisch einen durch Lohnabzüge der Arbeiter finanzierten Plan für sozialen Wohnungsbau bereitstellen; in Wirklichkeit baut sie mit diesen Mitteln Wohnungen, wie zum Beispiel jene in Via De Canal, die nach dem Abzahlungssystem nach einer bestimmten Anzahl von Jahren und nach Zahlung einer Summe zwischen 700.000 und 2.500.000 Lire*(je nach Größe der Wohnung) zugewiesen werden. Es ist klar, daß eine solche Lösung die finanziellen Möglichkeiten der meisten Proletarier übersteigt und sich überdies in offenem Widerspruch zu den Gründungszielen der GESCAL befindet. Die Besetzung fand zunächst durch 31 Familien, fast ausschließlich Arbeiter, statt; ein Teil davon hatte zuvor in der Altstadt oder an der Peripherie in Dachkammern oder überfüllten Wohnungen ohne jegliche hygienische Ausstattung gehaust, ein anderer Teil in Untermiete zu Wucherpreisen. Innerhalb weniger Stunden, kaum hatte sich die Nachricht der Besetzung verbreitet, stießen noch andere Familien hinzu, wodurch sich die Zahl der Besetzer auf 80 erhöhte. Die erste Aufgabe der Besetzer bestand darin, sich eine politische Organisation zu geben, die eine einheitliche Fortführung und möglichst große Verbreitung des Kampfes gestattete. Man bemühte sich besonders darum, Verbindungen zu allen Fabriken in der Nähe der Via De Canal (vor allem FIAT) herzustellen. In den darauffolgenden Tagen wird an der Piazza Castello ein im Eigentum der SAI befindliches Gebäude durch weitere 20 Familien besetzt, vor allem um der Bevölkerung möglichst konkret und für alle einsichtig das Wohnungsproblem vor Augen zu führen. In der Zwischenzeit gab es erste Kontakte zur IACP zwecks Präsentierung der Forderungen; es wird auch eine Delegation zum Polizeipräsidenten geschickt, um einen Aufschub der angedrohten sofortigen Räumung zu erreichen. Aber obwohl der Polizeipräsident die Räumungsanordnung bis zum 2.2.74 verschiebt, werden die Häuser von Via De Canal und Piazza Castello am Morgen des 31. Januar von der Polizei geräumt.

*Entsprach zu der Zeit etwa DM 3.500 und DM 12.500 - A.d.R.

Alle betroffenen Familien beschlossen, den Kampf solange fortzusetzen, bis man ihnen eine Wohnung zuweisen würde: für die Zwischenzeit gelang es, in den ACLI-Räumen einer in der Nähe von Mirafiori gelegenen Pfarrei unterzukommen.
In den darauffolgenden Tagen organisierten die Besetzer eine ganze Reihe von Protestdemonstrationen (Umzüge, Versammlungen, Aktionen vor den Fabriken und der Universität usw.), um eine Ausdehnung des Kampfes zu erreichen und die Bevölkerung, vor allem die Arbeiter und Proletarier darüber zu informieren. Gleichzeitig wurden in verstärktem Maße Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und IACP aufgenommen, wobei allerdings immer wieder hervorgehoben wurde, daß man die Verhandlungstaktik des "divide et impera", die jene durchzudrücken versuchten, nicht akzeptieren wolle und daß man verhandele, um sofort Wohnungen für alle zu erhalten. Bei der Stadtverwaltung und der IACP, die sich ständig gegenseitig die Verantwortung zuschanzten, war bald eine verhärtete Verhandlungsführung festzustellen, die von aufeinander abgestimmten repressiven Maßnahmen und einer geschickt eingefädelten Pressekampagne begleitet wurde. Man setzte sichtlich darauf, den Kampf durch langes Hinausziehen zu zersplittern. Die Geschlossenheit der Besetzerfront, die immer noch in den ACLI-Räumen und den Häusern von Pozzo Strada und Via San Donato verbarrikadiert war, zwang die Machtzentren dazu, eine Lösung zur Beilegung des Kampfes zu suchen.
Als dieser Beitrag verfaßt wurde, war der Kampf noch nicht endgültig zu Ende, denn die Besetzer wollten ihre derzeitigen Unterkünfte solange nicht verlassen, bis alle die ihnen versprochenen Wohnungen bezogen hätten. Der Kampf hat also ein konkretes Ziel - die Zuweisung von Wohnungen an die Besetzer - erreicht; andererseits jedoch ist er im wesentlichen isoliert geblieben. Es ist nicht gelungen, bei den Tausenden proletarischer Familien, die sich in ähnlicher Lage wie die Besetzer befinden, eine Art Kettenreaktion auszulösen; auch ist es nicht gelungen über die allgemeine Solidarität der Arbeiter hinaus eine starke Verbindung zur Fabrik herzustellen. Und dies, obwohl das Wohnungsproblem in Turin durch den enormen Mangel an Sozialwohnungen und die Häufigkeit der Kündigungen sehr auf den Nägeln brennt.
Ein weiterer wichtiger Aspekt, den es hervorzuheben gilt, war das hohe Maß an Kampfbereitschaft, Bewußtsein und politischer Reife bei den Besetzern. Obwohl der Kampf von einer externen Gruppe initiiert und organisiert worden war und die Besetzer während der ganzen Auseinandersetzung von externen Gruppen Unterstützung

erfuhren, haben sie es dennoch verstanden, ihre eigene politische Linie durchzusetzen.
Der Häuserkampf in Turin hat aus neue gezeigt, daß die Situation der Städte mit explosiven Widersprüchen geladen ist und daß das Proletariat in hohem Maße bereit ist, den Kampf aufzunehmen. Andererseits hat er auch gezeigt, daß die große Gefahr der städtischen Kämpfe in ihrer Isolierung und Zersplitterung liegt und daß deshalb die einzige Siegesaussicht dieser Kämpfe darin besteht, eine feste Verbindung zu den Fabriken herzustellen.
Auch beim öffentlichen Verkehr - ein Problem mit eindeutigem Klassencharakter - kam es zu einigen sporadischen Konfliktausbrüchen im Gefolge der großen, von den Pendlern der Fabrik Asti geführten Auseinandersetzung (Blockierung der Straße und Forderung nach mehr Linien oder einer höheren Frequenz der Verkehrsmittel, organisierte Weigerung, die Fahrkarte zu zahlen). Hier scheint eine Massenmobilisierung noch schwieriger als bei den Wohnungen zu sein, auch wenn die Herstellung einer Verbindung zur Fabrik einfacher und direkter sein könnte.
Mit diesem kurzen Eingehen auf die städtischen Kämpfe möchten wir unsere Ausführungen über die 'partecipazione' abschließen. Die Kämpfe sind eigentlich ein Moment der Überschreitung jeglicher theoretischer Überlegungen über die 'partecipazione': denn in ihnen verwirklicht sich faktisch und ohne Vermittlungsmechanismen die Beteiligung des Volkes, d.h. die aktive Forderung und Eroberung dessen, was ihm zusteht.

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

1 Bettelheim, Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den "sozialistischen Ländern"
2 Colletti/ Libertini/ Maitan/ Magri, Lenins "Staat und Revolution" - heute
3 Nicolaus, Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx
4 Masi, Der Marxismus von Mao und die europäische Linke
5 Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Sartre und "il manifesto"
6 Laplanche, Marcuse und die Psychoanalyse
7 Colletti, Zur Stalin-Frage
8 Godelier, System, Struktur und Widerspruch im "Kapital"
9 Mandel/ Nicolaus, Kontroverse über die Möglichkeit einer Revolution in USA
10 Althusser, Freud und Lacan
11 Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "il manifesto"
12 Tronti, Extremismus und Reformismus
13 Nicolaus, Die Objektivität des Imperialismus. Mandel, Die Widersprüchlichkeit des Imperialismus
15 Milliband, Marx und der Staat
17 Rossanda, Der Marxismus von Mao Tse-tung
18 Sofri/ Della Mea, Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua
19 Sohn-Rethel, Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit
20 Classe e Stato, Die Dialektik von Partei und Massen in der chinesischen Theorie
21 Salvadori/ Rieser, Rätesystem und Maoismus
22 Base Ouvrière, Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins
23 il manifesto, Für eine organisierte politische Bewegung
24 Que faire, Klassenkämpfe in Frankreich seit dem Mai 1968
25 il manifesto, Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik
26 Negri, Zyklus und Krise bei Marx
27 Bologna/ Ciafaloni/ Bolzani, Techniker als Produzenten und als Produkt
28 Rancière, Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie
29 Magri, Probleme der marxistischen Theorie der revolutionären Partei
30 Gorz, Schule und Fabrik
31 Colletti, Marxismus als Soziologie
32 Dina, Techniker, Macht und Klassenkampf
33 Negri, Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation
34 Masi, Kritik und Selbstkritik der Neuen Linken
35 Bologna/ Cacciari, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage
36 Dalla Costa/ James, Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft
37 Reinicke, Für Krahl
38 Poulantzas, Zum marxistischen Klassenbegriff
39 Liebmann/ Di Leo, Zur Lenin-Diskussion
40 CGIL/CISL, Zur Geschichte und Theorie der italienischen Gewerkschaftsbewe-
41 gung (Nachwort von "Probleme des Klassenkampfs")
42 Poulantzas, Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat
43 Della Volpe, Für eine materialistische Methodologie
45 Hegedüs/ Markus, Die Neue Linke in Ungarn
46 Gintis, Dialektik der Bewußtwerdung im Spätkapitalismus

47 Donolo, Ungleichmäßige Entwicklung u. Auflösung gesellschaftlicher Strukturen
48 Pietranera, Hilferding u. die ökonomische Theorie der Sozialdemokratie
49 Buhle, Marxismus in USA
50 Jervis u.a., Psychotherapie als Klassenkampf
51 Turiner Kollektiv, Stadtteilarbeit. Berichte und Analysen

ARBEITSPAPIERE

1 Serafini/ Magri/ Pintor, Die Einheit der Klassenlinken herstellen
2 Mughini, Die KPI Italiens und die nicht-reformistischen Gruppen
3 Revolutionärer Kampf, Untersuchung - Aktion - Organisation, und Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen
4 Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen? Kontroverse zwischen Manifesto und Lotta Continua
5 Kongreß gegen politische Unterdrückung, FU Berlin vom 24.-26.4.72
6 Guérin, Die französische Lehrergewerkschaft
7 Potere Operaio, Was ist Arbeitermacht?
8 Collotti-Pischel, Rossanda u.a., Zur chinesischen Außenpolitik
9 Proletariat und Subproletariat, Der Fall des Bankräubers Sante Notarnicola
10 il manifesto, Terrorismus der Starken und der Schwachen
11 Schily/ Ströbele, Plädoyer einer politischen Verteidigung
12 Reinicke, Friedrich Engels
13 Arbeitervertreter in den Betriebsrat! Dokumentation der Auseinandersetzung um eine außerordentliche Betriebsratswahl 1973 bei KRONE/ Westberlin
14 Bedingungen und Prinzipien revolutionärer Gewerkschaftspolitik, hg. von linken Gewerkschaftern in der IG Chemie
15 Diese Krise ist nicht nur eine ökonomische Krise. Gespräch mit N. Poulantzas

MERVE BUCH

1 Vatankhah, Historischer Materialismus und Revolution in nichtindustrialisierten Ländern. Am Beispiel Rußlands und Chinas.

HÄUSERRAT FRANKFURT

Wohnungskampf in Frankfurt

Zehntausende leerstehender Wohnungen - die Zerstörung schöner, alter Wohnviertel, die zu Spekulationsobjekten für Bank- und Bürohochhäuser gemacht werden - Mieten, die niemand mehr bezahlen kann - dagegen richtet sich der immer massenhafter werdende Widerstand in der Bevölkerung. Frankfurt war in der letzten Zeit das spektakuläre Zentrum dieser Bewegung. Der Zusammenhang von kapitalistischer Stadtentwicklung und der Widerstand dagegen wird nier dokumentiert und analysiert vom HÄUSERRAT, dem politischen und organisatorischen Bezugspunkt dieses Kampfes. Neu ist diese Bewegung nicht: "Kommt heraus aus euren Löchern. Die Wohnungen sind leer, zieht ein!" (Resolution der Münchner Räterepublik)

Inhalt:

1) Die kapitalistische Stadtentwicklung in Frankfurt und historische Widerstandsbewegungen in Frankfurt
2) Instrumente und Auswirkungen der kapitalistischen Stadtentwicklung am Beispiel des Westends und anderer Stadtteile
   - Bebauungspläne
   - Spekulation
   - Wohnraumzerstörung und Umsiedlung
3) Widerstand ist möglich
   - die Hausbesetzungen
   - die Mietstreikbewegung
   - die verschiedenen Bürgerinitiativen
4) Die Reaktion der herrschenden Klasse
   - die Spekulanten und Hausbesitzer
   - Polizeiterror und Justiz
   - die Stadt / SPD - Reform und Repression im Wohnbereich
   - die Presse
5) Strukturen und Perspektiven des Wohnungskampfs
6) Dokumentarteil

Trikont

8 München 80
Josephsburgstr. 16

NEHMEN WIR UNS DIE STADT

Klassenanalyse, Organisationspapier Kampfprogramm von Lotta Continua.

M. Regini/E. Reyneri

Akkord, Lohn, Qualifikation als Kampfinhalte italienischer Arbeiter

Eine analytische Arbeit über die Rolle des Akkordlohns und der Qualifikation innerhalb der Produktion: Akkord wesentlich als Regulierungsinstrument, Qualifikation als Verschleierung des Endes der „Arbeiterkarriere". Auf diesem Hintergrund entwickelten sich die egalitären Kampfinhalte der italienischen Arbeiter. Genau durchleuchtet wird die neue Haltung der Gewerkschaften zu diesen Problemen.

179 Seiten DM 11.80

Tagebuch eines Betriebskampfes. *Herausgegeben von Genossen der „Assemblea Autonoma" von Alfa Romeo*

Arbeiter selbst können ihre Probleme am klarsten ausdrücken. Die Arbeiterversammlung bei Alfa Romeo ist ein Zentrum, das Kampfinhalte festlegt und Ziele formuliert. Einige Arbeiter aus dieser Versammlung haben einen Bericht über den Streik im Frühjahr 1972 verfaßt, der sich gegen niedrige Lohngruppen und die Arbeitsbedingungen richtete.

120 Seiten DM 6.80

Der Westen wird rot. *Die „Maos" in Frankreich: Gespräche und Reportagen. Eingeleitet von J. P. Sartre*

Gespräche mit Arbeitern, Frauen, Schülern, Jugendlichen, Bauern, die in den vordersten Reihen der Kämpfe stehen. Sie wissen, die Bedürfnisse der Massen lassen sich nur „illegal" verwirklichen und das bestimmt ihre Kampfformen gegen die Arbeitshetze, das schlechte Leben, die Preise. Ein Text, der verstehen läßt, warum das Kapital in Frankreich die „Maos" fürchten gelernt hat.

200 Seiten DM 12.80

Die Bankräuber aus der Barriera

Die Lebensgeschichte des Revolutionärs Sante Notarnicola von ihm selbst aufgeschrieben.

Übersetzung von P. Chotjewitz

Verlag Association GmbH
2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
Telefon
040/41 74 84

Verlagsprospekt anfordern!

Neuerscheinungen 1974

Geschichte der Klassenkämpfe

Jürgen Klein

Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter

Hand in Hand gegen die Arbeiter

Dokumentarische Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland – von der Weimarer Republik bis 1946/47

Diese Arbeit, zuerst zu DM 62,- in einem Spezialverlag herausgebracht, schildert die Bemühungen der Gewerkschaftsbürokratien von der Weimarer Zeit bis 1946/47 zu Einheitsgewerkschaften zu kommen: nicht etwa, um dem Kapitalverhältnis die zentralisierte Arbeiteralternative entgegenzusetzen, sondern um die Arbeiter noch zentraler reformistisch oder staatskapitalistisch an das Kapitalverhältnis zu binden. Kleins detaillierte Untersuchung zeigt diesen Prozeß nicht als einen irgendwie gearteten 'Verrat', sondern als konsequente Fortführung der Trennung von politischem und ökonomischem Kampf mit bisher kaum bekanntem Material auf.

Erscheint: Herbst 74/ca. 500 S. /ca. DM 18,-

Margareth Johannsen

Student und Klassenkampf

Studentenbewegung in der BRD seit 1967

Dieser Text untersucht die Studentenbewegung seit 1967. Er stellt sich vor allem die Frage, wie die antiautoritäre Bewegung einerseits das erste Fanal zu radikalen Aktionen in der BRD seit dem Abflauen der Nachkriegskämpfe sein konnten, um andererseits das Subjekt dieser Aktionen, das Proletariat zu leugnen.

Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, daß auch der Umschlag in die "proletarischen Parteien" von derselben Interessenslage diktiert ist: infolge der totalen Unfähigkeit, reale Klassenauseinandersetzungen zu begreifen, wurde die 'offizielle' Studentenbewegung von Verneinern des Klassenkampfes zu Verwaltern eines eingebildeten Klassenkampfes; dahinter steht dann letztendlich doch die illusorische Rettung der eigenen Herrschaftsperspektive.

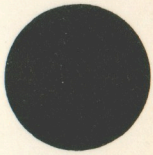
Erscheint: August 74/ca. 180 S. /ca. DM 9,00

Auslieferung an Wiederverkäufer:	SPARTAKUS	D 2 Hamburg 13, Postfach 13 22 51, Telefon 040/41 74 84
	PROLIT	D 63 Gießen, Steinstraße 37, Telefon 0641/33 667
	MAULWURF	c/o Basis Verlag, D 1 Berlin 62, Crellestraße 22, Telefon 030/784 84 33
Auslieferung Belgien:	AGITAT	B 9000 Gent, Postbus 692
Auslieferung Schweiz:	PINKUS	CH 8025 Zürich, Postfach, Telefon 01/32 26 47
Einzelbestellungen an:	SPARTAKUS - Buchversand, D 2 Hamburg 13, Postfach 13 22 51, Telefon 040/41 74 84	

ROMANE FÜR ARBEITER

1. Ernst Ottwalt — DM 6,80
   Denn sie wissen, was sie tun
   Ein deutscher Justiz-Roman
2. Sergej Tretjakow — DM 6,20
   Feldherren. Der Kampf um eine Kollektiv-Wirtschaft
3. Sergej Tretjakow (vergriffen) — DM 7,20
   Den Shi-chua. Die Geschichte eines chinesischen Revolutionärs
4. Ernst Ottwalt: Ruhe u. Ordnung — DM 6,–
5. Ilja Ehrenburg — DM 5,80
   Das Leben der Autos

HAGEN VERTRIEB
1 Berlin 15
Postfach 311



Der MERVE-VERLAG Berlin ist ein sozialistisches Kollektiv, das die Reihe INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION herausgibt.

Kalkulation, Rechnungsführung, Druck, Vertrieb usw. machen wir gemeinsam, d.h. im arbeitsteiligen Zusammenhang mit den Arbeiten, die aus der Herausgabe der Texte entstehen. Selbstagitation und Erarbeitung der Grundlagen der Marx'schen Theorie sind bei uns verbindlicher Bestandteil der Kollektivarbeit.

In der Reihe INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION verlegen wir regelmäßig (15-20 Hefte im Jahr) Arbeiten zu Problemen marxistischer Theorie und nicht-revisionistischer Praxis. Diese Arbeiten sollen zur Klärung des Revisionismusbegriffs beitragen, und damit Theorie- und Strategiebildung fördern, deren jede revolutionäre Praxis bedarf. In diesem Umkreis stehen die Arbeiten zur Imperialismus-, Klassen-, Staats- und Parteitheorie. Dabei werden wir sowohl die methodologische Problematik solcher Theorien als auch ihren Niederschlag in Kampfstrategien revolutionärer Gruppen berücksichtigen.

Der MERVE-VERLAG ist kein Profitunternehmen.